

Genehmigt: 25.06.2026

Protokoll 07

Stadtratssitzung

Donnerstag, 23. April 2026, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Das Wortprotokoll mit Audio finden Sie auf unserer Website unter [Audioprotokoll](#)

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr	3
2023.SR.0112	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2026.SR.0101	9
2 Protokoll Stadtrat 02 vom 29.01.2026; Genehmigung	
2026.SR.0103	9
3 Protokoll Stadtrat 03 vom 12.02.2026; Genehmigung	
2026.SR.0104	9
4 Protokoll Stadtrat 04 vom 26.02.2026; Genehmigung	
2026.SR.0110	9
5 Protokoll Stadtrat 05 vom 12.03.2026; Genehmigung	
2025.SR.0195	9
6 Ombudsstelle: Tätigkeitsbericht 2025	
2025.SR.0194	16
7 Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz: Tätigkeitsbericht 2025	
2026.TVS.0039	20
8 Entsorgung + Recycling Stadt Bern; Nachkredit zum Globalbudget 2025	
2025.TVS.0028	22
9 Neue Friedhofsgesetzgebung: Friedhofreglement vom 13. August 1998 der Stadt Bern (Friedhofreglement; FHR; SSSB 556.5); Totalrevision, Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement; GebR; SSSB 154.11), Anhang V (Gebührentarif der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün), Ziffer 4.1 (Friedhof- und Bestattungsgebühren); Teilrevision	
2023.TVS.000034	31
10 Sichere und attraktive Velostationen: Einsatz von Videokameras in den städtischen Velostationen PostParc, Schanzenbrücke, Bollwerk, Milchgässli und Welle 7; Bewilligung	
Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr	34
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:50 Uhr	35
2023.TVS.000034	36
10 Sichere und attraktive Velostationen: Einsatz von Videokameras in den städtischen Velostationen PostParc, Schanzenbrücke, Bollwerk, Milchgässli und Welle 7; Bewilligung	

2006.SR.000152.....	58
12 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP (Thomas Göttin, SP/Ueli Stückelberger, GFL): Koexistenz auf der Achse Thunstrasse-Ostring	
2002.SR.000046.....	59
13 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA!/GPB (Ueli Stückelberger, GFL/Blaise Kropf, JA!): Mehr Wohnqualität: Zusätzliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Stadtteil 4 (Kirchenfeld/Schosshalde)	
2025.PRD.0042	60
14 Digitalstrategie der Stadt Bern; Genehmigung	
Verschoben und eingereicht.....	75
Schluss der Sitzung: 22.49 Uhr.	76

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Valentina Achermann
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis

Thomas Glauser
Simon Gyger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli

Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanović
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Mirjam Roder
Fabian Rüfenacht
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Anouk Ursin
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Karel Ziehli

Stadtrat entschuldigt

Dominik Fitze
Bernadette Häfliger
Thomas Hofstetter

Fuat Köçer
Nora Krummen
Dominic Nellen

Simone Richner
Michael Ruefer
Irina Straubhaar

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Das Glockenläuten muss ich noch etwas üben. Aber das kommt hoffentlich gut. Nehmt doch gerne Platz, dann können wir pünktlich mit der Stadtratssitzung beginnen. Liebe Stadträt*innen, herzlich willkommen zurück aus den Frühlingsferien. Ich freue mich sehr, euch alle hier wieder zu sehen.

Der März war wahrscheinlich für viele, wahrscheinlich die meisten von euch, ausserordentlich intensiv: Wahlkämpfe, zahlreiche Stand- und Flyeraktionen, Veranstaltungen, Ratsbetrieb, dann auch noch der Job und die Familie. Es kam viel zusammen und alles im Einsatz für die Demokratie. Es "fägt", aber es ist auch ziemlich zehrend. Und darum ist es umso schöner, hatten wir jetzt eine kleine Pause. Und wir sind hoffentlich erholt aus den Ferien zurück, so dass wir mit voller Energie zusammensitzen können.

Ich gebe als erstes die Entschuldigungen bekannt. Es sind doch einige, die sich für beide Sitzungen entschuldigt haben. Als erstes Bernadette Häfliger von der SP, dann Thomas Hofstetter von der FDP, Dominic Nellen von der SP, Dominik Fitze von der SP, Michael Ruefer von der GFL, Judith Schenk von der SP – aber ich habe sie vorher gesehen, gut, das stimmt also nicht –, Irina Straubhaar von der GLP, Nora Krummen von der SP, Simone Richner von der FDP, Fuat Köçer von der SP. Und in der zweiten Sitzung ist Nik Eugster abwesend.

Ich darf nun gleich mit erfreulichen Nachrichten starten, und zwar möchte ich mich zuerst bei allen Kandidat*innen bedanken, die sich im März zur Wahl in den Grossen Rat gestellt und ihr Bestes gegeben haben. Herzliche Gratulation für euren Einsatz und eure Resultate. Ganz besonders freue ich mich aber, unseren drei Kolleginnen herzlich zur Wahl und zur Wiederwahl in den Grossen Rat gratulieren zu dürfen. Eure Perspektiven und eure Erfahrungen aus dem Berner Stadtrat werden dem Grossen Rat mit Sicherheit sehr guttun. Darum herzliche Gratulation, Valentina Achermann, zur Wiederwahl, herzliche Gratulation, Lena Allenspach, zur Wahl und herzliche Gratulation, Shasime Osmani, zur Wahl in den Grossen Rat.

Applaus im Saal.

So sehr wir uns über diese Wahlerfolge freuen, so bedeuten sie doch gleichzeitig auch Abschied nehmen. Und ich habe heute gleich zwei Rücktritte zu verkünden. Ich lese euch nun das erste Rücktrittsschreiben vor.

"Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Kolleg*innen. 'Ich bin mega, mega gerne im Stadtrat', wurde ich in einer Schlagzeile zitiert, als ich 2024 Stadtratspräsidentin wurde, ein Satz, der für mich bis heute gilt. Umso schwerer fällt es mir heute, diese Abschiedsworte zu formulieren. Für mich geht eine Zeit zu Ende, die mich politisch und persönlich sehr geprägt hat. Begonnen hat alles 2020 mit der Wahl in eines der linken, jüngsten und weiblichsten Parlamente überhaupt. Dass ich dieses Parlament als die 11. Frau seit 1888 repräsentieren durfte, ist bis heute eine riesige Ehre für mich. In den letzten Jahren hat mich immer wieder die Frage beschäftigt, wie zugänglich unsere Politik eigentlich ist, wer hier mitreden kann und wer nicht. Denn es ist ein grosses Privileg, Teil dieses Stadtrats zu sein. Gleichzeitig wissen wir alle, wie viel dieses Mandat abverlangt und wie schwierig es ist, es mit anderen Lebensrealitäten zu vereinbaren. Das hat Konsequenzen. Es führt dazu, dass nicht alle gleich Zugang zu diesem Rat haben. Umso wichtiger finde ich, dass wir bei unseren Entscheidungen immer auch die Menschen im Blick haben, die nicht hier drin sitzen, Menschen, die keinen Zugang zur Politik haben oder sich dieses Engagement nicht leisten können. Für genau diese Menschen machen wir Politik. Unsere Arbeit im Stadtrat wird oft als ideologisch

abgewertet, als Machtdemonstration der Linken. Abgesehen davon, dass wir hoffentlich alle irgendeine Ideologie verfolgen – warum sollte man denn sonst in der Politik sein? –, muss ich feststellen: Von meiner Ideologie sind wir noch weit entfernt. Denn noch immer ist jedes achte Kind von Armut betroffen. Noch immer ermordet ein Mann alle zwei Wochen eine Frau. Noch immer ist Suizid die zweithäufigste Todesursache bei Jugendlichen. Wenn wir in dieser Stadt kleine Schritte gemacht haben hin zu mehr Gleichberechtigung und Gleichstellung aller Menschen, dann war das für mich immer wieder ein Funken Hoffnung in der Welt, in der der Faschismus auf dem Vormarsch ist. Mir macht das Angst, ich hoffe, euch auch. Politisches Engagement hilft mir, aus dem lähmenden Weltschmerz, aus dieser Ohnmacht, rauszukommen. Zu sehen, dass ich nicht allein bin, sondern jeden zweiten Donnerstag von so vielen Menschen umgeben bin, die unsere Stadt besser machen wollen, gibt mir seit fast fünfeinhalb Jahren unglaublich viel Sinn und Erfüllung. Mit meiner Wiederwahl in den Grossen Rat trete ich nun schweren Herzens aus dem Stadtrat zurück. Auch wenn im Grossen Rat die Mehrheiten anders sind, der Ton rauer und die Entscheidungen düsterer, freue ich mich auf die Herausforderungen in den Themenbereichen, die mich nachts wachhalten: psychische Gesundheit, Sicherheit, Asyl und Migration. Es wird nicht einfach, als Linke in diesem Kanton etwas zu bewegen. Aber die Geduld, die ich hier im Stadtrat lernen musste, das ehrliche Interesse an den Absichten und Sorgen meines politischen Gegenübers sowie die Hoffnung, dass diese Welt eine bessere sein kann, nehme ich mit. Zum Schluss möchte ich euch danken. Danke, dass ihr euch mit so viel Herzblut, Zeit und Energie für eine lebenswerte Stadt einsetzt. Danke für all die Diskussionen, Emotionen, Apéros im Volver, an der BEA, an den Ausflügen und Feiern. Danke von Herzen für diese prägnante, herausfordernde und wundervolle Zeit. Ich werde euch vermissen, Valentina."

Applaus im Saal.

Valentina Achermann ist seit Januar 2021 Mitglied unseres Rates und hat in diesen gut fünf Jahren wirklich viel bewegt. Sie war von August 2021 bis Januar 2025 Mitglied des Büros, hat die AKO, die GPK und die SBK bereichert und, als absolutes Highlight, den Stadtrat im Jahr 2024 repräsentiert. In dieser Zeit hat sie 14 Vorstösse als Erstunterzeichnerin und 98 als Mitunterzeichnerin eingereicht. Themen, die ihr am Herzen lagen, waren vor allem der Einsatz gegen häusliche und sexualisierte Gewalt, die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die Fallbelastungen bei den Sozialdiensten und der Diskriminierungsschutz von Migrant*innen und der genossenschaftliche Wohnraum in Bern. Valentina und ich kennen uns schon länger als in diesem Ratssaal. Wir waren bereits vor unseren Stadtratsmandaten gemeinsam ausserhalb der parlamentarischen Strukturen aktiv, ich damals im Feministischen Streik-Hochschulkollektiv und sie in der SUB, der Studierendengemeinschaft der Universität Bern. Gemeinsam haben wir den feministischen Streik 2019 organisiert und den einen oder anderen Unisaal besetzt. Das machen wir heute nicht mehr. Als du 2021 in den Stadtrat eingezogen bist, hast du dieses Engagement für eine gerechtere Gesellschaft nahtlos und mit beeindruckender Energie weitergeführt. Besonders am Herzen liegt mir eine gemeinsame Erinnerung. Wir haben gemeinsam den ersten interfraktionellen Vorstoss gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum eingereicht. Er hat dazu geführt, dass das Projekt "Bern schaut hin" eingeführt wurde – ein echter Gewinn für unsere Stadt, worauf du sehr stolz sein kannst. Und irgendwann hat dieser gemeinsame interfraktionelle Einsatz auch dazu geführt, dass es auch noch eine langjährige Freundschaft wurde, genau das, was dieser Rat auch noch bewegen kann. Herzlichen Dank, Valentina, für deinen Einsatz. Nun verlässt du uns und bist wiedergewählte Grossrätin und ziehst weiter auf die

nächsthöhere Staatsebene. Wir wünschen dir aus dem Ratsbüro und aus dem Stadtrat für das weitere Wirken viel Erfüllung und viel Erfolg. Herzlichen Dank.

Applaus im Saal.

Der zweite Rücktritt ist der eines nicht minder bekannten Gesichts.

"Geschätzte Frau Ratspräsidentin, liebe Jelena, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich entschieden, per Donnerstag, 23. April 2026 aus dem Stadtrat zurückzutreten. Nach neun Jahren und vier Monaten und nach über 200 Donnerstagabenden, welche ich im Rathaus verbringen durfte, schlichen sich die Gedanken an diesen Rücktritt irgendwann Ende 2023 in meinen Kopf, weil es einfach zu viele Situationen und Erlebnisse gab, wegen denen ich mich fragen musste, warum ich das alles mache. Mit der Aussicht auf das Ratspräsidium 2025 war aber klar, dass ich mich bis zu diesem durchbeissen werde. Und ja, in mir blieb die Hoffnung, dass sie vielleicht wieder zurückkommen wird, die bedingungslose Freude an diesem Amt und vor allem an der Arbeit in diesem Rat. Aber sie kam nicht zurück, eher im Gegenteil. Und so ist es nun an der Zeit, diesen Schritt zu machen. Gerne hätte ich noch miterlebt, wie hier im Saal die Rasensportinitiative behandelt wird. Das wird nun nicht mehr möglich sein. Aber ich zähle auf euch, dass ihr den Anliegen der Sportler*innen Rechnung tragen werdet. Die Arbeit in diesem Parlament ist ein grosses Privileg. Die Möglichkeit, auf lokaler Ebene konkret etwas zu bewegen, ist keine Selbstverständlichkeit. Es sind diese Momente, die bleiben, wenn ein Vorstoss, den man einst eingereicht hat, Jahre später sichtbare Realität wird. Wenn aus einer Idee ein Ort entsteht, an dem Menschen zusammenkommen, wie beim neuen Home of Beach, oder wenn kleine Veränderungen im Alltag vieler Menschen spürbar werden, etwa wenn die Münsterplattform nachts wieder zugänglich ist und Teil des städtischen Lebens wird. Diese Momente sind erfüllend, sie geben Sinn und sie sind es, die die politische Arbeit tragen. Doch ich habe in den letzten Jahren auch eine andere Entwicklung wahrgenommen. Die politische Mehrheit in diesem Rat wurde noch einseitiger. Das ist das Ergebnis demokratischer Wahlen. Das gilt es zu respektieren. Zudem habe ich aber auch eine Veränderung in der Debattenkultur erlebt, die mich zunehmend nachdenklich stimmt. Zu oft wird gesprochen, ohne wirklich zuzuhören. Zu schnell wird das Gegenüber in eine Schublade gesteckt. Andersdenkende werden nicht nur kritisiert, sondern mitunter abgewertet. Vorstösse werden nicht an ihren Inhalten gemessen, sondern an ihrer Urheberschaft. Und ganz allgemein scheint es oftmals wichtiger zu sein, einen Vorstoss einzureichen oder ein Votum zu halten, damit man Bilder auf Social Media teilen kann, als dass es wirklich darum geht, sich zu überlegen, was man eigentlich genau bezweckt. Ich möchte meinen Rücktritt daher zum Anlass nehmen, meine Gedanken mitzugeben, nicht als Vorwurf, sondern als Einladung. Demokratie lebt vom Austausch. Sie lebt davon, dass wir einander zuhören, Argumente ernst nehmen und bereit sind, uns auf unsere Sichtweisen einzulassen. Lösungen entstehen selten im Alleingang, sondern im Aushandeln, im Abwägen und im Kompromiss. Gerade in einer Zeit, in der die Welt lauter, zugespitzter und polarisierter wird, kommt uns als gewählten Vertreterinnen und Vertretern eine besondere Verantwortung zu. Wir sollten nicht nur keine Treiber der Polarisierung werden, sondern ihr bewusst entgegenwirken. Und auch wenn der Austausch und das gegenseitige Zuhören sehr wichtig sind, überlegt euch doch vielleicht doch noch einmal, ob es in diesem Rat nicht auch mit kürzeren Redezeiten gehen würde. Trotz aller kritischen Gedanken überwiegt bei mir die Dankbarkeit. Dankbarkeit für die vielen Begegnungen, für die engagierten Diskussionen, für gemeinsame Erlebnisse, auch über die politischen Grenzen hinweg, und Dankbarkeit dafür, dass ich über viele Jahre Teil dieses Rates sein durfte. Merci vielmals, macht es gut, Tom Berger."

Applaus im Saal.

Tom Berger politisierte seit Januar 2017 für die FDP, ist also, wie er gesagt hat, seit stolzen neun Jahren Mitglied unseres Rats. Von Januar 2022 bis Januar 2026 war er Mitglied des Büros und hat den Stadtrat im Jahr 2025 präsiert. Zuvor hat er die SBK während sieben Jahren geprägt und diese im Jahr 2023 auch präsiert. In dieser Zeit hat er 83 Vorstösse als Einzelunterzeichner und stolze 180 als Mitunterzeichner eingereicht, mit den Themen, die das pulsierende Leben in der Stadt widerspiegeln. Kultur, Gastgewerbe, Sport, Publibike, Wohnraum und die konkreten Abläufe von Planungs- und Bauprojekten waren seine Herzensanliegen. Wir haben dich als überlegten, ruhigen und empathischen Kollegen wahrgenommen, der sich den Themen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und Respekt verschrieben hat. Du hast einmal gesagt: Demokratie ist anstrengend, aber sie ist es wert. Ich glaube, diesen Satz hast du als Stadtratspräsident im vergangenen Jahr mehr als einmal gespürt und ich habe sie auch sehr klar aus deinen Schlussworten gehört. Und trotzdem bist du uns so lange treu geblieben. Ich danke dir von Herzen für deine sorgfältige Arbeit, für all deine Inputs, mit denen du uns bereichert hast. Ich bin sehr gespannt, was die Zukunft für dich so alles bereithält. Mit dem Politforum im Käfigturm hast du einen Job, der dir eigentlich praktisch auf den Leib geschneidert ist. Aber ich bin überzeugt, dass wir alle wissen: Von Tom Berger haben wir politisch sicher noch nicht das letzte Wort gehört. Herzlichen Dank, Tom, für deinen Einsatz. Als Zusatz darf ich noch ausrichten, dass dein lieber Freund Mänu Widmer dir eine fast lebensgrosse Karte erstellt hat, die ihr hier vorne findet. Ihr seid also herzlich eingeladen, noch eine persönliche Nachricht an Tom aufzuschreiben und sie dann auf der Karte euch so damit zu verewigen. Natürlich auf der Rückseite, die Vorderseite ist sehr beeindruckend. Herzlichen Dank, Tom, für deinen Einsatz.

Applaus im Saal.

Jetzt kommen wir zu weiteren Good News. Es gibt keine weiteren Begrüssungen neuer Ratsmitglieder, aber Geburtstage. – Doch, wir haben noch einen Abschied zu verkünden. Wir verabschieden Anouk Ursin von der AL als stellvertretendes Mitglied. Sie hat seit Januar 2026 David Böhner vertreten, der ab dem 1. Mai 2026 wieder offiziell Ratsmitglied sein wird. Liebe Anouk, im Namen des Stadtrats danke ich dir für deine geleistete Arbeit für unsere Stadt. Ich hoffe, du konntest dich in dieser kurzen Zeit einbringen und wertvolle Erfahrungen mitnehmen. Vielleicht sehen wir dich im Rat wieder, solltest du ordentlich nachrücken oder, wer weiss, in der AL wieder eine Stellvertretung übernehmen. Wir wünschen dir auf jeden Fall alles Gute.

Applaus im Saal.

Jetzt kommen wir zu den Geburtstagen. Ursula Stöckli hat morgen Geburtstag. Ihr wisst es: Heute noch nicht gratulieren. Aber vielleicht bleibt sie heute Abend so lange, bis wir ihr gratulieren können.

Dann darf ich noch etwas sehr Lustiges machen, und zwar meinen eigenen Geburtstag verkünden. Dieser war gestern. Im Sinne meines Mottos der Caring City möchte ich euch dazu einladen, dass wir doch mehr zueinander Sorge tragen, mehr füreinander sorgen – und vor allem auch mehr gemeinsam feiern, weil das einander doch auch verbindet. Und damit sollten wir anfangen, auch bei uns im Parlament. Deshalb lade ich euch sehr herzlich ein, am Schluss der Stadtratssitzung – wenn wir vorwärts machen, werden wir vielleicht noch etwas früher fertig – gemeinsam noch ein Glas im Volver zu trinken. Die erste Runde geht auf mich. Macht euch bemerkbar als Stadträt*innen und stösst doch nach dem Ratsbetrieb gemeinsam mit uns an. Merci vielmals.

Applaus im Saal.

Jetzt zu den offiziellen Mitteilungen: Das Badgen wie immer nicht vergessen. Und die Vorstösse einreichen: die dringlichen bis 21 Uhr und die übrigen bis 21.30 Uhr.
Wir kommen nun zum Ordnungsantrag, Traktandum 15 auf eine spätere Sitzung zu verschieben. Der Antrag liegt euch schon vor. Wir können also gerne jetzt darüber abstimmen.

Ordnungsantrag 1

Bernadette Häfliger, SP

Das Traktandum 15 sei auf eine spätere Sitzung zu verschieben.

Abstimmung Nr. 000

2023.SR.0112: Ordnungsantrag 1

Annahme

Ja	50
Nein	0
Enthalten	10

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Herzlichen Dank. Dann werden wir das Traktandum 15 auf eine zukünftige Sitzung verschieben. Bernadette Häfliger dankt sehr, dass sie den Vorstoss dann auch entsprechend vertreten kann. Nun kommen wir zum Ordnungsantrag der SVP. Hier geht es um einen Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis. Auch darüber könnt ihr jetzt abstimmen.

Antrag 2

SVP

Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR):

Massive Ausschreitungen anlässlich der Anstadt Demonstration vom 11.4.-12.4.2026.

Verharmlosende Wortwahl des Sicherheitsdirektors der Stadt Bern in den Berner Medien («Austicken» einiger Demonstranten nach einer Party).

Müssen massive Sachbeschädigungen angesichts des Demonstrationsrechts in Kauf genommen werden, wie dies gewisse Exponenten fordern?

Abstimmung Nr. 001

2023.SR.0112: Antrag 2

Ablehnung

Ja	9
Nein	52
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Ordnungsantrag der SVP abgelehnt. Somit werden wir keine Diskussion aus aktuellem Anlass führen und gehen bereits zum Traktandum 2.

2026.SR.0101

2 Protokoll Stadtrat 02 vom 29.01.2026; Genehmigung

Präsidentin: Wir kommen zu den Traktanden 2 bis 5, die wir gerne gemeinsam behandeln würden. Es geht um die Protokolle der letzten Stadtratssitzungen. Bei uns sind keine Änderungseinträge eingegangen. Sind die Protokolle bestritten? – Die Protokolle sind unbestritten. Ich danke damit herzlich den Verfasser*innen.

Abstimmung

2026.SR.0101

Stillschweigende Genehmigung in Globo

2026.SR.0103

3 Protokoll Stadtrat 03 vom 12.02.2026; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 bis 5: siehe Traktandum 2.

2026.SR.0104

4 Protokoll Stadtrat 04 vom 26.02.2026; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 bis 5: siehe Traktandum 2.

2026.SR.0110

5 Protokoll Stadtrat 05 vom 12.03.2026; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 bis 5: siehe Traktandum 2.

2025.SR.0195

6 Ombudsstelle: Tätigkeitsbericht 2025

Präsidentin: Wir kommen weiter zum Traktandum 6: Ombudsstelle, der Tätigkeitsbericht 2025. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die GPK Shasime Osmani.

Shasime Osmani (SP) für die Kommission: Die Geschäftsprüfungskommission hat sich im Rahmen von zwei Sitzungen vertieft mit dem Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle auseinandergesetzt und einen offenen, aufschlussreichen Austausch mit der Ombudsfrau geführt. Die GPK nimmt den Tätigkeitsbericht zustimmend zur Kenntnis. Wir tun dies aber nicht nur formell, sondern auch aus Überzeugung. Die Ombudsstelle leistet einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren unserer Stadt und stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung. Im Namen der GPK möchte ich mich deshalb bei der Ombudsstelle herzlich für die engagierte und wertvolle Arbeit bedanken.

Wir kommen zum Inhaltlichen. Ich gehe auf vier Punkte ein.

Erstens zu den steigenden Fallzahlen und zu der zunehmenden Belastung: Der Bericht zeigt klar, dass die Nachfrage nach den Dienstleistungen der Ombudsstelle weiter steigt. Mit 977 Anfragen und 332 neuen Fällen wurde erneut ein Höchststand erreicht. Ein grosser Teil dieser Anfragen fällt allerdings nicht in den Zuständigkeitsbereich der Ombudsstelle. Von den 358 bearbeiteten Fällen waren 256 verwaltungsexterne Fälle, 80 verwaltungsinterne und 19 Whistleblowing-Fälle. Gleichzeitig werden die Fälle komplexer und aufwendiger, was die Arbeitsbelastung zusätzlich erhöht. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die heutigen Ressourcen langfristig ausreichen. Wenn wir wollen, dass die Ombudsstelle ihre Arbeit weiterhin qualitativ gut und effizient leisten kann, müssen wir auch die personelle Ausstattung im Blick behalten.

Der zweite Punkt betrifft die Kommunikationsprobleme in der Verwaltung. Das scheint uns in der GPK ein sehr wichtiger Punkt. Der Bericht zeigt deutlich, dass viele Konflikte in erster Linie nicht in der Sache selbst entstehen, sondern in der Art und Weise, wie kommuniziert wird. Gerade im verwaltungsinternen Bereich ist die Rede von Druck, mangelnder Wertschätzung und schwierigen Führungsbeziehungen. Ja, das ist kein Nebenthema, sondern ein strukturelles Problem mit konkreten Auswirkungen auf die Mitarbeitenden, deren Gesundheit, auf die Qualität der Arbeit und ja, schlussendlich eben auf die Bevölkerung. Hier sehen wir klaren Handlungsbedarf. Es braucht eine Verwaltungskultur, in der Kritik ernst genommen wird, in der auf Augenhöhe kommuniziert wird, und in der Führung Verantwortung übernimmt. Die Ombudsstelle liefert hierzu eben wichtige Hinweise, die wir als Chance nutzen sollten.

Wir bleiben bei den Problemen in der Verwaltung und konzentrieren uns insbesondere auf die im Sozialbereich. Der Bericht zeigt, dass sich die Beschwerden über lange Bearbeitungszeiten, organisatorische Schwierigkeiten und Probleme im Zusammenhang mit – Überraschung! – den IT-Systemen häufen. Im Tätigkeitsbericht werden gravierende Fälle beschrieben; Menschen, die betrieblen wurden, weil ihre Rechnungen nicht bezahlt wurden. Ihr ahnt es: Es hat mit Citysoftnet zu tun. Und wenn ich ganz ehrlich bin: Wir wissen alle nicht ganz genau, wie es mit Citysoftnet weitergeht.

Der letzte Punkt zum Thema Whistleblowing: Auch hier sind beachtlicherweise 19 Meldungen eingegangen. Für die GPK ist wichtig festzuhalten, dass sich zum jetzigen Zeitpunkt keine direkten Untersuchungen ergeben haben. Aber es ist klar, dass, wenn sich aus solchen Meldungen ein entsprechender Sachverhalt ergibt, werden wir die Aufsichtsfunktion wahrnehmen. Entscheidend scheint uns aber vor allem, dass die Mitarbeitenden den Mut gehabt haben, sich an die Ombudsstelle zu wenden, Missstände anzusprechen und darauf zu vertrauen, dass sie geschützt werden. Der Bericht macht also deutlich, dass die Ombudsstelle eine zentrale Rolle einnimmt als Vermittlerin, als Frühwarnsystem, als Brückenbauerin zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung, aber eben auch verwaltungsintern. Eines ist klar, die GPK wird die angesprochenen Entwicklungen weiterhin aufmerksam begleiten.

Nochmals: Wir bedanken uns bei der Ombudsstelle für die wertvolle Arbeit und empfehlen euch, den Tätigkeitsbericht auch zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Merci.

Präsidentin: Falls Diskussionsbedarf besteht, könnt ihr euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Es besteht offensichtlich Diskussionsbedarf. Als erstes für die GB-JA!-Fraktion, Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Die Fraktion GB-JA! dankt Mirjam Graf und ihrem Team für die wichtige Arbeit, die sie leisten. Wir haben den Tätigkeitsbericht mit grossem Interesse gelesen und diskutiert. Wir sind überzeugt, dass die Ombudsstelle

eine wichtige Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Behörden und eine wichtige Anlaufstelle für städtische Angestellte ist. Sie hilft, Konflikte beizulegen und einvernehmliche Lösungen zu finden. Und sie kann Verbesserungen in den Verwaltungsabläufen auslösen. Für diese Arbeit bedanken wir uns.

Der Tätigkeitsbericht ist informativ und anschaulich, gerade auch dank der Fallbeispiele, die einen spannenden Einblick geben in die Bandbreite der Konflikte, mit denen sich die Ombudsstelle im letzten Jahr auseinandergesetzt hat. Bei der Statistik fällt vor allem auf, dass die verwaltungsexternen Fälle gestiegen sind, wie schon in den vergangenen Jahren. Das kann daran liegen, dass die Schwellen gesunken sind, sich zu melden, und bedeuten, dass der Zugang zur Ombudsstelle niederschwellig und das Vertrauen hoch ist, was natürlich ein gutes Zeichen wäre. Oder es könnte bedeuten, dass immer mehr Menschen Beschwerdegründe haben, was natürlich ein schlechtes Zeichen wäre. Die Statistik gibt darüber keine Auskunft. Wir können nur folgern, dass es die Ombudsstelle wirklich braucht und dass Menschen darauf vertrauen, Unterstützung und eine angemessene Beratung zu erhalten.

Das Schwerpunktthema 2025 war Kommunikation und vor allem Kommunikationsstörungen. Die Fallbeispiele zeigen, wie wichtig der Bereich der Kommunikation ist. Bei vielen der dargestellten Fälle ist gut spürbar, dass es den Beschwerdesteller*innen stark darum geht, wahrgenommen, ernstgenommen, gehört und respektiert zu werden, und dass auf der anderen Seite die Ombudsstelle oft die Kommunikation der Beschwerdesteller*innen mit diesen reflektiert hat. "Echtes Interesse, gegenseitiges Verständnis und der Fokus auf Lösungen", Zitat, stellt die Ombudsstelle ins Zentrum einer Kommunikation, die gelingen kann. Das leuchtet ein. Interessant ist auch die Erklärung der Ombudsstelle, dass sie das Schwerpunktthema Kommunikation auch auf sich selbst angewendet hat. Tatsächlich befindet sich die Ombudsstelle in einer kommunikativ anspruchsvollen Rolle, schon nur, weil sie sich grundsätzlich mit Konfliktsituationen beschäftigt, aber auch, weil sie sich für die Beschwerdesteller*innen einsetzen muss, ohne anwaltschaftlich zu sein. Diese komplexe kommunikative Rolle immer wieder zu reflektieren, ist sicher eine Kernaufgabe der Ombudsstelle, damit sie als Vermittlungsinstanz funktionieren kann.

Abschliessend nochmals herzlichen Dank an Mirjam Graf und das ganze Team für die wertvolle Arbeit und herzlichen Dank für den interessanten Tätigkeitsbericht.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion bedankt sich bei Mirjam Graf und der Ombudsstelle für den aufschlussreichen Tätigkeitsbericht. Die Arbeit der Ombudsstelle hat erneut ihre Notwendigkeit bewiesen – für Betroffene, Fragestellende, Angestellte der Stadt Bern, aber auch für uns im Stadtrat, insbesondere auch bei der Aufarbeitung der Probleme, die durch die Einführung von Citysoftnet entstanden sind. Hier sind die Rückmeldungen der Ombudsstelle im Tätigkeitsbericht ein wichtiger Gradmesser, wie weit die Gegenmassnahmen zugunsten von Klient*innen von EKS und Sozialamt gefruchtet haben, insbesondere auch beim betroffenen Personal.

Die Ombudsstelle leistet einen unverzichtbaren Dienst für die Menschen in dieser Stadt. Die Legitimation sollte deshalb nicht aus tagespolitischen Launen oder ideologischen Scheuklappen in Frage gestellt werden, wie das immer wieder passiert. Gerade auch diejenigen, die sich weniger Staat im Leben wünschen, sollten anerkennen, dass Menschen, die mit diesem Staat Probleme haben, eine kompetente und unabhängige Stelle brauchen, wo sie Gehör finden. Die Ombudsstelle ist ausserdem auch Anlaufstelle für Menschen, die vielleicht nicht direkt mit der Stadt ein Problem haben, aber mit anderen

Stellen. Die Polizei beispielsweise mag kantonal sein bei uns, ihre Arbeit und ihr Auftrag in der Stadt sind es aber nicht. Deshalb soll die Ombudsstelle unserer Meinung nach auch bei solchen Anfragen ein Mindestmass an Mitteln zur Verfügung haben, wenn schon der Kanton keine Ombudsstelle hat. Man kann die Polizei toll finden oder auch nicht. Die meisten Menschen reagieren aber unabhängig ihrer politischen Gesinnung mit Groll auf jegliche Art der Repression, die ihnen selbst widerfährt. Das muss nicht zwingend an einer eskalierten Demo sein, sondern gilt auch bei jeder Verkehrskontrolle, in die man hineingerät. Und wenn der Kanton diese Leute mit ihrem Groll allein lassen will, wir müssen es nicht. Die Pandemie 2021 und unsere Budgetdisziplin 2025 haben leider verhindert, dass im Rahmen eines Jubiläums auf die Geschichte und vor allem die Arbeit der Ombudsstelle in der breiten Öffentlichkeit hingewiesen worden wäre. Das ist jetzt nun mal so. Es wäre aber trotzdem gut, würde man der Ombudsstelle zu etwas mehr Sichtbarkeit, noch mehr Sichtbarkeit verhelfen würde. Denn nicht alle in der Stadt wissen von der Ombudsstelle und das gilt auch für das städtische Personal. Wir im Stadtrat wissen von ihr, denn wir kriegen diesen Tätigkeitsbericht. Aber wir 80 Leute sind eben gerade nicht die Zielgruppe.

Die SP-JUSO-Fraktion wird den Tätigkeitsbericht entsprechend positiv zur Kenntnis nehmen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Salome Mathys für die GLP-EVP-Fraktion.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Der Bericht der Ombudsstelle der Stadt Bern bietet einen aufschlussreichen Einblick in die vielfältigen Anliegen und Konfliktfelder zwischen Bevölkerung und Verwaltung und zeigt die wichtige Rolle dieser niederschweligen Vermittlungsstelle auf. Wir gehen davon aus, dass die Anzahl der Fälle wegen der Niederschwelligkeit so hoch ist. Besonders hervorzuheben ist eben, dass die Ombudsstelle auch im Jahr 2025 erneut eine hohe Anzahl von Fällen bearbeiten musste, was ihre anhaltende Relevanz unterstreicht. Gleichzeitig wird deutlich, dass zentrale Themen wie Kommunikationsprobleme oder Schwierigkeiten im Umgang mit Verwaltungsprozessen weiterhin prägend sind. Es ist jedoch bedenklich, dass einige dieser Problembereiche seit mehreren Jahren wiederkehrend auftreten und regelmässig zu Fällen bei der Ombudsstelle führen.

Als Vizepräsidentin der GPK möchte ich zudem festhalten, dass der Austausch mit Mirjam Graf auf einem guten, vertrauensbasierten und offenen Verhältnis beruht, was ich sehr schätze. Für ihre engagierte und sorgfältige Arbeit sowie die konstruktive Zusammenarbeit möchte ich mich als GPK-Mitglied, aber auch im Namen der Fraktion GLP, JGLP und EVP herzlich bedanken.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Thomas Glauser für die SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Die SVP-Fraktion hat den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle angeschaut. Wir sind zur Kenntnis gelangt, dass, seit die Ombudsstelle von der Datenschutzstelle getrennt ist, sie sehr grosse Fortschritte gemacht hat, dass sie sehr gut arbeitet. Was uns vor allem gefallen hat, sind die Fallbeispiele, die man in diesem Tätigkeitsbericht erwähnt, womit man in die Praxis hineinsieht und sieht, dass vor allem zum Teil in der Verwaltung oder auch andernorts Dinge aufgedeckt werden können.

Wir haben in unserer Fraktion jedoch beschlossen, dass jeder selbst entscheiden kann, ob er den Bericht positiv oder negativ zur Kenntnis nehmen will. Besten Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Nik Eugster von der FDP-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Zuerst einmal herzlichen Dank für die Arbeit, die Sie für die Stadt Bern tun, und diesen Bericht, den wir mit grossem Interesse gelesen haben. In einer Mail im Nachgang der letzten Budgetdebatte, in der es um den Posten des Jubiläums ging, hat Mirjam Graf ziemlich deutlich durchscheinen lassen, wir würden die Arbeit der Ombudsstelle nicht verstehen oder schätzen. Ich werde in meinem Votum das Gegenteil überweisen, auch wenn wir durchaus Kritik üben dürfen. Das ist unsere Rolle.

Wie erwähnt, wir haben den Bericht mit grossem Interesse gelesen. Wie auch schon im letzten Jahr enthält er sehr viele konkrete Beispiele und Schlüsse, die sich aus diesen ziehen lassen. Die Debatte dazu hat ja bereits in der Berichterstattung in "Bund" und BZ begonnen. Schade, begrenzt er sich wieder so stark nur auf einen Bereich, nämlich die Fälle, welche die Polizei betreffen. Die auf Seite 13 und in "Bund" und BZ geäusserte Kritik fand ich spannend. Oberflächige Pauschalkritik an der Polizei ist ein Missbrauch der Ombudsstelle und nimmt dieser Ressourcen dafür weg, wofür sie eigentlich da ist, nämlich um konkrete Missstände der Verwaltung aufzudecken. Stattdessen wird die Ombudsstelle missbraucht, um die Polizei unter Generalverdacht zu stellen. Das hilft niemandem etwas.

Ich verstehe, dass die Arbeitslast bei der Ombudsstelle momentan hoch ist. Es ist spannend zu lesen, dass Citysoftnet noch immer für so umfassende Probleme sorgt, dass sich das nach wie vor deutlich in der Statistik der Ombudsstelle niederschlägt. Eigentlich müsste man auch diese Kosten ins Projekt Citysoftnet rechnen, würden sie ja nicht entstehen, wäre das Projekt besser geführt worden. Ich hoffe sehr, dass diese Probleme sich bald beruhigen. Das wird uns ja immer von Seiten Gemeinderat versprochen. Wer also fordert, dass die Ombudsstelle noch ausgebaut werden sollte, der verschwendet Steuergeld, weil ja gemäss Gemeinderat dieser Problembereich bald wegfällt. Wir hoffen es, dann könnte man sogar über eine Reduktion sprechen. Aber das lasse ich jetzt mal.

Wie gesagt, ich finde gut, was die Ombudsstelle momentan macht und auch dass sie selber die Initiative ergreift, wie zum Beispiel den auf Seite 37 erwähnten eigenen Untersuchungsbericht bezüglich Leistungssperren und Kündigungen von Zusatzversicherung in Folge Zahlungsverzug – einfach nur krass, was da alles eben im Zusammenhang mit Citysoftnet im Bericht beschrieben wird. Dass das noch immer keine konkreten Konsequenzen hatte, ist für mich unerklärbar. Die Zusatzversicherung der damals verantwortlichen Gemeinderätin läuft natürlich problemlos weiter, genauso wie ihr Rentengehalt.

Zurück zum Bericht an und für sich: Ein spannender Bericht. Wir nehmen ihn positiv zur Kenntnis und danken herzlich für die Arbeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Matteo Micieli für die AL-PdA-TIF-Fraktion.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Ich möchte mich zuerst im Namen der AL-PdA-TIF-Fraktion sehr herzlich bei Mirjam Graf und den Mitarbeitenden der Ombudsstelle für ihre wichtige Arbeit im vergangenen Jahr bedanken. Wie wichtig diese ist, zeigt sich direkt im Bericht selbst. Ihr habt es gehört: Die Fallzahlen sind hoch, die Anfragen auch. Seit mindestens drei Berichtsjahren eröffnet die Ombudsstelle jedes Jahr mehr Fälle als im Vorjahr. Auch verwaltungsintern steigen die Fälle seit drei Jahren kontinuierlich. Das ist einerseits sicher der immer grösser werdenden Bekanntheit der Ombudsstelle

zuzurechnen und in dem Sinne auch als positives Zeichen zu deuten. Es spricht aber auch Bände über die Probleme innerhalb der Verwaltung. Wir haben es gehört: Der Schwerpunkt des Berichts ist die Kommunikation respektive Störungen in der Kommunikation. Nicht immer sind Konflikte auf einen sachlichen Inhalt zurückzuführen. Und es wird aufgezeigt, wie mit einer aufbauenden Kommunikation deeskalierend auf eine Situation eingewirkt werden kann. Wenn man den Bericht aber liest, merkt man schnell: Das Problem ist nicht nur oder ist zumindest nicht nur, dass die Menschen nicht deeskalierend miteinander kommunizieren. Es sind zu oft strukturelle Probleme innerhalb der Verwaltung. Die Folgen davon spüren dann die Betroffenen und auch die Mitarbeitenden, währenddem die Leiter*innen und Gemeinderät*innen einfach seit geraumer Zeit baldige Besserung versprechen. Der Bericht liest sich also eigentlich auch als Bericht über die vom Gemeinderat gebetsmühlenartig immer gepriesene inhaltslose Fehlerkultur; dies nicht zuletzt, weil der Bericht ähnlich klingt wie der vom letzten Jahr: Dieselben Probleme, dieselben Versäumnisse, dieselben Herausforderungen, dieselbe zahnlose Fehlerkultur. Ich meine, die Probleme sind längst bekannt, aber so wirklich dafür hinstehen will niemand. Mahnungen und Mahnkosten, weil Rechnungen nicht rechtzeitig bezahlt werden, fehlerhafte Auszahlungen, Rückforderungen aufgrund von Verwaltungsfehlern, unauffindbare Unterlagen – das alles ist kein Kommunikationsproblem. Es ist irgendwie ein strukturelles Versagen, und zwar vom Gemeinderat und den Geschäftsstellen.

Es ist ein Armutszeugnis. Es kann doch nicht sein, dass Menschen auf dem Sozialdienst ihre Zusatzversicherung verlieren, nur weil der Gemeinderat irgendwie diese Probleme nicht in den Griff kriegt. Es kann auch nicht sein, dass eine Person in Beistandschaft betrieben wird, weil das EKS Krankenkassenprämien nicht lückenlos bezahlt respektive die Prämien einfach der falschen Krankenkasse bezahlt. Das ist ziemlich tragisch.

Das alles sind keine Kommunikationsprobleme. Es sind Systeme, die nicht funktionieren. Und es ist weiter auch sehr, sehr problematisch zu verstehen, dass oftmals erst eine mehr oder weniger akzeptable Situation für die Betroffenen eintritt, wenn die Ombudsstelle interveniert, und das zwar mehrmals. Also sie muss das immer wieder tun. Auch das wurde im Bericht von 2024 schon gerügt. Und auch hier gibt es wieder zwei Seiten der Medaille. Es zeigt einerseits: Die Ombudsstelle arbeitet gut. Es zeigt aber auch: Die Verwaltung macht Fehler, die für die Betroffenen, die oftmals ohnehin schon die vulnerabelsten Menschen der Stadt sind, schwere Folgen haben, ändert aber ohne Druck und wiederholtes Nachfragen seitens der Ombudsstelle von allein kaum was. Auch intern sind die Probleme auf Führungsebene anzusiedeln. Mitarbeitende sprechen von Druck, von Kontrolle, davon, dass Kritik nicht ernst genommen wird, die zuständigen Personalabteilungen oftmals nur ungenügend zur Seite stehen und auch von Zermürbungstaktik.

Unsere Fraktion unterstützt in diesem Sinne den Vorschlag der Ombudsstelle, mediativen Schlichtungen und allparteilichen Interventionen seitens der Personaldienste mit einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Ombudsstelle zu etablieren. Dieser Bericht zeigt also einmal mehr, wie leer die uns dauernd an den Kopf geworfene Floskel der Fehlerkultur ist. Was ist Fehlerkultur, wenn nicht zu versuchen, die gleichen Probleme, die wir 2024 schon hatten, 2025 zu verhindern? Was ist Fehlerkultur, wenn nicht verwaltungsintern den Mitarbeitenden einen Arbeitsplatz zu ermöglichen, in dem offen kommuniziert werden kann, Probleme angesprochen und angegangen werden können? Bereits 2024 wurden technische und personelle Probleme im Sozialdienst – lange Bearbeitungszeiten, fehlerhafte Schlussabrechnungen – thematisiert. 2025 lesen wir praktisch dasselbe, einfach noch um Mahnkosten, falsche Zahlungen und weitere konkrete

Schäden erweitert. Ich habe es schon mal gesagt und ich sage es noch ein letztes Mal: Ich glaube, der Gemeinderat weiss kaum wirklich, was Fehlerkultur sein soll, ausser einem netten Wort. Fehlerkultur ist auch nicht, jahrelang die Schuld Citysoftnet in die Schuhe zu schieben, und auch nicht, Fehler zu kultivieren. Vielleicht ist das irgendwie ein etymologisches Problem. Ich weiss es nicht, aber ich hoffe, dass ihr das verbessert. Danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Laura Curau von der Mitte-Fraktion.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Auch die Mitte bedankt sich herzlich bei der Ombudsstelle. Sie erleichtert den Zugang zu Recht, vermittelt pragmatisch und verhindert vor allem oft aufwendige Verfahren. Und das kommt doch uns allen zugute, vor allem oftmals auch den Betroffenen. Das finden wir im Rahmen der aktuellen Strukturen und Ressourcen sehr sinnvoll. Aus Sicht der Mitte-Fraktion, und es sind die gleichen Punkte, die auch mein Vorredner Nik Eugster genannt hat, gibt es zwei Punkte hervorzuheben.

Der Sozialdienst: Ja, man könnte jetzt hier eine Grundsatzdebatte über diese Fehler abhalten, aber ich glaube, es ist nicht der Ort, sondern es geht eben darum, was die Ombudsstelle daraus macht. Es ist mit Abstand der grösste Problembereich. Wir wissen, woher diese Probleme kommen. Und wir und die Verwaltung haben es in der Hand, diese aktiv zu beheben und dadurch auch die Ombudsstelle zu entlasten.

Polizeibeswerden sind der zweite Punkt, der gross diskutiert worden ist. Es ist offensichtlich, dass die Anträge häufig pauschal formuliert sind. Und ich bin auch hier mit meinem Vorredner einig: Die Ombudsstelle wird da missbraucht. Das stört. Soll doch die Ombudsstelle nicht ein allgemeiner Kritikbriefkasten sein, sondern echte Fälle bearbeiten können. Dass die Verantwortung bei der Polizei kantonal ist, ist auch ein von der Stadt getragener Entscheid. Darum sind auch Ombudsfragen dazu kantonal zu klären. Die Ombudsstelle ist wichtig, aber sie ersetzt keine funktionierenden Strukturen. Lieber setzen wir unsere weiteren Ressourcen in die Strukturen, beenden und ändern städtische Projekte, die am Ende nur die Ombudsstelle überlasten.

Die Ombudsstelle erfüllt eine wichtige Aufgabe und die Mitte-Fraktion wird den Bericht positiv zur Kenntnis nehmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Redner*innen-Liste wäre offen für Einzelvoten, falls es welche gibt. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Der Gemeinderat verzichtet ebenfalls auf eine Stellungnahme. Wir nehmen den Bericht ohne Abstimmung zur Kenntnis. Vielen Dank für die Diskussion.

Abstimmung

2025.SR.0195

Stillschweigende Kenntnisnahme

2025.SR.0194

7 Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz: Tätigkeitsbericht 2025

Präsidentin: Wir kommen zum Traktandum 7, Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz: Tätigkeitsbericht 2025. Ich erteile auch hier der Kommission das Wort. Für die GPK Seraphine Iseli. Auch diesen Bericht nehmen wir ohne Abstimmung zur Kenntnis.

Seraphine Iseli (GB) für die Kommission: Gerne stelle ich Ihnen im Namen der GPK den Tätigkeitsbericht 2025 der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz (FADS) vor. In dem Bericht geben uns die Leiterin der FADS, Sophie Haag, und ihr Team einen interessanten Einblick in ihre täglichen Arbeitsfelder und in die Herausforderungen und Spannungsfelder, die das Themenfeld Datenschutz mit sich bringt. An denen mangelt es nämlich nicht mit der zunehmenden Komplexität der digitalen Welt. Ich zitiere aus dem Vorwort des Berichts. Darin steht: "Daten werden heute schneller verarbeitet und vielfältiger genutzt und ausgetauscht als je zuvor. Damit steigen auch die damit verbundenen Risiken." Und dieser Satz zeigt auch, warum die FADS so eine wichtige Aufgabe hat, und wie wichtig sie für die Stadt Bern ist. Die FADS hat in der Stadt Bern eine wichtige Doppelrolle als Fachstelle und als Aufsichtsstelle. Sie vermittelt nämlich einerseits Wissen zum Datenschutz, unterstützt die städtische Verwaltung bei der Umsetzung, sensibilisiert aber auch für Datenschutzanliegen.

Längst ist es für die städtischen Stellen nicht mehr wegzudenken, dass sie vor der Einführung neuer digitaler Lösungen die FADS anfragen können. So erstaunt es auch nicht, wenn man die Statistik des Berichts anschaut, dass die meisten der bearbeiteten Fälle aus der Verwaltung und aus verwaltungsnahen Betrieben kommen. Lediglich sechs der 142 bearbeiteten Fälle kommen von Privatpersonen. Insgesamt haben die Anzahl Fälle und Anfragen im Vergleich zu 2024 zugenommen. Heuer wurden total 184 Fälle bearbeitet, was 30 Fälle mehr sind als im Jahr zuvor. Im Kapitel 7 des Berichts gibt es einen spannenden Einblick in die Praxis, wie wir es kennen. Und es werden konkrete Anfragen beschrieben und auch, wie die FADS hier weiterhelfen konnte. Die GPK bedankt sich herzlich für den interessanten Tätigkeitsbericht, der uns und der interessierten Stadtberner Bevölkerung jedes Jahr hilft, die Arbeit besser zu verstehen. Und wir bedanken uns auch herzlich bei Sophie Haag und ihren Mitarbeitenden für die ganze Arbeit während des Jahres 2025.

Dann spreche ich gerne auch noch gerade für die GB-JA!-Fraktion. Es erfreut uns sehr, dass dieser Bericht aufzeigt, dass die FADS immer stärker im Bewusstsein der Stadtverwaltung ist und das Angebot wirklich genutzt wird. Und dieses Bewusstsein der Stadtverwaltung macht einerseits die Arbeit der FADS einfacher. Und es ist einfach auch wichtig, dass dieses Thema nicht in Vergessenheit gerät oder auf die leichte Schulter genommen wird.

Aber das verstärkte Bewusstsein der Verwaltung, dass es eben sehr wichtige Anliegen sind, führt auch zu einem Anstieg der Anfragen und der Fälle, wie wir im Bericht gesehen haben. Und ich glaube, sie wird auch in Zukunft nicht abnehmen, diese Tendenz. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir ein Augenmerk darauf haben, dass in der FADS genügend Ressourcen vorhanden sind, damit alle diese Anfragen gründlich und zeitnah beantwortet werden können – und dass dann aber in den Abteilungen auch Ressourcen vorhanden sind, die Rückmeldungen der FADS auch wirksam umzusetzen. Der Umgang mit Datenschutz ist nicht das einzige Kostenintensive beim Thema Datenschutz. Oft ist aus Sicht des Datenschutzes die beste Variante nicht die günstigste Variante. Und hier ist es uns wichtig zu betonen, dass der Schutz der persönlichen Rechte sehr hoch zu

gewichten ist und da auch Kosten in Kauf genommen werden müssen. Wir finden es super, ist die Akzeptanz der FADS bei der Verwaltung gestiegen. Und wir begrüssen es, wenn die FADS auch noch bei der breiten Öffentlichkeit bekannter wird, und Privatpersonen ebenfalls wissen, dass sie dieses Angebot nutzen dürfen und mit der FADS eine kompetente und niederschwellige Anlaufstelle für Fragen haben.

Präsidentin: Auch jetzt wäre die Redner*innenliste offen für die Fraktionsvoten. Als erstes Denise Mäder für die GLP-EVP-Fraktion.

Denise Mäder (GLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion nimmt den Tätigkeitsbericht 2025 der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz (FADS) positiv zur Kenntnis. Der Tätigkeitsbericht zeigt eindrücklich, wie stark sich das Umfeld der Verwaltung verändert, die digitale Komplexität zunimmt. Und genau in diesem Spannungsfeld arbeitet die FADS zwischen den modernen Arbeitsmitteln für eine leistungsfähige Verwaltung und dem zentralen Schutz der persönlichen Daten der Mitarbeitenden, aber auch der Bevölkerung. Dass diese Arbeit zunehmend anerkannt wird, zeigt sich klar. Die Zahl der Beratungsanfragen aus der Verwaltung nimmt deutlich zu. Das ist ein wichtiges Signal.

Die FADS wird immer weniger als reine Kontrollinstanz wahrgenommen, sondern als unterstützende Fachstelle, die frühzeitig sensibilisiert und Lösungen mitentwickelt. Sehr zu begrüßen ist auch, dass die FADS vermehrt zu Geschäften hier vom Gemeinde- und Stadtrat Stellung nimmt. Das zeigt der Anstieg von wenigen Stellungnahmen 2024 auf deutlich mehr jetzt 2025. Und das stärkt natürlich auch die politische Qualität unserer Entscheide.

Dafür ganz herzlichen Dank an Sophie Haag und ihr Team, das es schafft, trotz hoher Arbeitslast mit einem klaren, priorisierenden Arbeitsstil einen echten Mehrwert zu schaffen. Als GLP-EVP-Fraktion schätzen wir das sehr.

Präsidentin: Als nächstes Szabolcs Mihályi von der SP-JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Wir danken der Datenschutzbeauftragten Sophie Haag, der Stadt Bern und allen Beteiligten für den ausführlichen Bericht. Die FADS leistete auch im vergangenen Jahr unbezahlbaren Nutzen für die Bevölkerung wie auch für die Verwaltung.

Die Daten der Bürger*innen dieser Stadt sind das Persönlichste, was uns die Bevölkerung anvertraut. Name, Alter, Adresse scheinen banale Informationen. Aber spätestens Einkommensverhältnisse, Schulden, Steuerangaben oder auch ein Vermerk über die Lernschwäche eines Schulkindes oder den Aufenthaltsstatus oder den Zivilstand sind kritisch, Gesundheitsdaten sowieso. Dank des Tätigkeitsberichtes sehen wir, dass sich die Verwaltung der Stadt Bern bemüht, die sensibelsten Daten isoliert zu behandeln, ohne sie mehr als nötig mit Software zu bearbeiten, die ein Datenschutzrisiko darstellen, namentlich etwa den üblichen Anwendungen von Microsoft 365. Das ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Cloud-Lösungen von amerikanischen Anbietern sind beispielsweise nicht vom Zugriff der US-Regierung und ihrer Behörden sicher. Und dies ist nicht erst seit der aktuellen Regierung in Washington ein Problem. Die Anstrengungen der Stadt Bern beim Datenschutz widerspiegeln die Sensibilisierung in der Stadtverwaltung für den Datenschutz – gerade auch wegen der FADS. Löblich ist auch zu sehen, dass die Verwaltung aktiv die FADS einbezieht, um Datenschutzproblemen vorzuzukommen oder bestehende Abläufe zu prüfen. Dies gilt auch bei der wachsenden

Sensibilisierung des Stadtpersonals betreffend KI-Anwendungen. KI ist im Büroalltag sehr praktisch. Das wissen wir alle. Aber KI heisst auch immer, dass die Daten anderswo als im eigenen Betrieb verarbeitet werden. Und deshalb ist KI datenschutztechnisch viel gefährlicher, als wir uns eingestehen.

All diese Beispiele zeigen, dass in der heutigen Zeit eine Stadt wie unsere nicht ohne eine Stelle wie die FADS mit der technischen Veränderung fertig werden kann, gerade auch, weil sie auch den einfachen Bürger*innen zur Verfügung steht, um ihre Interessen zu wahren. Die SP-JUSO-Fraktion dankt nochmal für die ausgezeichnete Arbeit der FADS und nimmt den Bericht entsprechend positiv zur Kenntnis.

Präsidentin: Als nächstes gerne Laura Curau, Mitte-Fraktion.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Die Fachstelle für Datenschutz ist wichtig. Und wir bedanken uns auch im Namen der Mitte-Fraktion für die wertvolle Arbeit. Die Fachstelle ist aber nur wirksam, wenn sie konsequent und in den grössten Risikofällen genutzt wird. Es ist wichtig, dass sie heute früher in Projekte einbezogen wird. Das muss ein Standard sein und nicht die Ausnahme.

Für eine beständige Governance im Datenschutz braucht es verbindlichere Prozesse und nicht nur Beratung. Wir sehen daher den Fokus in Zukunft vor allem auch auf verwaltungsinternen Arbeiten, weil dort ein grosser Wirkungshebel ist. Die digitale Komplexität und das breite Angebot von immer neuen, sehr wertvollen Tools – hierzu können wir uns sicher alle an der Nase nehmen –, sind hinsichtlich Datenschutz sehr schwierig. Und das ist bei allen so. Das ist in der Verwaltung so. Das ist bei Einzelpersonen so. Diese Herausforderung kann nicht eine einzelne Stelle meistern. Vielmehr braucht es dazu eine bessere Zusammenarbeit verschiedener Stellen sowie Aufklärung. Es ist wichtig, dass der Fokus darauf bleibt, weil dort doch die grossen Herausforderungen sind.

Die Mitte-Fraktion nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis.

Präsidentin: Als nächstes Thomas Glauser für die SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Wir von der SVP-Fraktion haben den Tätigkeitsbericht der FADS auch unter die Lupe genommen. Dieser ist sehr ausführlich. Er ist verständlich. Man versteht, was dort durch das Jahr hindurch geleistet wird. Mit grosser Wertschätzung bedanken wir uns bei Sophie Haag und ihrem Team. Es wird in Zukunft sicher nicht einfacher: die ganze Digitalisierung, die IT-Projekte, künstliche Intelligenz und all die grossen Herausforderung, die wir hier in der Stadt Bern in Zukunft haben werden. Noch einmal besten Dank und wir nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Nik Eugster für die FDP-Fraktion. – Ihr könnt euch für die Einzelvoten anmelden, falls es welche gibt.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Ich werde jetzt ein bisschen der Partykiller sein nach diesen positiven Worten. Liebe Kolleg*innen, Hand aufs Herz, wie viele haben zur Vorbereitung dieser Stadtratssitzung dieses oder ein anderes Dokument in die KI hochgeladen, um es analysieren oder zusammenfassen zu lassen oder um sogar die Rede dazu schreiben zu lassen? Zur Deklaration: Diese Rede hier ist 100% human geschrieben.

Ja, aber was will ich damit sagen? Ich bin schon ein wenig erstaunt, wenn ich im Bericht lese, dass nur gerade 4% der in der Berichtsperiode eingetroffenen Fälle die Thematik KI betreffen, währenddessen, und das unterstelle ich einfach mal den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, fröhlich fast jede Minute Daten in KI-Chatbots geladen werden, weil es praktisch ist, weil es doch so schnell geht, weil niemand es merkt. Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung sind auch nur Menschen. Und genauso wie wir brauchen sie auch KI für die Vorbereitung ihrer Sitzung, wie wir sie vielleicht für die Vorbereitung unserer Sitzung hier gebraucht haben. Das ist ein Alarmsignal. Nimmt die Stadt den Datenschutz im Zusammenhang mit KI genügend ernst? Nur 4% der Fälle – das ist verschwindend wenig. Es steht zwar im Bericht, die Statistik zeige auch, dass das Thema KI in der Stadtverwaltung angekommen sei. Was aber konkret bedeutet das? Das steht nicht drin. Und wenn es nur 4% der Fälle ist, frage ich mich: Ist die Thematik in der Datenschutzstelle wirklich angekommen? Das ganze Thema genau dreimal in einem Nebensatz zu erwähnen, ist einfach zu wenig. Mehr erfahre ich leider nicht aus diesem Bericht. Ich erlaube mir deshalb diese Kritik.

Dann, spannend fand ich, ich kann es nicht anders sagen, die Bankrotterklärung auf Seite 35 im Zusammenhang mit Base4Kids. Ich zitiere: "Nachdem die Plattform jedoch trotz nicht abgeschlossener Vorabkontrolle und nicht bereinigter grundlegender Fragen bereits seit längerem in Betrieb genommen wurde, beschloss die Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz, die Vorabkontrolle abzuschliessen." Wie bitte? Einfach weil man jetzt jahrelang weggeschaut hat, ist es nun besser, nicht mehr hinzuschauen? Das erinnert eher an den Zustand meines Kellers als an die Fach- oder Aufsichtsstelle Datenschutz.

Wenn es auch an gewissen Orten definitiv zu wenig gemacht wird, sehen wir doch in gewissen Bereichen die Tendenz, dass Datenschutz die Verwaltung zu stark verlangsamt oder gar lahmlegt. In Deutschland, und ich bewege mich ja aufgrund meines Partners gerne und oft dort, wird zu oft mit dem Datenschutz argumentiert, wenn man einfach einer Aufgabe nicht nachkommen will. Wir müssen sehr genau aufpassen, dass wir den Datenschutz nicht dazu missbrauchen. Und hier fehlte mir in der vorliegenden Berichterstattung ein wenig dieser kritische Blick. Ich wünsche mir hierzu einige Worte in einem nächstjährigen Bericht. Wo könnten auch Datenschutzhürden abgebaut werden? Das frage ich mich zum Beispiel.

Wir haben den Bericht also mit Interesse und manchmal auch mit Erstaunen gelesen. Wir danken für die Arbeit der Fachstelle, haben jedoch in mehreren Punkten Mühe mit dem Bericht und nehmen ihn deshalb negativ bis neutral zur Kenntnis. Wir haben das Gefühl: Das geht noch besser.

Präsidentin: Besten Dank. Es gibt noch ein Einzelvotum von Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP), Einzelvotum: Ich erlaube mir noch kurz einen Kommentar zum Votum von Nik Eugster. Zunächst mal vielen Dank. Ich habe mich selten so alt gefühlt wie jetzt. Ich habe tatsächlich mein Votum und alle Unterlagen ohne KI vorbereitet. Aber ich werde auch dieses Jahr 50. Aber im Ernst: Es geht nicht darum, KI zu verteuflern und es gar nicht zu gebrauchen. Es geht darum, dass auch in der Verwaltung oder sonst wo KI angemessen und datenschutzgemäss angewendet wird. Da gibt es gewisse Vorgaben. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass das in der Verwaltung von A bis Z allen bewusst ist. Die FADS arbeitet aber mit der Stadtverwaltung an der entsprechenden Sensibilisierung, damit das so wird.

Präsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt? Ich weiss, dass der Gemeinderat auf sein Votum verzichtet. Den Bericht nehmen wir auch ohne Abstimmung zur Kenntnis.

Abstimmung

2025.SR.0194

Stillschweigende Kenntnisnahme

2026.TVS.0039

8 Entsorgung + Recycling Stadt Bern; Nachkredit zum Globalbudget 2025

Präsidentin: Wir kommen bereits zum Traktandum 8: Entsorgung + Recycling Stadt Bern, ein Nachkredit zum Globalkredit 2025. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Kommission: Es geht um einen Nachkredit von 544'000 Franken bei Entsorgung + Recycling Stadt Bern. Wie ist dieser zustande gekommen? Erst einmal kamen Fahrzeuge zu spät. Daher entstanden Transportkosten für Aufträge an Dritte im Wert von 400'000 Franken. Die Fahrzeuge waren nämlich erst ab Mitte 2025 bereit. Und die Sammelstellen musste man trotzdem weiter befahren. Warum waren die verspätet? Generell gilt: bei Elektro- und Spezialfahrzeugen hat man eine Lieferfrist von 1,5 Jahren. Es hat hier aber noch länger gedauert. Das hat einerseits mit dem Weltmarkt zu tun, der geopolitischen Lage. Andererseits ist es auch schwierig, einen Voll-Elektro-Kehrriemwagen mit Kran zu erstellen. Das ist eigentlich ein Erstauftrag. Und daher hat man hierbei sozusagen auch Pionierarbeit geleistet. Zweitens gibt es folgenden Grund: Buchhalterisch kann man das, auch wenn man weiss, dass man dieses Fahrzeug erhält, anfangs Jahr nicht angeben. Die Abschreibungen konnte man nicht zu Beginn des Jahres machen, sondern erst später. Und dann gibt es noch einen Teil Honorarkosten für die Rechtsberatung, weil man ja eine Container-Pflicht einführen will.

In der Kommission drehten sich die Diskussionen vor allem darum, ob der Moment des Kaufs des Elektrowagens der richtige war, und wie in Zukunft ein ausgeglichenes Budget eingehalten werden kann. Die Mehrheit der PVS nimmt diesen Nachkredit mit 8 zu 1 und 2 Enthaltungen grossmehrheitlich an und empfiehlt euch, dasselbe zu tun.

Präsidentin: Du darfst gerne noch das Fraktionsvotum anhängen.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird den Nachkredit annehmen. Wir können die genannten Gründe verstehen. Besonders die geopolitische Ausgangslage ist momentan höchst schwierig. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt die Elektrifizierung stadteigener Fahrzeuge und ist sich bewusst, dass hier Pionierarbeit geleistet wird. Und anders als wahrscheinlich andere hier berichten werden: Es ist auch richtig, dass man Geld ausgibt, um fossilfreie Fahrzeuge zu beschaffen. Die SP-JUSO-Fraktion betont gleichzeitig aber auch, dass Entsorgung + Recycling Stadt Bern wieder

zu einem ausgeglichenen Budget finden sollte. Die SP-JUSO-Fraktion zeigt sich zuversichtlich, dass die Verantwortlichen dies in Zukunft machen werden. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Redner*innenliste wäre offen für die Fraktionsvoten. Als erstes Janosch Weyermann von der SVP-Fraktion.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Die SVP-Fraktion wird den Nachkredit ablehnen, wie wir das eigentlich fast immer machen. Hier zeigt sich einmal mehr, dass man nicht auf die Kritiker gehört hat, die von Anfang an gesagt haben, als es um die Beschaffung dieser Kehrrichtfahrzeuge ging: Setzt doch auf eine bewährte Technik. Bestellt nichts, von dem ihr nicht wisst, wann es geliefert wird. Was ist jetzt passiert? Sie sind ein Jahr später geliefert worden als ursprünglich prognostiziert. Das hat dazu geführt, dass man jetzt für 400'000 Franken Leistungen bei Dritten einkaufen musste. Und wer muss das alles wieder bezahlen? Die Stadtkasse, der Steuerzahler. Und das ist einmal mehr ein Paradebeispiel. Und ich kann euch sagen: Wenn ein Privater das machen würde – Nachkredit um Nachkredit –, dann wäre er schon lange bankrott. Aber vielleicht schafft es die Stadt ja irgendwann. Und vielleicht hört ihr ja irgendwann auch auf uns.

Präsidentin: Merci. Als nächstes Ursula Stöckli für die FDP-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Ich halte das Votum, das Thomas Hofstetter geschrieben hat. Er ist heute Abend krankheitshalber abwesend.

Es ist nicht immer einfach, ein Budget zu erstellen. Das weiss jeder und jede, der oder die das schon einmal gemacht hat. Es gibt immer wieder Überraschungen. Zum Beispiel ist es auch nicht einfach, die Menge Altpapier, Alteisen, Altholz mehr als ein Jahr zum Voraus zu definieren und den Erlös zu budgetieren. Das ist wirklich nicht einfach. Das ist Entsorgung + Recycling (ERB) im letzten Jahr aber sehr gut gelungen. Und es konnten sogar Mehreinnahmen generiert werden.

Aber es gibt auch Budgetpositionen, die weniger schwierig zu bestimmen sind. Darunter fallen zum Beispiel Abschreibungen. Es ist schwer nachzuvollziehen, dass Abschreibungen für Investitionsvorhaben nicht budgetiert werden und wurden. Und das ist ein Managementfehler, der in diesem Fall, eben genau in diesem Fall, die Mehrkosten durch nicht geplante Abschreibungen verursacht hat. Das ist wirklich schwierig zu verstehen. Anders wäre es, wenn man die Abschreibungen geplant hätte, diese aber dann wegen der verspäteten Lieferung nicht hätten ausgeführt werden können. Dann hätte man das Vorsichtsprinzip gehabt und es wäre eingehalten worden und man hätte verantwortungsvoll gehandelt. Und vor allem ist sehr schwierig zu verstehen: Es sind die Mehrkosten durch das verspätete Eintreffen des neuen Kehrrichtwagens. Das ist für unsere Fraktion einfach nicht akzeptierbar. Unsere Fraktion hat davor gewarnt, wie auch schon Janosch Weyermann gesagt hat. Man hat davon gewarnt, auch hier in der Stadtratsdebatte, den Kehrrichtwagen zu kaufen, und zwar einfach deshalb, weil der Zeitpunkt und die Marktlage völlig ungünstig waren. Alle umliegenden Entsorgungsfirmen haben die Situation für Elektro-Kehrrichtwagen anders eingeschätzt, und zwar richtig und anders als eben ERB. Die anderen, umliegenden Gemeinden haben die Investitionen in solche Fahrzeuge zurückgestellt. Warum? Es war bekannt, dass es Lieferengpässe gibt. Und auch die Aussicht auf die nächste, neue, viel bessere Generation von Elektrolastwagen, die sogar noch günstiger sind, haben alle Entsorgungsprofis dazu geführt, dass sie gewartet haben, aber nicht so ERB. Hätte man das hier bei uns, bei Entsorgung + Recycling Bern, auch gemacht, und hätte man auf die Experten gehört

– es ist ja auch ein Vorteil eines Milizparlaments, dass ein paar Experten drin sitzen – dann müsste man jetzt auch nicht einen Nachkredit von über 30% des ursprünglichen Kredits beantragen. Auch hier gilt also: Die Ideologie hat wieder einmal über die Expertise gesiegt.

Aus diesen Gründen kann die FDP-Fraktion diesen Nachkredit nicht annehmen. Wir werden nicht zustimmen. Es waren hausgemachte Managementfehler, die man vermeiden konnte und auf die auch hier in diesem Rat mehrmals aufmerksam gemacht wurde.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Gibt es Einzelvoten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Als nächstes Gemeinderat Matthias Aebischer. – Du verzichtest ebenfalls auf das Votum. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ihr könnt jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 002

2026.TVS.0039

Annahme

Ja	47
Nein	12
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Geschäft zugestimmt.

2025.TVS.0028

9 Neue Friedhofsgesetzgebung: Friedhofreglement vom 13. August 1998 der Stadt Bern (Friedhofreglement; FHR; SSSB 556.5); Totalrevision, Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement; GebR; SSSB 154.11), Anhang V (Gebührentarif der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün), Ziffer 4.1 (Friedhof- und Bestattungsgebühren); Teilrevision

Präsidentin: Wir kommen als nächstes zu Traktandum 9, zur Revision des Friedhofreglements und zur Revision des Gebührenreglements. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Kommission: Ich stelle euch heute die Totalrevision des Friedhofreglements sowie die Teilrevision des Gebührenreglements vor. Ich erkläre euch kurz, wie es überhaupt dazu kam, dass die Revision jetzt vorliegt. Sie geht auf ein Postulat mit dem Titel "Mensch mit Tier" zurück. Dazumal wurde geprüft, wie es künftig möglich sein soll, dass sich Menschen zusammen mit Tieren bestatten lassen können. Es hat sich gezeigt, dass die heutige Friedhofsgesetzgebung das nicht zulässt und dass diese auch in mehrfacher Hinsicht nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten und der Praxis entspricht. Zudem basiert vieles auf veralteten Grundlagen. Das Friedhofreglement stammt aus dem Jahr 1998. 2013 gab es eine Revision. Dabei sind aber einige Punkte ausgelassen worden. Da sich die Welt heute schnell verändert und immer wieder neue Bedürfnisse entstehen, liegt jetzt die umfassende Revision vor, über die wir heute befinden.

Das Reglement hat eine überschaubare Länge und umfasst 17 Artikel. Ich gehe kurz auf die Punkte ein, die geändert werden und die in der Kommission zu diskutieren geben. Im Zentrum stehen vor allem Veränderungen der gesellschaftlichen Bedürfnisse, die im Friedhofswesen berücksichtigt werden sollen. Dazu gehören insbesondere auch der zunehmende Wunsch nach naturnahen Beisetzungsformen sowie die steigende Nachfrage nach Urnenbeisetzungen in Themen- oder Gemeinschaftsgräbern.

Erdbestattungen machen heute übrigens nur noch ca. 16% aller Bestattungen aus. Der Wunsch nach einer nachträglichen Urnenbeisetzung im Grab von Familienangehörigen ist heute nicht umsetzbar, soll aber künftig mit der Reglementsänderung möglich sein. Ebenso besteht derzeit momentan noch keine Möglichkeit zur Reservation, was künftig auch möglich sein soll und dann auch entsprechend im Gebührenreglement geändert wird. Eine weitere Neuerung im Reglement ist die Mindestgrabesruhe. Sie beträgt heute 20 Jahre, kann aber künftig auf bis zu 40 Jahre verlängert werden. Neu ist auch der Zugriff auf das Gemeinderegistersystem. Das soll auch im Reglement verankert werden.

Bei den Gebühren ergibt sich folgendes Bild: Es gibt eigentlich lediglich eine einzige Erhöhung, nämlich bei der Beisetzungsgebühr für das Gemeinschaftsgrab Sarg – so heisst das. Die übrigen Gebühren bleiben alle gleich. Einige werden sogar leicht gesenkt oder auf gewisse Werte wird komplett verzichtet. Für neue Leistungen werden entsprechend neue Gebühren eingeführt, insbesondere eben im Bereich Reservationen. Neu ist zudem, dass für Kinder bis zum Alter von 18 Jahren, bis jetzt war die Grenze bei 14 Jahren, keine Grabplatz- und Beisetzungsgebühren mehr bezahlt werden müssen. Ebenfalls gesenkt wird die Gebühr für die Urnenentnahme aus einer Nische, da das ja weniger aufwendig ist als eine Urnenausgrabung.

Zusammengefasst wird mit der Revision des Friedhofreglements die Gesetzgebung an die heutigen gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst. Gleichzeitig trägt das Gebührenreglement diesen Änderungen Rechnung und regelt die entsprechenden Gebühren. Wichtig ist: Es gibt keine generellen Gebührenerhöhungen. Im Gegenteil: Einige Gebühren entfallen oder werden reduziert, wie ich bereits gesagt habe.

Ein letzter Punkt, der in der Kommission zu diskutieren gab, betrifft den Artikel 12. Dazu hat die PVS einen Antrag an den Stadtrat überwiesen. Der Artikel regelt die Zuständigkeiten des Gemeinderates. Bis jetzt war das nicht klar geregelt. Neu soll der Gemeinderat über Neuanlagen, Erweiterungen, wesentliche Umgestaltungen sowie die Aufhebung von Friedhöfen entscheiden können. Die PVS hat zu diesem Artikel den entsprechenden Antrag überwiesen, der vorsieht, dass die Aufhebung von Friedhöfen zu streichen sei und stattdessen dem Stadtrat diese Kompetenz übertragen werden soll. Die PVS empfiehlt euch einstimmig das revidierte Friedhofsreglement und das entsprechend angepasste Gebührenreglement zur Annahme. Und ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank für das Kommissionsvotum. Die Redner*innenliste wäre frei für die Fraktionsvoten. Ihr könnt euch gerne anmelden. Für die GB-JA!-Fraktion, Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Wir haben in der GB-JA!-Fraktion das revidierte Friedhofreglement sehr positiv zur Kenntnis genommen. Ich würde gerne auf ein paar Punkte eingehen, die wir besonders begrüßen.

Das Thema Umgang mit dem Tod ist ein Thema, bei dem wir als Gesellschaft ein grosses Lernfeld haben und uns immer ein Stück weiterbewegen. Und die Frage, wie wir Friedhöfe in der Stadt Bern nutzen und bewirtschaften wollen, damit sie uns in diesem

oftmals schwierigen Thema unterstützen, gehört da auch dazu. Und es ist erfreulich zu sehen, wie die Friedhöfe in den letzten Jahren immer mehr als Teil des öffentlichen Raums wahrgenommen werden, und Trauern und Leben nebeneinander Platz finden. Es verändern sich sowohl die Bedürfnisse, die von Verstorbenen vor ihrem Tod geäussert werden. Aber es verändern sich auch die Bedürfnisse der Hinterbliebenen. Und da sich diese Bedürfnisse schneller ändern als ein Reglement, ist es folgerichtig, dass diesen neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten begegnet wird, bevor das Reglement das so vorsieht, aber Reglemente auch regelmässig angepasst werden, um diese neuen Realitäten abzubilden. Besonders begrüssen wir in dem revidierten Reglement, dass neu für Kinder die Altersgrenze 18 gilt, und dass bis dahin keine Grabplatzgebühren und Beisetzungsgebühren anfallen. Das erscheint uns logischer und stimmiger als die Grenze bei 14 Jahren.

Allgemein finden wir es sehr begrüssenswert, wenn bei diesen Friedhofgebühren ein grosser Ermessensspielraum gilt und auf Menschen zugegangen wird, die sich eine Bestattung oder ein Begräbnis nicht oder nur sehr knapp leisten können. In einer solch herausfordernden Situation wie dem Verlust eines nahen Menschen ist es aus unserer Sicht sehr angebracht, vonseiten der Verwaltung so weit wie möglich entgegenzukommen und auch finanziell Unterstützung zu bieten. Wir begrüssen ebenfalls die Anpassung des Namens "Familien-" in "Verbundenheitsgräber". Den empfinden wir als sehr zeitgemäss und besser der gesellschaftlichen Realität angepasst. Wir finden es super, dass es künftig möglich sein wird, sich mit seinem Haustier bestatten zu lassen, wenn dies ein Wunsch der Verstorbenen ist. Selbstverständlich sollte aber ein Haustier nicht explizit dafür getötet werden dürfen, wenn der Besitzer oder die Besitzerin stirbt. Wir sind deshalb auch inhaltlich einverstanden mit dem Anliegen des AL/PdA/TIF-Antrags. Wir finden es aber im Friedhofsreglement nicht am richtigen Ort geregelt, und wir wissen auch nicht, wie es überprüft werden sollte. Wir finden, es sei im Ermessen von Tierarztpraxen oder den entsprechenden Stellen, darauf zu achten, dass dies nicht geschieht und eine Anschlusslösung für ein Haustier gefunden wird, wenn der oder die Besitzer*in stirbt. Es ist deshalb auch wichtig, dass geregelt wird, dass ein Tier nachträglich einem Grab beigelegt werden kann, was ja der Fall ist. Und wir haben das Gefühl, das Thema sei in dem Reglement gut genug geregelt.

Den Antrag der PVS nehmen wir an, da Friedhöfe einen grossen Teil der Grünfläche in der Stadt Bern ausmachen, und deshalb bei wesentlichen Änderungen der Stadtrat darüber befinden soll.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Johannes Wartenweiler für die SP-JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird das Geschäft annehmen. Es gibt keinen Grund, einer Modernisierung des Friedhofswesens im Wege zu stehen. Man kann sagen, den Betroffenen könnte es eigentlich egal sein. Aber es geht ja auch um die Angehörigen und es geht um die Gesellschaft insgesamt. Ein schicklicher Umgang mit dem Tod ist seit Jahrtausenden ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen und auch eine zivilisatorische Leistung. Man kann Friedhöfe durchaus als Ort des letzten Service public bezeichnen, denn gemäss Bundesverfassung Artikel 7 ist die Würde des Menschen zu achten und zu schützen, womit ihm gemäss Vortrag des Gemeinderats ein schickliches Begräbnis und eine Beisetzung auf einem öffentlichen Friedhof zusteht. Das revidierte Friedhofsreglement geht darauf ein und schafft vielfältige Möglichkeiten für Trauer und Erinnerung. Wir unterstützen das sehr, insbe-

sondere auch, dass sehr unterschiedliche religiöse Gemeinschaften ihre speziellen Bestattungsformen hier umsetzen können. Das gilt in der Schweiz als einmalig oder zumindest pionierhaft und das können wir nur gutheissen.

Es gab in der Beratung zwei Anträge. Einerseits geht es um die gleichzeitige oder gemeinsame Bestattung von Mensch und Tier. Wir haben bekanntlich vor einigen Jahren einen entsprechenden Vorstoss überwiesen. Und wir finden das auch im Grundsatz sicher richtig, um quasi hier einen Ort der postmortalen Symbiose von Mensch und Tier zu ermöglichen. In der Form, wie jetzt der Antrag formuliert ist, können wir dem allerdings nicht folgen, weil wir glauben, der Aufwand, um festzustellen, ob ein Tier ausdrücklich im Zusammenhang mit dem Tod seines oder ihres Halters getötet wird, würde vermutlich die Fähigkeiten der Verwaltung überfordern. Deswegen finden wir, man müsse andere Wege finden, um zu verhindern, dass solche unfeinen Gebräuche Eingang finden.

Zum zweiten Antrag: Dabei geht es darum, wer die Zuständigkeit zur Auflösung von Friedhöfen hat. Diese Diskussion haben wir vor ein paar Jahren im Zusammenhang mit dem Bümpliz-Friedhof geführt. Der Gemeinderat wollte ihn damals im Rahmen von Sparmassnahmen aufheben. Das gab einen grossen Aufschrei. Wäre er beim Stadtrat vorbeigekommen, hätte er vermutlich ein ähnliches Resultat erhalten, wie direkt vom Volk. Ich glaube, es ist wichtig genug, dass wir im Stadtrat zu solch grundlegenden Umnutzungen von öffentlichen Flächen, besonders im Bereich der Friedhöfe, mindestens das vorletzte Wort haben. Das letzte Wort könnte auch noch vom Volk kommen. Insgesamt unterstützen wir deshalb den Antrag der PVS.

Kurz und gut: Der Tod ist ein grosser Gleichmacher. Auf den Friedhöfen der Stadt Bern lässt er aber trotzdem eine grosse Vielfalt für Trauer und Erinnerung zu. Und deswegen stimmen wir dem Geschäft zu.

Präsidentin: Als nächstes gerne Tobias Sennhauser von der AL-PdA-TIF-Fraktion.

Tobias Sennhauser (TIF) für die Fraktion: Bei uns ist dieses Reglement gut angekommen. Wir werden dem auch zustimmen. Ich möchte namentlich noch darauf eingehen, was das für die Tiere bedeutet. Auch hier freuen wir uns natürlich, dass es jetzt möglich sein soll, auch seine Haustiere mit einem Verstorbenen bestatten zu lassen. Das ist eine schöne Entwicklung und trägt auch der Entwicklung Rechnung, dass wir unsere Haustiere schon länger, glaube ich, als Familienmitglieder anerkennen und behandeln und insofern eben auch bis über den Tod hinaus mit ihnen verbunden bleiben wollen. Es ist schön, dass diese gesellschaftliche Entwicklung, die es ja schon länger gibt, jetzt auch im Recht so ersichtlich sein soll.

Zu unserem Antrag: Wir haben bei uns bei Tier im Fokus ein bisschen Erfahrung, was den Tierschutz anbelangt. Und ich muss euch leider sagen: Es gibt nichts, was es nicht gibt. Und so ist uns zum Beispiel auch ein Fall bekannt, in dem tatsächlich eben ein gesundes Tier getötet wurde, nur um es dann gemeinsam bestatten zu können. Das war natürlich in einer anderen Gemeinde, weil es in Bern noch nicht möglich ist. Aber es kann schon sein, dass ein solches Reglement eben auch einen Anreiz darstellt, um völlig gesunde Tiere vorzeitig zu töten.

Und deshalb haben wir diesen Antrag zu Artikel 4 Absatz 3 eingereicht, der besagt: Die Beisetzung von Tierurnen ist ausgeschlossen, wenn ein Tier gezielt getötet wurde, um eine gemeinsame Bestattung mit einer verstorbenen Person zu ermöglichen. Jetzt haben wir schon gehört und auch schon beim Gemeinderat gelesen – wir haben das ja auch schon im Rahmen der Vernehmlassung so kommuniziert – dass das Hauptargument dagegen wahrscheinlich ist, dass es schwierig zu prüfen ist. Und das verstehe ich

auch. Aber keine Kontrolle bedeutet ja nicht, dass es keine Wirkung hat. Ich glaube, dass eine solche Ergänzung eben auch präventiv wirken könnte. Das heisst also, dass beispielsweise die Behörden dies auf ihrer Webseite kommunizieren könnten. Wenn sich eine Person dafür interessiert, also für eine Bestattung mit Tieren, könnte sie das googeln und würde so vielleicht erfahren: Moment – in Bern ist das gar nicht erlaubt. Oder die Tierärzt*innen könnten das auch erfahren, wenn es öffentlich kommuniziert würde, und würden dann vielleicht einen solchen Eingriff gar nicht erst vornehmen, wenn sie wüssten, dass es verboten ist. Und wenn es tatsächlich stimmt, last but not least, dass nicht kontrolliert werden kann, bedeutet das doch immerhin auch, dass keine Kosten entstehen. Und somit sehe ich auch nicht wirklich, was das Problem ist. Denn auf der anderen Seite kann es doch immerhin dazu führen, dass vielleicht das eine oder andere Tier gerettet wird.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Ursula Stöckli von der FDP-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Auch das ist das Votum von Thomas Hofstetter, der heute Abend nicht da ist. Ich mache es kurz. Die FDP wird dem Geschäft zustimmen und auch den PVS-Antrag annehmen und den Antrag der AL-PdA-TIF ablehnen. Warum? Die FDP ist generell gegen mehr Regulierung, vor allem wenn das im Promillebereich ist und nicht umsetzbar und nicht kontrollierbar ist. Also, wir nehmen das Reglement an auch den PVS-Antrag und lehnen den AL-PdA-TIF-Antrag ab.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Seraina Flury von der GLP-EVP-Fraktion.

Seraina Flury (GLP) für die Fraktion: Diese Totalrevision bringt unser Friedhofswesen ins 21. Jahrhundert – klar, verständlich und nahe bei den Menschen. Dass Bern hier, wie die Uni Bern es nennt, eine Leuchtturmfunktion hat, ist Auftrag und Ansporn zugleich. Als GLP-EVP-Fraktion unterstützen wir das totalrevidierte Friedhofreglement und auch das Gebührenreglement. Es wurde schon viel gesagt und gewürdigt. Ich möchte das nicht wiederholen.

Ich gehe noch kurz auf den Ursprung ein. Was war der Auslöser der vorliegenden Totalrevision? Wie Janosch Weyermann gesagt hat, war es dieses Postulat "Mensch mit Tier". Da rufe ich natürlich gerne in Erinnerung: Es war ein GLP-JGLP-Postulat. Und es freut uns, dass das jetzt umgesetzt wird.

Den Antrag der AL/PdA und TIF lehnen wir hingegen ab. Wir verstehen das Anliegen, wir unterstützen auch die Idee dahinter, doch bezweifeln wir die Umsetzbarkeit.

Dann noch zur Zuständigkeit, diesem Antrag der PVS zu Artikel 12: Auch hier – wir lehnen es ab, die Kompetenz vom Gemeinderat bezüglich der Aufhebung von Friedhöfen einfach zum Stadtrat zu verschieben. Warum tun wir das? Ich glaube, die Vergangenheit hat es gezeigt: Bei heiklen Entscheiden braucht es eine breite politische Debatte und den Einbezug der betroffenen Bevölkerung. Das ist zugesichert und darauf vertrauen wir. In dem Sinn: Wir sagen Ja zum neuen Friedhofreglement und zur Teilrevision des Gebührenreglements.

Präsidentin: Merci. Und als nächstes Tanja Miljanović, GFL-Fraktion.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Auch die GFL-Fraktion begrüsst das neue Friedhofreglement. Wir finden es ein sehr gutes Reglement, sehr ausgewogen. Es wurden wichtige Punkte erneuert und vereinfacht – mit allem einverstanden. Das Einzige,

was wir auch ganz sicher unterstützen möchten, ist der PVS-Antrag. Denn aus Erfahrung haben wir gesehen, dass der Gemeinderat vielleicht auch mal vorprescht. Und wir finden, wenn es um die letzte Ruhestätte geht, braucht es, wie Seraina vorhin gesagt hat, eine breite Debatte. Und das soll durch den Stadtrat und uns 80 gehen und nicht nur unsere fünf Volksvertreter*innen.

Dann beim Antrag von Tier im Fokus: Wir haben Stimmfreigabe beschlossen; auch weil wir tatsächlich ein bisschen überfordert sind von diesem Antrag. Wir haben ihn gelesen und dann gedacht: Gibt es so grausame Menschen, die das Lieblingshaustier töten, um mit ihm beerdigt zu werden? Denn die Bindung muss doch extrem nahe sein zu diesem Tier, dass man damit beerdigt werden möchte. Und es dann irgendwie vorher zu töten wäre – an diese Grausamkeit will ich gar nicht glauben. Es ist quasi eine Selbstverweigerung. Wenn man es im Testament niederschreiben würde, dann müsste jemand anderes ein fremdes Tier extra umbringen, um es mit der Grossmutter zu beerdigen. Ich weiss gar nicht, wie das rechtlich aussähe. Darf man ein Tier einfach, ein gesundes Tier, ein Haustier töten – die sind ja anders geschützt als quasi "Esstiere"? Das kann man gut oder schlecht finden. Aber rechtlich ist es so. Wir haben eigentlich alle Bedenken wegen der Umsetzung. Aber gewisse werden es trotzdem auch annehmen, weil einfach der Gedanke zu grausam ist, dass tatsächlich jemand auf die böse Idee kommen könnte, ein Tier zu töten, das Lieblingstier zu töten, um damit beerdigt zu werden. Deswegen: Es ist ein schauriger Gedanke, aber passend zum Friedhofreglement.

Präsidentin: Nicolas Lutz für die Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Wir werden das Friedhofreglement so annehmen. Es führt uns in die Zukunft und hat eigentlich sehr positive Grundgedanken. Wir werden auch dem Antrag der PVS zustimmen, dass wir im Stadtrat bestimmen können, wenn zum Beispiel ein Friedhof aufgelöst oder verändert werden soll, sodass wir dort auch mitreden können.

Zu diesem Antrag mit den Tieren: Ich denke, es ist ein schwieriges Thema. Ich habe mir dort nur so als Gedanken überlegt: Es gibt dazu auch ganz viele Geschichten. Und ich denke jetzt, das ist zwar sehr brutal, aber vielleicht gibt es auch die Geschichte, dass jemand schwer krank und auch das Tier vielleicht sehr alt und krank ist. Und in der Schweiz ist die passive Sterbehilfe erlaubt. Ich glaube, es gäbe daher vielleicht auch den Fall, wo man es dann verstehen würde, wenn das Tier auch schwer krank ist. Also ich denke: Es ist etwas sehr Persönliches. Es sollte sicherlich nicht zur Normalität werden, dass man Tiere tötet, damit man mit ihnen begraben werden kann. Aber vielleicht gibt auch Situationen, wo man das verstehen könnte, auch wenn es vielleicht eine sehr traurige Situation ist. Und darum würde ich das nicht reinschreiben. Aber die Organisationen, die in Kontakt sind mit Tierärzten und so, könnte man für dieses Thema sensibilisieren. Ja, das wäre es gewesen. Danke.

Präsidentin: Danke für das Fraktionsvotum. Jetzt das Einzelvotum von Georg Häsler, FDP.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Ich habe mir jetzt beim Zuhören auch Gedanken gemacht. Drüben auf der Engehalbinsel gibt es ja ein paar römische und keltische Gräber. Und wenn man die ausgrabt, liegen neben dem Leichnam dieser alten Römer und Kelten immer die Opferbeigaben. Das sind oft Besitztümer, Dinge, die besonders wichtig sind, auch auf der Reise ins Jenseits quasi, wenn man den Fluss der Toten überschreitet und sich dann in der Unterwelt bewegt, wie das bei den Römern und den

Kelten üblich war. Da waren auch Tiere dabei, als Profiant sehr häufig, aber auch als die treuen Begleiter. Das waren aber meistens eigentlich Opfertieren und Teil des Sterbeprozesses war quasi ein Opfer. Ich habe mir dann eine Frage gestellt. Dazu, dass wenn wir diese Tiere mitgeben, aber verhindern wollen, dass gesunde Tiere getötet werden, habe ich eine Frage an den Gemeinderat: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mensch ablebt und gleichzeitig auch das Lieblingstier? Das ist für mich einfach ein interessanter Gedanke und ich muss dann an die Kelten und die Römer und die alten Opfertiergebräuche denken – eine Frage an den Gemeinderat. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, würde ich gerne das Wort Gemeinderat Matthias Aebischer geben. – Gerne noch rasch anmelden.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadträt*innen, die Diskussionen in den letzten Monaten über die Friedhofgesetzgebung, das neue Friedhofreglement, drifteten, wo auch immer, rasch ins Philosophische ab, sei es bei den Vorbesprechungen bei mir im Büro oder auch in der PVS-Kommissionssitzung etwa. Was steckt hinter den Ritualen der verschiedenen Religionen? Sind nach dem Tod wirklich alle gleich? Wie lange dauert es, bis die Grabesruhe aufgehoben wird? Gilt für Familiengräber eine längere Grabesruhe? Ist der Name Familiengrab noch zeitgemäss? Welche Tiere gelten als Haustiere und dürften im Grabfeld Mensch und Tier in Urnen mitbegraben werden? Was darf eine Beerdigung kosten? Was passiert, wenn zu wenig Geld vorhanden ist, um eine Bestattung zu bezahlen?

Diese Fragen scheinen wir mit der vorliegenden Totalrevision des Friedhofreglements, so wie der heutige Abend zeigt, zur grossen Zufriedenheit beantwortet zu haben. Einzig bei der Frage, wer für eine wesentliche Umgestaltung oder Aufhebung eines Friedhofs zuständig sein soll, scheiden sich die Geister. Auch wenn der Gemeinderat in der Vergangenheit aus Spargründen schon einmal eine Friedhofsschliessung zur Diskussion gestellt hat, würde er sicher nie ohne Einbezug des Parlamentes und der betroffenen Bevölkerung einen Friedhof schliessen. Die Präzisierung ist unseres Erachtens also nicht zwingend nötig.

Zum Antrag betreffend Tierurnen: Es ist klar, dass wir nicht wollen, dass Tiere für eine gemeinsame Bestattung getötet werden; dies jedoch im einzelnen Fall restlos aufzuklären, ist unmöglich. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. Und das ist eigentlich auch die Antwort auf Kollege Häsler. Man wird das nie herausfinden können. Also, wir sind nicht Sherlock Holmes.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass die Stadtberner Friedhöfe schweizweit einen Vorzeigecharakter aufweisen und oft als Benchmark fungieren. Das ist mir wichtig zu sagen. Ich bin auch stolz darauf. Besuchen Sie doch wieder einmal einen unserer Friedhöfe. Nehmen Sie Kinder mit. Eine spannende Diskussion ist Ihnen gewiss. Wir empfehlen Ihnen, die Totalrevision des Friedhofreglements und die Teilrevision des Gebührenreglements zu genehmigen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank für das Votum. Wir kommen bereits zur Abstimmung. Bitte nehmt doch die Antragsliste zur Hand. Wir werden sie der Reihe nach durchgehen und alle Artikel einzeln anschauen.

Ist Artikel 1 bestritten? Wenn er nicht bestritten ist, das scheint nicht der Fall zu sein, damit ist er beschlossen. Ist Artikel 2 bestritten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein, damit ist er beschlossen. Ist Artikel 3 bestritten? Auch das scheint nicht der Fall zu sein, damit ist er ebenfalls beschlossen. Ist Artikel 4 Absatz 1 und 2 bestritten? Auch

das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zum Artikel 4 Absatz 3. Dieser ist bestritten. Wir werden hier ausmehren, und zwar zwischen dem Antrag des Gemeinderats und dem Antrag der AL-PdA-TIF-Fraktion. Wer dem Antrag des Gemeinderats zustimmen möchte, drückt gerne Grün, wer dem Antrag der AL-PdA-TIF-Fraktion zustimmen möchte, drückt gerne Rot.

Antrag 1
AL/PdA/TIF

3 Die Beisetzung von Urnen in bestehende Gräber richtet sich nach den Vorschriften des Gemeinderats. Er gestattet die Beisetzung von Urnen verstorbener Haustiere. Die Beisetzung von Tierurnen ist ausgeschlossen, wenn ein Tier gezielt getötet wurde, um eine gemeinsame Bestattung mit einer verstorbenen Person zu ermöglichen.

Abstimmung Nr. 003

2025.TVS.0028: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 1

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	56
Nein	7
Enthalten	4

Präsidentin: Der Gemeinderat obsiegt. Wir stimmen nun über den obsiegenden Antrag des Gemeinderats ab.

Abstimmung Nr. 004

2025.TVS.0028: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	67
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zugestimmt. Wir kommen zum Artikel 5. Ist dieser bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist er ebenfalls beschlossen. Ist Artikel 6 bestritten? Auch nicht. Damit ist er ebenfalls beschlossen. Ist Artikel 7 bestritten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Damit ist er auch beschlossen. Ist Artikel 8 bestritten? Auch nicht, damit ist er beschlossen. Ist Artikel 9 bestritten? Scheint auch nicht der Fall zu sein, ebenfalls beschlossen. Sind Artikel 10 und 11 bestritten? Auch nicht bestritten, damit sind diese ebenfalls beschlossen.

Wir kommen nun zu Artikel 12. Dieser ist bestritten. Auch hier werden wir ausmehren und zwar den Antrag der PVS gegenüber dem Antrag des Gemeinderats. Wer dem Antrag der PVS zustimmen möchte, drückt gerne Grün und Rot für den Gemeinderat.

Antrag 2
PVS

**Art. 12 Zuständigkeiten
Der Gemeinderat**

- a. entscheidet über Neuanlagen, und Erweiterungen; ~~wesentliche Umgestaltungen sowie Aufhebungen von Friedhöfen~~;**
- b. bestimmt die für das Friedhofswesen zuständige Stelle;**
- c. erlässt Ausführungs- und Vollzugsbestimmungen zu diesem Reglement; und**
- d. legt die Tarife für die nicht hoheitlichen Leistungen fest**

2 Der Stadtrat entscheidet über wesentliche Umgestaltungen sowie Aufhebungen von Friedhöfen.

Abstimmung Nr. 005

2025.TVS.0028: Antrag 2 vs. Antrag Gemeinderat

Antrag 2 obsiegt

Ja	52
Nein	11
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag der PVS obsiegt. Wir stimmen nun über den obsiegenden Antrag der PVS ab.

Abstimmung Nr. 006

2025.TVS.0028: Antrag 2

Annahme

Ja	67
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag der PVS einstimmig zugestimmt.

Wir kommen nun zu den Artikeln 13 bis 19. Sind die Artikel 13 bis 19 bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit sind diese beschlossen.

Wir kommen nun zum Gebührenreglement, Anhang 5, zu den Ziffern 4.1 "Friedhof- und Bestattungsgebühren". Sind diese Ziffern 4.1 ff. bestritten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Damit sind auch diese beschlossen.

Wunderbar. Wir kommen nun zur Frage, ob ihr auf die zweite Lesung verzichten möchtet. Dafür werden wir abstimmen. Um auf die zweite Lesung zu verzichten, braucht es eine Zweidrittelmehrheit. Ihr könnt jetzt darüber abstimmen – Grün für Verzichten.

Abstimmung Nr. 007

2025.TVS.0028: Verzicht auf zweite Lesung

2/3-Mehrheit erreicht

Ja	66
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt auf die zweite Lesung verzichtet. Wir kommen in dem Fall jetzt zur Schlussabstimmung. Wollt ihr der Vorlage des Gemeinderats in der so bereinigten Form zustimmen, dann könnt ihr jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 008

2025.TVS.0028

Annahme

Ja	67
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Vielen Dank. Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats zugestimmt.

2023.TVS.000034

10 Sichere und attraktive Velostationen: Einsatz von Videokameras in den städtischen Velostationen PostParc, Schanzenbrücke, Bollwerk, Milchgässli und Welle 7; Bewilligung

Präsidentin: Wir kommen als nächstes zum Traktandum 10: Sichere und attraktive Velostationen; Einsatz von Videokameras in den städtischen Velostationen PostParc. Ich erteile hier der Kommission das Wort. Für die PVS Mirjam Läderach.

Mirjam Läderach (GB) für die Kommission: Bei diesem Geschäft geht es um den Einsatz von Videokameras in den fünf städtischen Velostationen. Und zwei Punkte zur Einordnung vorweg, die wir in der Kommission vertieft besprochen haben: Erstens, wir behandeln heute die erste Bewilligung für Videoaufzeichnung im öffentlichen Raum. Wenn wir diesem Geschäft zustimmen, schaffen wir möglicherweise einen Präzedenzfall. Und zweitens: Es geht eben nicht nur um eine technische Lösung. Wir entscheiden auch darüber, welches Verständnis von Sicherheit wir im öffentlichen Raum stärken wollen.

Ich beginne mit einer Einordnung des Geschäfts. Die städtischen Velostationen sind ein zentraler Bestandteil der Veloinfrastruktur rund um den Bahnhof und gleichzeitig sind sie Arbeitsorte im Rahmen von Integrationsprogrammen. Die städtischen Velostationen waren bereits mit Videokameras ausgestattet. Diese mussten jedoch wegen der fehlenden Bewilligung im Jahr 2023 ausser Betrieb genommen werden. Der Gemeinderat hat daraufhin das ordentliche Verfahren eingeleitet, und die entsprechende Bewilligung liegt uns heute hier vor.

Die Vorlage sieht ein differenziertes System vor. Während der Öffnungszeiten erfolgt eine Echtzeitüberwachung ohne Aufzeichnung. Diese soll den Mitarbeitenden ermöglichen, sich in den teils unübersichtlichen Anlagen einen Überblick zu verschaffen. Ausserhalb der Öffnungszeiten ist eine Videoaufzeichnung vorgesehen. Und diese dient der nachträglichen Aufklärung von Delikten. Die Daten werden lokal gespeichert, mit einem Privacy-Filter versehen, und nach 30 Tagen werden sie automatisch gelöscht. Ein Zugriff ist ausschliesslich für Strafverfolgungsbehörden möglich.

Und noch kurz zu den Begrifflichkeiten, damit wir anschliessend in der Diskussion alle vom Gleichen sprechen: Videoüberwachung meint Echtzeitüberwachung, Videoaufzeichnung die Speicherung der Daten.

Sicherheit in den Velostationen ist als Daueraufgabe zu verstehen. Es ist nicht eine einzelne Massnahme, die Sicherheit schafft, sondern ein Zusammenspiel. Die Stadt plant weitere gestalterische und betriebliche Massnahmen; so ein neues Zutritts- und

Bezahlsystem, optimierte Raumgestaltung sowie soziale Belebung durch Drittnutzungen. All diese Elemente zielen darauf ab, die Velostationen als genutzte und lebendige Räume zu stärken. Die Kommission anerkennt auch die Wichtigkeit der Sicherheitsrundgänge und Reinigungsleistungen, die weitergeführt werden sollen. Im Austausch mit der Verwaltung wurde deutlich: Die Situation vor Ort ist für die Mitarbeitenden anspruchsvoll. Die Verwaltung berichtet von einer Zunahme von Diebstählen, Vandalismus und problematischen Nutzungen. Und die Mitarbeitenden beschrieben in einem Brief vom Oktober 2025 konkrete Vorfälle, die ihre Arbeitssituation teils erheblich belasten. Gerade in Randzeiten arbeitet das Personal oft allein in den grossen verwinkelten Räumen. Und daraus ergibt sich ein nachvollziehbares Bedürfnis nach Übersicht und Sicherheit. Gleichzeitig wurde aber in der Diskussion in der Kommission auch betont, dass die Wirkung von Videoüberwachung und Aufzeichnung differenziert zu betrachten ist. Denn die präventive Wirkung ist wissenschaftlich umstritten. Die Videoaufzeichnung kann aber einen Beitrag zur Aufklärung von Delikten leisten.

Ich komme nun noch etwas vertiefter zur Diskussion in der Kommission. Die Diskussion war ausführlich und hat gezeigt, dass es sich um ein vielschichtiges Geschäft handelt, bei dem unterschiedliche Interessen sorgfältig gegeneinander abzuwägen sind. Ein erster zentraler Diskussionspunkt betraf die Verhältnismässigkeit, insbesondere bei der Videoaufzeichnung. Einzelne Stimmen äusserten hier grundsätzliche Bedenken. Sie wiesen darauf hin, dass die Velostationen öffentliche Räume sind, die von sehr unterschiedlichen Personen genutzt werden. Es wurde die Befürchtung geäussert, dass Videoaufzeichnungen das Verhalten in solchen Räumen verändert, Nutzungen verdrängt oder einzelne Personengruppen stärker unter Druck setzen könnten. Es besteht das Risiko, dass wir mit der Videoüberwachung und Aufzeichnung zur Stigmatisierung und Abschreckung von Menschen beitragen, die sich bereits in prekären Lebenssituationen befinden. Eng damit verbunden war die Diskussion um einen möglichen Präzedenzfall. Einzelne Stimmen warnten davor, dass mit dieser Bewilligung eine Entwicklung angestossen werden könnte, die längerfristig zu einer Ausweitung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum führt. Demgegenüber vertrat eine Mehrheit der Kommission eine andere Perspektive. Es wurde Vertrauen in den institutionellen Mechanismus geäussert. Der Stadtrat ist auch künftig in der Lage, differenzierte Entscheidungen zu treffen und eine Ausweitung kritisch zu prüfen.

Ein weiteres zentrales Thema war die Situation der Mitarbeitenden und der Eingriff in ihre Privatsphäre. Die Kommission nimmt die Berichte über belastende Situationen vor Ort ernst und wertet sie als wichtiges Argument für zusätzliche Massnahmen. Das Bedürfnis nach sicheren Arbeitsbedingungen wurde klar anerkannt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass Videoüberwachung am Arbeitsplatz grundsätzlich sensibel ist. Auch wenn die vorgeschlagene Lösung vorsieht, dass während der Arbeitszeiten keine Aufzeichnungen erfolgen, bleibt die Frage bestehen, welche Auswirkungen Überwachung auf das Sicherheitsgefühl und die Arbeitsbedingungen haben kann.

Und in diesem Zusammenhang erhielt ein zusätzlicher Aspekt besonders Gewicht: die Einbindung der Sozialpartner. Die Verwaltung informierte uns mündlich über ein Gespräch, das mit einer Gewerkschaft geführt wurde. Der Sozialpartner anerkannte die Notwendigkeit gewisser Massnahmen, aber äusserte auch klare Bedenken: erstens den bereits schon erläuterten möglichen Präzedenzcharakter dieser Vorlage. Und zweitens betonte er, dass der Schutz der Privatsphäre der Mitarbeitenden explizit und systematisch beobachtet werden muss.

Die Kommission nahm diese Rückmeldung auf und hat vor diesem Hintergrund einen Antrag überwiesen. Dieser fordert, dass der Evaluationsbericht ausdrücklich auch über den Schutz der Privatsphäre der Mitarbeitenden Bericht erstattet. Und die Kommission

empfiehlt euch, diesen Antrag anzunehmen. Die Diskussion in der Kommission zeigte, dass wir uns hier in einem Spannungsfeld befinden zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit, insbesondere für die Mitarbeitenden, und den ebenso gewichtigen Fragen von Überwachung, Schutz der Privatsphäre und Verdrängung von Menschen aus dem öffentlichen Raum. Eine Mehrheit der Kommission beurteilte die Vorlage als Teil eines umfassenden Massnahmenpakets als tragfähig, und nahm das Geschäft mehrheitlich an. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Das war eine praktische Punktlandung. Ich erlaube mir, euch bereits in die Abendessenpause zu entlassen. Und dann sehen wir uns nach dem Abendessen wieder.

Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.09.2026

X 

Signiert von: JELENA FILIPOVIC
Jelena Filipovic

für das Protokoll

07.09.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:50 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Valentina Achermann	Simon Gyger	Tanja Miljanović
Nadine Aebischer	Georg Häsler	Roger Nyffenegger
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Shasime Osmani
Debora Alder-Gasser	Dominique Hodel	Cemal Özçelik
Lena Allenspach	Stephan Ischi	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Monique Iseli	Chantal Perriard
Oliver Berger	Seraphine Iseli	Ronja Rennenkampff
Tom Berger	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Natalie Bertsch	Anna Jegher	Fabian Rüfenacht
Gourab Bhowal	Raffael Joggi	Judith Schenk
Lea Bill	Nora Joos	Lukas Schnyder
Laura Brechbühler	Barbara Keller	Lea Schweri
Jacqueline Brügger	Ingrid Kissling-Näf	Tobias Sennhauser
Michael Burkard	Mirjam Läderach	Chandru Somasundaram
Carola Christen	Anna Leissing	Michelle Steinemann
Laura Curau	Christoph Leuppi	Ursula Stöckli
Andreas Egli	Corina Liebi	Anouk Ursin
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Seraina Flury	Nicolas Lutz	Lukas Wegmüller
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Béatrice Wertli
Franziska Geiser	Salome Mathys	Janosch Weyermann
Helin Genis	Esther Meier	Karel Ziehli
Thomas Glauser	Matteo Micieli	
	Szabolcs Mihályi	

Stadtrat entschuldigt

Nik Eugster	Fuat Köçer	Michael Ruefer
Dominik Fitze	Nora Krummen	Irina Straubhaar
Bernadette Häfliger	Dominic Nellen	
Thomas Hofstetter	Simone Richner	

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD Matthias Aebischer TVS

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Stv. Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

2023.TVS.000034

10 Sichere und attraktive Velostationen: Einsatz von Videokameras in den städtischen Velostationen PostParc, Schanzenbrücke, Bollwerk, Milchgässli und Welle 7; Bewilligung

Präsidentin: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmt doch gerne Platz, damit wir mit der Sitzung fortfahren können. Wir sind beim Traktandum 10 stehen geblieben. Wir haben das Kommissionsvotum von Mirjam Läderach gehört. Jetzt wäre die Redner*innenliste offen für die Fraktionsvoten. Ihr könnt euch gerne anmelden. Als erstes Janosch Weyermann von der SVP-Fraktion.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Wir diskutieren heute Abend nicht über ein Datenschutzseminar, sondern über ein ganz konkretes Sicherheitsproblem in unserer Stadt. Seit nämlich die Videoüberwachung in den Berner Velostationen mangels gesetzlicher Grundlagen abgeschaltet werden musste, haben Diebstähle und Beschwerden drastisch zugenommen. Das überrascht eigentlich niemanden, ausser vielleicht diejenigen, die ernsthaft glauben, man könne die Kriminalität mit irgendwelchen ideologischen Wunschvorstellungen eindämmen. Die Realität ist relativ klar: Wo keine Kontrolle ist, fühlen sich die Täter sicher.

Genau diese Situation haben wir heute. Ein bewährtes Instrument wie eine Videoüberwachung fehlt und die Folgen sind heute spür- und sichtbar. Die Videoüberwachung ist kein Selbstzweck. Sie hilft, Straftaten zu verhindern, Täter zu identifizieren und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am konkreten Ort, zu stärken. Wer das ablehnt oder künstlich einschränkt, nimmt bewusst in Kauf, dass die Diebstähle zunehmen und sich die ehrliche Bevölkerung unsicher fühlen muss.

Und was jetzt noch mittels irgendwelcher Anträge vorgeschlagen wird, ist ein schlechter Witz. Eine Speicherdauer von nur 7 Tagen ist in der Praxis oft zu kurz, um ein Delikt nur annähernd aufzuklären. Und eine Aufzeichnung nur während den bedienten Öffnungszeiten geht komplett an der Realität vorbei, denn die Straftaten passieren bekanntlich nicht dann, wenn das Personal vor Ort ist, sondern eben gerade dann, wenn niemand hinschaut. Statt jetzt endlich rasch klare und wirksame gesetzliche Grundlagen zu schaffen, wird einmal mehr relativiert, verzögert und verwässert.

Der Schutz der Täter scheint wichtiger zu sein als der Schutz der Mitarbeitenden und der Bevölkerung. Wenn Videoaufnahmen faktisch nur bei schwersten Delikten eingesetzt werden sollen, wie ihr das ursprünglich wolltet, ist das nichts anderes als ein Freipass für Alltagskriminalität. Und das ist für mich und für die SVP-Fraktion nichts anderes als Täterschutz, den ihr hiermit betreibt. Wir als SVP-Fraktion stehen für eine Politik, die die anständigen Bürgerinnen und Bürger schützt, nicht diejenigen, die die Regeln brechen und darauf zählen können, dass niemand hinschaut. Eines ist klar: Ohne wirksame Instrumente wird es nicht besser, sondern schlechter. Für uns gilt aus diesem Grund: Sicherheit ist kein Luxus. Sie ist eine Grundaufgabe unseres Staats. Deshalb stimmen wir dieser Vorlage klar zu und lehnen bis auf einen Antrag der PVS sämtliche Anträge ab. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Georg Häsler für die FDP-Fraktion.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Ich halte dieses Votum für meinen lieben Kollegen "Hoschi", der leider nicht da ist. Also ist es ein wohlgesetztes Votum.

Die Fraktion der FDP unterstützt dieses Geschäft. Die Mitarbeitenden der Velostationen wünschen sich mehr Sicherheit. Es ist somit ein Bedürfnis, das von unten, also von den Betroffenen, kommt und somit eine grosse Absenderlegitimation hat. Ihr seht, die FDP kümmert sich auch um die Menschen, die wirklich arbeiten. Der FDP sind die Integrität und die Sicherheit der Mitarbeitenden an den Velostationen äusserst wichtig. Entsprechend unterstützt sie die vorgeschlagene Videoüberwachungslösung. Diese ist ausgewogen und alles andere als eine Überwachung der Mitarbeitenden, im Gegenteil: Es ist eine Hilfestellung.

Alles, was unsere Stadt sicherer macht, begrüssen wir, solange die Freiheit nicht eingeschränkt ist. Dieser Zusatz ist wichtig. Weiter hilft die Videoüberwachung, das Stehlen von Velos zu unterbinden und somit die Velofahrenden glücklicher zu machen. Denn nichts ist so lästig, wie wenn man zur Velostation kommt und feststellen muss, dass das Velo geklaut wurde. Da merkt man: Ich habe kein Velo. Ich lese das vor.

Durch den Einsatz von Videokameras wird auch die Attraktivität der Velostation gefördert. Wer fährt schon mit dem Velo zum Bahnhof und bringt sein Velo in eine Velostation, wenn alles geklaut wird? Da nimmt man doch lieber das Auto von der Altstadt an den Bahnhof. – Schwierig. Egal.

Dieses Geschäft leistet somit auch einen wertvollen Beitrag, um die Mobilitäts- und Klimaziele der Stadt zu erreichen. Es macht das Velofahren attraktiver und wirkt sich somit auch positiv auf das Klima aus. – Manchmal kommt mir die Stadt Bern vor wie Peking während der Kulturrevolution. Aber egal. Die FDP möchte auf gar keinen Fall, dass die Schweiz, wie in den meisten Diktaturen, ohne Zusatz, zu einem Überwachungsstaat wird, und die Bürgerinnen und Bürger überall und ständig per Video überwacht werden. Wir finden die hier vorgeschlagene Lösung sehr ausgewogen, denn es geht um den Schutz der Arbeitenden und um den Schutz des Eigentums der Bernerinnen und Berner. Und wer sich nichts hat zu Schulden kommen lassen, hat nichts, aber auch gar nichts zu befürchten.

Ich komme zu den Anträgen. Antrag 1 der PVS nehmen wir an und Antrag 2 von GB/JA! lehnen wir ab. Auch Antrag 3 unterstützen wir nicht. Wir wollen, dass nach Diebinnen und Dieben und Leuten, die Sachbeschädigungen begehen, gefahndet werden kann. Denn diese nehmen keine Rücksicht auf die Uhrzeiten, ausser dieser Antrag wird angenommen. Dann wissen alle, zu welcher Uhrzeit das Stehlen aus ihrer Sicht am sichersten ist. – "Sicheres Stehlen", auch interessant. Den Antrag 4 lehnen wir ebenfalls ab. Wir finden 30 Tage angemessen. Es entspricht dem schweizweiten Standard und schützt auch die Opfer von allerlei Delikten innerhalb der Velostation. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Lea Bill für die Fraktion GB-JA!.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Fangen wir mit etwas Positivem an. Die GB-JA!-Fraktion begrüsst die sorgfältige Erarbeitung dieses Geschäfts, auch in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Datenschutz. Als Rückblick: 2023 wurde durch das Online-Magazin Republik bekannt, dass sich die Stadt Bern in einer illegalen Situation befindet. Die Velostationen wurden nämlich bereits videoüberwacht, ohne Kontrolle durch eine Datenschutzstelle und auch ohne Bewilligung durch den Stadtrat, die der Gemeinderat seit 2015 dafür benötigt. Dass dies nun sorgfältig aufgegleist wurde, begrüssen wir deshalb sehr.

Ich komme nun, bevor ich auf das konkrete Geschäft zu sprechen komme, zu zwei grundlegenden Punkten, die wir unbedingt beachten müssen und nicht vergessen dürfen. Ich habe diese bereits beim letzten Geschäft zur Videoüberwachung genannt. Aber

ich denke, es hilft auch, das immer wieder zu wiederholen. Videoüberwachungen stellen in allen Fällen einen Eingriff in die Privatsphäre der Gefilmten dar. Dementsprechend ist auch eine konsequente Abwägung der Interessen zentral. Und zweitens gibt es bis heute keine Hinweise darauf, dass Videoüberwachung einen präventiven Charakter hat, dass präventiv darauf hingewirkt wird, dass keine Straftaten verübt werden. Höchstens wird es möglich sein, im Nachhinein mit den Aufnahmen Beweise gegen Verdächtige zu bekommen. Aber auch das ist nicht immer einfach.

Es ist denn auch kein Geheimnis, dass die GB-JA!-Fraktion gegenüber Videoüberwachungen grundsätzlich skeptisch ist, insbesondere auch, weil sie einen sehr grossen Eingriff in die Privatsphäre der Gefilmten darstellt, und wir das kritisieren. Es braucht aus unserer Sicht denn auch gute Gründe, damit wir eine Videoüberwachung als adäquates Mittel sehen und ihr zustimmen. Bei der Videoüberwachung in der Schwimmhalle Neufeld war dies der Fall, weil wir den Eindruck hatten, das sei ein schnelles Eingreifen in Notfällen, und weil es keine Aufbewahrung der Daten gab. Der Vergleich, den der Gemeinderat im Vortrag dazu zieht, geht für die GB/JA!-Fraktion denn auch nicht wirklich auf.

Bei der Videoüberwachung des Eingangsbereichs des Erwachsenen- und Kinderschutzes (EKS) hingegen sahen wir andere Massnahmen als zielführender. Beziehungsweise sahen wir den Nutzen einer Videoüberwachung zusätzlich zu fixem Sicherheitspersonal nicht. Weiter spielte auch die Tatsache, dass die Menschen, die das EKS aufsuchen, dies nicht freiwillig tun, sich also der Videoüberwachung zwangsweise aussetzen müssen. Auch das spielte eine Rolle für unsere Ablehnung; dies alles auch, obwohl wir das Interesse der Mitarbeitenden und deren Schutz logischerweise hoch einstufen. Es ist wirklich eine Frage der sorgfältigen Abwägung.

Beim vorliegenden Geschäft gilt es aus unserer Sicht verschiedene Aspekte zu bedenken. Erstens betont der Gemeinderat, dass die Nutzenden der Velostationen eigentlich schon fast davon ausgehen, dass die Velostationen videoüberwacht sind, und deshalb auch nichts dagegen haben. Zudem können wir tatsächlich sagen, dass niemand gezwungen ist, eine Velostation zu benutzen, wenn sie oder er nicht gefilmt werden will. Wir gehen davon aus, dass das Grundrecht, eine Velostation zu benutzen und dabei nicht gefilmt zu werden, in dem Sinne nicht existiert. Damit unterscheidet sich auch die Videoüberwachung in den Velostationen gegenüber jener im EKS und kann durchaus auch eher in Ordnung sein bzw. können wir eher zustimmen.

Zweitens: Der Gemeinderat erwähnt es ganz kurz im Vortrag. Die Velostationen werden insbesondere in den Nächten nicht nur für das Abstellen von Velos verwendet. Es übernachtet dort auch Menschen oder halten sich länger dort auf, hinterlassen auch Müll etc. Das ist vielleicht nicht so vorgesehen. Es kann auch zu unangenehmen Situationen führen, was natürlich nicht gut ist. Die GB-JA!-Fraktion stellt sich aber entschieden dagegen, einfach mit Repression, also mit Videoüberwachung und anschliessender Ahndung, darauf zu reagieren. Aber unter anderem wegen dieser Situationen entstand auch das vermehrte Bedürfnis der Mitarbeitenden nach Videoüberwachung; dies insbesondere in verwinkelten Räumlichkeiten und bei Arbeitsbeginn, damit die Mitarbeitenden sich auf bestimmte Situationen vorbereiten können. Hierfür hat die GB/JA!-Fraktion grosses Verständnis und gewichtet den Schutz der Mitarbeitenden hoch. Aber, das sei an dieser Stelle schon gesagt, dafür braucht es keine Aufzeichnung der Daten ausserhalb der Öffnungszeiten.

Dann der dritte Punkt: Im Vortrag des Gemeinderats wird auch erwähnt, dass Diebstahl und Sachbeschädigungen in den Velostationen zugenommen haben. Er schiebt aber gleichzeitig auch nach, dass dies den ganzen Bahnhofperimeter betrifft. Und auch wenn, das wurde vorher auch schon in einem Votum erwähnt, der Diebstahl eines Velos

äusserst mühsam ist, scheint es uns trotzdem nicht angezeigt, deshalb eine Videoüberwachung in den Velostationen zu installieren. Hier gewichten wir die Privatsfälle der Personen höher als den Nutzen der Videoüberwachung. Beziehungsweise sprechen wir ja auch in erster Linie über die aufgezeichneten Aufnahmen in der Nacht, denn wir wissen, das habe ich auch schon gesagt, dass die Videoüberwachung als präventive Massnahme nicht funktioniert. Es ginge also darum, Delikte im Nachhinein mittels der Aufzeichnung aufzuklären. Und in diesem Zusammenhang werden wir ehrlich gesagt das Gefühl nicht ganz los, dass es gar nicht in erster Linie um die Ahndung von Velodiebstählen geht, sondern dass die Aufzeichnung der Videoüberwachung nachts insbesondere auch gegen Menschen verwendet werden soll, die zum Beispiel in den Velostationen übernachten, dort unter anderem Substanzen konsumieren, etc. Und in diesem Zusammenhang, das habe ich auch schon gesagt, einfach mit der Repression zu antworten, lehnen wir als GB-JA!-Fraktion strikt ab. Und wenn der zuständige Gemeinderat Matthias Aebischer nun davon spricht – das konnten wir vor ein paar Wochen in der Zeitung lesen –, dass es im Fall eines Tötungsdeliktes in einer Velostation niemand verstehen würde, wenn es keine Aufzeichnung gäbe, muss ich schon sagen, dass wir da erstens von einem Worst-Case sprechen, der hoffentlich so nicht eintreten wird, und zweitens eine solche Argumentation Tür und Tor öffnet für eine grundsätzliche Überwachung des öffentlichen Raumes. Denn dort können genauso auch Tötungsdelikte stattfinden und dann stehen wir ebenfalls ohne Videobeweis da. Das dünkt mich dann doch eine ziemliche Eskalation der Argumentation.

Unser Fazit ist deshalb das folgendes: Wir können das Bedürfnis der Mitarbeitenden nach Videoüberwachung verstehen und würden dementsprechend einer Videoüberwachung in Echtzeit während der Öffnungszeiten ohne Aufzeichnung auch zustimmen; dies insbesondere, weil auch weitere Massnahmen zur Entspannung der Situation vorgesehen sind, zum Teil bauliche Massnahmen, aber auch, dass die Velostationen mehr belebt werden sollen. Es soll Patrouillen von Sicherheitskräften geben und auch eine regelmässige Reinigung. Nun ist es aber erstens so, dass diese weiteren Massnahmen im Vortrag doch eher allgemein gehalten sind, und wir auch aus den mündlichen Ausführungen nicht wirklich Konkretisierungen erfahren konnten. Und daher scheint also wirklich noch sehr wenig Fleisch am Knochen zu sein. Zudem wissen wir – das wissen wir hier alle: Es muss dann auch noch das nötige Geld dafür gesprochen werden. Und davon ist bisher gar keine Rede. Also es muss hier auch noch einiges geschehen, damit diese für das Sicherheitsgefühl so wichtigen Massnahmen auch wirklich greifen können. Und zweitens, und das ist aus unserer Sicht der grösste Punkt: Es sind eben auch Aufzeichnungen dieser Videoüberwachung vorgesehen ohne konkrete Kriterien, in welchen Fällen diese eingesehen werden dürfen beziehungsweise laut kantonalem Polizeigesetz bei allen strafrechtlich relevanten Taten. Das heisst, wir sprechen hier von Sachbeschädigung, über Drogenkonsum. Bis zu einem Tötungsdelikt ist alles dabei. Und sie werden auch noch für eine sehr lange Zeit, für 30 Tage, gespeichert. Für die GB-JA!-Fraktion ist deshalb klar, dass wir dem Geschäft in dieser Form nicht zustimmen können. Deshalb haben wir erstens den Antrag für den Verzicht auf die Aufzeichnungen eingereicht. Es soll lediglich eine Echtzeitüberwachung geben und keine Speicherung. Das ist Antrag 4 in der Antragsliste. Und zweitens ist es so, dass der Stadtrat nach einer Evaluation in drei Jahren darüber entscheiden soll, wie die Überwachung weitergeführt wird. Das ist Antrag 2. Dies ergibt auch deshalb Sinn, weil der Stadtrat heute auch die Bewilligung für die Videoüberwachung spricht. Er soll deshalb auch über die Weiterführung entscheiden. Dem Antrag der PVS stimmen wir zu, ebenfalls dem Antrag 3 der SP-JUSO. Zudem würden wir auch dem Antrag 5 der SP-JUSO zustimmen, wenn unser Antrag für den Verzicht auf die Aufzeichnung keine Mehrheit findet, dies auch,

wenn der Antrag der SP-JUSO das Grundproblem, also die Aufzeichnungen selbst, nicht wirklich behebt. Sollten unsere beiden Anträge, also die Anträge 2 und 4, keine Mehrheit finden, werden wir das Geschäft in der Schlussabstimmung ablehnen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes, Nicolas Lutz für die Mitte.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Also zuerst einmal zur Definition des öffentlichen Raums: Wir reden hier über Veloparkplätze oder Velostationen. Der Hauptauftrag einer Velostation ist es, dort Velos parkieren zu können, um zum Beispiel am Bahnhof möglichst schnell zum Zug zu kommen, und nicht, andere Sachen zu machen – wie es auch bei einer Sportanlage die Hauptaufgabe ist, dort Sport zu treiben und nicht etwas anderes. Also: Öffentlicher Raum heisst nicht, dass man das vergleichen kann mit einem Park, wo jeder machen kann, was er will.

Und noch zur Videoüberwachung: Zum Beispiel am Bahnhof gibt es bekanntlich schon überall Videoüberwachung. Und das sind die gleichen Leute, die auch das Velo dort parkieren. Und ich glaube nicht, dass sie gestört werden, wenn sie beim Veloabstellen auch noch gefilmt werden, da sie vorher am Bahnhof SBB auch schon gefilmt wurden. Also das kann ich mir nicht vorstellen.

Warum braucht es die Kameras auch in der Nacht? Ihr müsst euren Wählerinnen und Wählern dann schon erklären: Dort hat es Kameras und die laufen gar nicht. Jetzt kann man sagen: Wenn es keine Kameras hat, dann checkt jeder, dass es nicht überwacht wird. Aber wenn dort etwas passiert, und man lässt es gar nicht laufen, denken die auch: Das ist ein bisschen strange – warum tut man es dann überhaupt dorthin? Und zweitens passieren halt diese Dinge genau in der Nacht, wenn niemand da ist. Und auch wenn man dort stündlich patrouilliert, kann man trotzdem ein Velo klauen, man kann trotzdem irgendetwas kaputt machen oder etwas noch Schlimmeres machen. Und darum verstehe ich deshalb nicht, wie man sagen kann: Ja oder nein. Dann soll man sagen: Man will gar keine Kameraüberwachung. Okay, dann ist es wenigstens fair enough.

Und zu diesem Antrag von 7 statt 30: Genau die, die uns immer vorwerfen, ihr macht Täterschutz, gehen jetzt auf 7 Tage runter. Und gerade bei schweren Straftaten, zum Beispiel Vergewaltigung oder versuchter Vergewaltigung, ist erwiesen, dass die Opfer eben nicht sofort zur Polizei gehen. Und dann sind diese 7 Tage sehr kurz. Und ich möchte einfach nicht diesen Leuten erklären: Man hat jetzt nur in der Stadt Bern, obwohl eigentlich 30 Tage Standard sind, einfach gesagt: Wir machen jetzt mal random 7 Tage, damit ein Teil von gewissen Leuten dann zustimmen können. Ohne einen wissenschaftlichen oder einen guten Grund zu haben, sagt man jetzt einfach: 7 Tage. Entweder will man Straftäter überführen – und sonst steht doch ein für 0 Tage. Aber wie man auf diese sieben Tage kommt, erschliesst sich mir nicht. Und ich hoffe, dass man im Votum sagt, worin ein Gewinn für die Demokratie oder den Persönlichkeitsschutz liegen soll, wenn man die Dauer um diese Tage verkürzt. Das Einzige, was man riskiert, ist, dass man dann auch schwere Straftaten nicht aufklären kann, weil man zu langsam war. Und darum hoffe ich, dass man sich dort überlegt, das zu machen. Denn andernfalls sagen wir dem Volk: Wir überwachen mit Video, schreiben das aus irgendwelchen Gründen so rein und sagen, wir schützten damit die Persönlichkeit. Es nähme mich wirklich wunder, wie man auf die 7 Tage gekommen ist. Und darum hoffe ich, dass das nicht durchkommt. Wir werden ausser dem PVS-Antrag alle Anträge ablehnen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Monique Iseli für die SP-JUSO.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Die Frage nach der Videoüberwachung in Velostationen hat in unserer Fraktion sehr viel zu reden gegeben. Und wir haben das Geschäft ausführlich diskutiert. Es gibt unterschiedliche Positionen in unserer Fraktion. Der Grossteil unserer Fraktion wird aber das Geschäft annehmen unter der Bedingung, dass PVS-Antrag 1, Antrag 2 GB/JA! sowie unser Antrag 3 zur statistischen Evaluation der Videoaufzeichnung angenommen werden. So kann auf Grundlage eines Evaluationsberichts erneut entschieden werden, ob die Kameras weiterhin laufen und aufzeichnen sollen oder ob sie abgestellt gehören.

Obwohl wir am Vorschlag des Gemeinderats begrüssen, dass der Zusatznutzen der Velostationen durch erhöhte Sicherheit gewährleistet und den Mitarbeitenden in Bezug auf ein höheres Sicherheitsbedürfnis Gehör geschenkt wird, bleibt für uns ein bitterer Beigeschmack. Grundsätzlich stehen wir der Videoüberwachung im öffentlichen Raum sehr kritisch gegenüber. Alle Menschen haben das Recht, in der Velostation ein- und auszugehen. Und die Videoüberwachung bedeutet in jedem Fall einen Eingriff in die Privatsphäre dieser Menschen. Ein Teil der Fraktion gewichtet den Schutz der Privatsphäre in den Velostationen höher und schätzt eine Aufzeichnung durch Kameras als einen zu grossen Eingriff in ein Grundrecht ein; insbesondere, weil Videoüberwachung allein nicht zu mehr Sicherheit führt.

Wir haben ausserdem kontrovers diskutiert, inwiefern die Installation von Kameras Präzedenzfälle für weitere Videoüberwachungsprojekte im öffentlichen Raum sein könnte. Es ist mir wichtig zu betonen, dass unser heutiger Entscheid kein Prinzipienentscheid für Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist. Im Folgenden möchte ich darlegen, warum wir in diesem konkreten Fall der Velostationen der Videoüberwachung inklusive Aufzeichnung zustimmen.

Erstens möchte ich das Bedürfnis der Mitarbeitenden nach mehr Sicherheit und Unterstützung betonen. Bei den Mitarbeitenden in der Velostation handelt es sich zu einem grossen Teil um Arbeitnehmende im zweiten Arbeitsmarkt. Nebst subjektiven Bedenken um die persönliche Sicherheit während der Arbeit besteht auch eine weitere Schwierigkeit. Unter Umständen müssen die Mitarbeitenden gegenüber Nutzer*innen der Velostation rechtfertigen, dass zwar Videokameras installiert sind, diese jedoch nichts aufzeichnen. Das kann zu unangenehmen Situationen führen.

Wir begrüssen, dass der Gemeinderat ein Massnahmenpaket zur Erhöhung der Sicherheit vorsieht, und nicht nur auf Videokameras setzt. Um das Sicherheitsgefühl der Mitarbeitenden zu stärken, sprechen wir uns aber in diesem konkreten Fall auch für die Videoüberwachung aus.

Zweitens haben wir uns gefragt: Was ist das für ein Raum, in dem jetzt Videoüberwachung installiert werden soll. Die Velostation ist ein halböffentlicher Raum. Er ist verwinkelt, ausgeleuchtet und hat Öffnungszeiten. An den Eingängen ist gemäss gemeinderätlichem Vorschlag signalisiert, dass der Raum überwacht wird. Der halböffentliche Raum der Velostation ist nicht etwa mit der "Schütz" oder dem Waisenhausplatz zu vergleichen. Anders als zum Beispiel über den Waisenhausplatz, über den man geht, wenn man sich im öffentlichen Raum bewegt, kann man die Velostation gut umgehen, wenn man der Videoüberwachung ausweichen möchte. Es gibt nach wie vor die Möglichkeit, das Velo ausserhalb der Velostation im öffentlichen Raum abzustellen. Ein Grossteil der Fraktion sieht hier, wenn wir anschauen, was es für ein Raum ist, eben keinen Präzedenzfall.

Und der dritte Grund: Da Bern eine Velostadt sein will, ist es uns wichtig, dass die Menschen wirklich auch mit dem Velo unterwegs sind. Velostationen müssen einen Zusatznutzen haben, damit die Velos nicht alle rund um den Bahnhof parkiert werden. Wir haben in die Velostation investiert, weil es im öffentlichen Raum zu wenig Platz

gibt. Wenn wir wollen, dass die Leute mit dem Velo zum Bahnhof pendeln, dann müssen wir auch schauen, dass sie ihr Velo, wenn auch subjektiv wahrgenommen, sicher abstellen können.

Wir wollen den Bedürfnissen der Mitarbeitenden nach einem erhöhten Sicherheitsgefühl gerecht werden und dem Projekt des Gemeinderates zustimmen; unter der Bedingung, dass die Anträge 1 bis 3 angenommen werden und es einen Evaluationsbericht gibt. So können wir in drei Jahren auf Grundlage des Berichts entscheiden, ob die Kameras bleiben, aufnehmen und aufzeichnen sollen oder nicht. Sollte der Evaluationsbericht zeigen, dass die Videoüberwachung dem Sinn der Mitarbeitenden nicht entspricht, keine erhöhte Sicherheit bietet, und stattdessen marginalisierte Personengruppen, zum Beispiel von Obdachlosigkeit betroffene Menschen kriminalisiert, beurteilen wir das Projekt neu. Dafür wollen wir aber eine Grundlage. Für die heutige Abstimmung überwiegen für unsere Fraktion allerdings die drei von mir genannten Punkte. Wenn die Anträge 1 bis 3 nicht durchkommen, lehnen wir das Geschäft ab. Antrag 4 GB/JA!, auf die Aufzeichnung in der Nacht zu verzichten, lehnen wir mehrheitlich ab. Unseren Antrag 5 zur Löschung der Daten nach 7 Tagen nehmen wir an. Und hier hast du dir noch eine Begründung gewünscht. Bei einem sehr schweren Delikt wird man sofort aktiv bei der Strafverfolgung. Nach unserem Ermessen reichen dafür sieben Tage, da wir eben gerade nicht Bagatelldelikte aufklären möchten.

Präsidentin: Besten Dank. Als nächstes Tanja Miljanović für die GFL-Fraktion.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Auch in unserer Fraktion hat dieses Geschäft zu vielen Diskussionen geführt, aber eigentlich gar nicht unbedingt von innen heraus, sondern von aussen nach innen gebracht. Denn wir finden das Geschäft eigentlich sehr gut aufgestellt. Die Velostationen per se sind für uns ein extrem wichtiges, sogar zentrales Puzzleteil, wenn es um nachhaltige Mobilität geht. Und wenn man das eben möchte und dieses Puzzlestück einsetzen möchte, dann muss dieses auch nutzbar sein auf die eine oder andere Art. Und das geht eben, wenn es benutzerfreundlich ist. Wann nutzen es die Menschen nicht? Also ich weiss, wann *ich* es nicht nutze. Ich bin eine schlechte Userin dieser Velostationen; einerseits, weil ich immer zu spät dran bin und dann mit dem Velo einfach wie quasi fliegend kommen muss und das Velo entweder illegal oder halb illegal oberirdisch abstelle – natürlich ein ganz schlechtes Beispiel, aber ja, auch das gibt es. Der andere Grund ist tatsächlich einfach dieses subjektive Sicherheitsempfinden, das in unterirdischen Anlagen teilweise fehlt. Wir wissen, dass das schon auch begründet ist. Ich meine, es sind ja auch die Mitarbeiter*innen der Velostationen, die sich diese Überwachung gewünscht haben. Daher ist es nicht nur die subjektive Sicherheit, sondern eben auch objektiv erfahrene Unsicherheit, die zu diesem Begehren geführt hat. Ich finde, das muss man wirklich ernst nehmen. Jetzt kann man sagen: Das subjektive Empfinden ist nicht so wichtig. Aber das finde ich auch ein bisschen seltsam. Wenn wir jeden kleinsten Strassenabschnitt so gestalten möchten, dass es auch subjektiv für Kinder und Erwachsene sicher ist, dann zählt doch auch in einer Velostation die subjektive Sicherheit von Menschen – gerade an offenkundig, erwiesenermassen problematischen Orten.

Es wurde auch gesagt. Wir schaffen hier einen Präzedenzfall. Nein, das schaffen wir eben nicht. Es ist wirklich eine ganz gezielte, punktuelle Einmalmassnahme. Wenn sich die Welt weiterentwickelt, schlechter entwickelt, dann wird das vielleicht weiter ausgedehnt. Aber das können wir heute nicht wissen. Ich finde, den Teufel an die Wand zu malen, auch ein bisschen eine zu billige Lösung.

Wir hätten eigentlich gar keine Anträge gestellt. In der PVS gab es dann aber diesen Antrag für diesen Evaluationsbericht zum Schutz der Privatsphäre der Mitarbeiter*innen. Das haben wir angenommen. Das möchten wir auch hier unterstützen, einfach um auch den Kritiker*innen diese Angst zu nehmen. Aber an sich haben wir bekanntlich Kommissionssitzungen. Wir können an den Kommissionssitzungen zu jedem Zeitpunkt Infotraktanden verlangen, wonach die zuständige Direktion kommen und uns erklären muss, was genau passiert ist. Das macht diese Evaluationsberichte ein bisschen obsolet. In den Jahresberichten werden diese Zahlen vermutlich auch grossmehrheitlich publiziert. Wir finden, es ist eigentlich nicht unbedingt notwendig. Aber wir haben gleichzeitig auch bemerkt, dass es doch ein starkes Bedürfnis auf der einen Seite des Stadtrates dafür gibt, das hier auch in den Rat zu bringen und breit darüber zu debattieren. Dieses subjektive Sicherheitsbedürfnis können wir so wahrnehmen und sind deswegen auch bereit, Hand zu bieten. Deswegen nehmen wir Antrag 1 an.

Beim Antrag 2 GB/JA!, bei dem es im Rahmen von diesem Evaluationsbericht auch darum geht, dass ein Antrag gestellt wird auf eine Weiterführung oder Aufhebung. An sich finden wir auch diesen eigentlich überhaupt nicht notwendig, denn die Kompetenz liegt sowieso beim Stadtrat. Der Stadtrat kann jederzeit vor oder nach diesem Evaluationsbericht entscheiden: Jetzt stoppen wir es. Aber wenn man das jetzt festschreiben möchte und es die Gemüter beruhigt – von mir aus oder von uns aus. Das können wir machen. Uns ist es einfach extrem wichtig – und das ist ein Appell an den Gemeinderat –, dass, wenn dieser Bericht kommt, dass dann im Bericht selbst, also am gleichen Tag noch, die Ziffer behandelt wird, ob wir das weiterführen oder nicht; einfach nicht, dass wir den Evaluationsbericht stundenlang diskutieren und dann drei Wochen später auch nochmal drei Wochen lang darüber diskutieren, ob wir das weiterführen oder damit aufhören.

Und dann Antrag 3 SP-JUSO: Auch wieder im Rahmen dieses Evaluationsbericht nach drei Jahren den Verwendungszweck der Aufzeichnungen vorzulegen – auch das finden wir eigentlich nicht notwendig, auch weil es ein bisschen einer Vorverurteilung der Strafverfolgungsbehörden gleichkommt. Und selbstverständlich gibt es immer wieder Machtmissbrauch, aber den gibt es auch bei uns und vermutlich auch in unseren Parteien und überall. Da muss man genau hinschauen. Aber diese ewige Vorverurteilung der Polizei, und das sage ich als ziemlich Linke, finde ich tatsächlich extrem problematisch. Man hat dann auch gesagt: Die werden jeden Pipifax verfolgen. Nein, also auch die Strafverfolgungsbehörden und die Staatsanwaltschaft, die haben schon auch noch ein bisschen mehr zu tun, als einen einfachen Velodiebstahl zu ahnden. Aber ja, wir nehmen den Antrag an, weil wir davon ausgehen: Es wird so rauskommen, wie wir auch denken – die Behörden arbeiten, wie sie sollten. Und dann können wir das hoffentlich abhaken.

Dann, den vierten Antrag GB/JA! verstehen wir inhaltlich nicht, weil es heisst: Ausserhalb und während der bedienten Öffnungszeiten erfolgt eine Echtzeit-Videoüberwachung. Das heisst, die Kameras laufen die ganze Nacht, aber es ist kein Mensch da, der sich die Videos anschaut. Und ich finde, dann kann man einfach Strom sparen und die ausschalten.

Und dann der SP-JUSO-Antrag Nummer 5, diese sieben Tage: Das unterstützen wir auch nicht, denn ich finde, gerade bei Sexualdelikten sollten die Opfer ein bisschen mehr Zeit haben als sieben Tage, um sich zu melden. Und gerade wer Kinder oder Jugendliche hat, weiss auch, wie lange es geht, bis ein Kind zum Beispiel zu Hause erzählt, dass etwas passiert ist. Und daher finde ich, nach sieben Tagen geht einfach nicht. Und gleichzeitig möchten wir ja zum Beispiel gerade bei Sexualdelikten diese Verjährungsfristen möglichst lang gestalten, möglichst ausdehnen. Aber wenn es

darum geht, dass das in einem unterirdischen Raum verfolgt werden kann oder abgeschreckt werden kann, sagen wir: Nach sieben Tagen ist Schluss. Das muss man dann auch öffentlich vertreten können und die Frauen auch darüber informieren, damit sie sich hoppihopp mit der Anzeige beeilen.

Und sonst: Das Geschäft nehmen wir an. Ich glaube, ich habe das Wichtigste gesagt. Wir möchten einfach Hand bieten mit diesen Evaluationsberichten, damit ihr eben auch mehr Sicherheit habt. Ich glaube, es braucht's eigentlich nicht. Aber wir sind extrem froh, dass ihr die anderen Anträge, die das letzte Mal noch gestellt worden sind, zurückgezogen habt, denn das war nicht so konstruktiv.

Präsidentin: Als nächstes Raffael Joggi für die AL/PdA/TIF-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die PdA-AL-TIF-Fraktion ist der Meinung, dass Kameras Begehrlichkeiten wecken. Wir konnten das an den Äusserungen des Gemeinderates sehen, dass, wenn hier schon Kameras stehen, der öffentliche Druck, die öffentliche Wahrnehmung bei einem gewissen Verbrechensgrad zu gross ist, um diese Kameras nicht laufen zu lassen. Wir haben es von Kollege Lutz gehört, dass es für gewisse Menschen unverständlich ist, dass man eine Kamera installiert und in der Nacht nicht laufen lässt und nur sieben Tage Aufzeichnungsspeicherung macht und so weiter.

Das ist unser Problem. Das ist ein Problem. Denn, wenn man eine Kamera mit initial guten Gründen installiert, werden eben Begehrlichkeiten geweckt. Wir haben viel Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis der Mitarbeitenden dort, auch der Menschen, die dort sind, und letztlich auch für gestohlene Fahrräder. Das ist nie toll. Aber da muss tatsächlich abgewogen werden; nicht nur, was der Eingriff in die Privatsphäre ist, sondern auch, wo das hinführt. Haben wir dort eine Kamera, die vielleicht durch diese Anträge heute Abend eingehegt ist, bleibt trotzdem dieser latente Druck, dass man letztlich bei der nächsten Gelegenheit nicht nur weitere Kameras aufstellt, sondern die Aufnahmen dann auch tatsächlich speichert und der Polizei zur Verfügung stellt. Auch dort sind auch Private gefordert. Wenn die Polizei kommt und dieses Material sichten will, braucht es juristische Kenntnisse und Widerstandskraft, um sich dem zu widersetzen.

Daher, wehret den Anfängen. Wir sind tatsächlich konsequenterweise nicht dafür, dass hier Kameras grundsätzlich aufgestellt werden – aus diesen Gründen. Wir würden eigentlich alle Anträge, die hier vorliegen, annehmen. Wir haben sicher Favoriten, solche, die wir wichtiger finden, nämlich dass tatsächlich nicht aufgezeichnet wird. Wir finden auch die Idee charmant, dass man einen lokalen Computer mit einer lokalen Festplatte nimmt und die dort installiert. Was mir hier noch ein bisschen fehlt, ist, dass klargestellt wird, dass dieser Computer nicht am Internet angeschlossen sein kann, so wie das jetzt hier steht. Ja, jede Festplatte ist lokal, also von dem her, egal. Ich glaube, man versteht, was gemeint ist. Der müsste eigentlich dort autark laufen können und das Zeug sollte nicht ins Netz kommen.

Aber jetzt ist durch die Vorrednerin der SP hier doch ein lukratives Angebot gemacht worden, hier taktisch abzustimmen. Also wenn die ersten drei Anträge nicht angenommen werden, wird die SP das Geschäft nicht annehmen. Ich bin jetzt tatsächlich ein bisschen unsicher und rede noch ein bisschen, dass man das vielleicht durchrechnen kann, ob es sich lohnen würde, hier tatsächlich Nein zu stimmen. Wenn wir das machen, dann also wirklich nur aus taktischen Gründen.

Und übrigens: Der Kapitalismus sollte meiner Meinung nach überwunden werden.

Präsidentin: Vielen Dank. Ich finde das Besprechen von Anträgen interfraktionell grundsätzlich sehr begrüssenswert, aber gerne etwas ruhiger, so dass wir die Redner*innen hier vorne gut hören. Als nächstes Fabian Rüfenacht, GLP-EVP-Fraktion.

Fabian Rüfenacht (GLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion begrüsst, dass das Thema Datenschutz ernst genommen wird und Überwachungen öffentlicher Räume nicht leichtfertig angeordnet werden. Ich denke, niemand von uns möchte in einem Überwachungsstaat leben, wo man in der Öffentlichkeit überall gefilmt wird. Die Videoüberwachung der städtischen Velostationen macht aber klar Sinn und wir erachten diese als verhältnismässig. Die Velostationen sollen sicher und attraktiv sein. Gerade bei der stark frequentierten Velostation beim Bahnhof Bern braucht es zum Schutz der Benutzenden sowie zum ordnungsgemässen Betrieb der Anlagen eine Videoüberwachung. Nutzerinnen und Nutzer der Velostationen sollen diese als sicher wahrnehmen und Vertrauen in diese Anlagen haben. Damit wird das Velofahren in der Stadt Bern insgesamt attraktiver, was zumindest mittelbar dem umweltschonenden Veloverkehr und damit dem Klimaschutz dient.

Mit dem angedachten Überwachungskonzept ist insbesondere sichergestellt, dass die Eingriffe in die Privatsphäre der Benutzenden verhältnismässig sind. Gemäss dem Bericht des Gemeinderats wird das geplante System beispielsweise mit einem sogenannten Privacy-Filter versehen, welcher die Gesichter verpixelt und unkenntlich darstellt. Der Privacy-Filter kann nur mit Administratorenrecht aufgehoben werden, und die Sichtung der lediglich lokal gespeicherten Bilder darf nur durch autorisierte Personen erfolgen. Zudem ist geplant, die Videospeicherung nur ausserhalb der bedienten Öffnungszeiten zu aktivieren, womit auch das Personal vor einer Überwachung am Arbeitsplatz geschützt ist. Mit der geplanten Ausgestaltung der Überwachung ist aus unserer Sicht sichergestellt, dass diese gesetzes- und datenschutzkonform erfolgt. Gemäss dem Bericht des Gemeinderats haben das auch die städtische Datenschutzfachstelle sowie die Kantonspolizei bestätigt. Die GLP-EVP-Fraktion wird das Geschäft deshalb unterstützen.

Zu den eingereichten Anträgen haben wir folgende Haltung. Den Antrag der PVS unterstützen wir, da wir den Schutz der Privatsphäre von Mitarbeitenden ebenfalls als wichtig erachten. Die Anträge der GB/JA!-Fraktion sowie der SP-JUSO-Fraktion finden wir jedoch nicht sinnvoll und lehnen wir grundsätzlich ab. Wie erwähnt, macht die Überwachung der Velostationen Sinn, weshalb entgegen dem GB/JA!-Antrag nicht notwendig erscheint, im Stadtrat regelmässig über die Fortführung der Videoüberwachung abzustimmen. Tendenziell lehnen wir deshalb auch den SP-Antrag ab, der den Gemeinderat verpflichten würde, dem Stadtrat Bericht über den Verwendungszweck der Videoaufnahmen zu machen. Diese beiden Anträge sind für uns aber nicht matchentscheidend und wir werden uns diesbezüglich voraussichtlich enthalten, damit das Geschäft durchkommt. Klar nicht sinnvoll ist jedoch der Antrag der GB-JA!-Fraktion, auch ausserhalb der Öffnungszeiten lediglich eine Echtzeitüberwachung erlauben zu wollen. Das bringt nichts, weshalb sich weitere Kommentare zu diesem Antrag erübrigen und wir diesen ablehnen. Ebenfalls nicht zielführend finden wir den Antrag der SP-JUSO-Fraktion hinsichtlich einer Verkürzung der Speicherfrist auf sieben Tage. Diese Frist erachten wir als zu knapp. Es erscheint beispielsweise denkbar, dass ein Delikt erst nach einigen Tagen zur Anzeige gebracht wird oder beispielsweise noch Feiertage zwischen einem Delikt und der Aufnahme von Ermittlungshandlungen liegen könnten. Beispielsweise auch Opfer von Sexualdelikten melden sich nicht immer unmittelbar nach der Tat bei den Strafverfolgungsbehörden. Die vorgeschlagene Speicherung der Videoaufnahmen von maximal 30 Tagen gemäss dem Vorschlag des Gemeinderats erachten

wir als massvoll und eine Verkürzung dieser Frist auf 7 Tage erachten wir aufgrund der genannten Gründe als nicht sinnvoll. Entsprechend werden wir auch diesen Antrag ablehnen. Die Anträge Mathys unterstützen wir.

Abschliessend halte ich noch einmal fest, dass die Überwachung der Velostationen Sinn macht und verhältnismässig ist. Die GLP-EVP-Fraktion bittet euch, diesem Geschäft zuzustimmen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Das waren die Fraktionsvoten. Wir kommen jetzt zu den Einzelvoten. Wir sind jetzt bei den Einzelvoten. Wir haben vorher zwar gehört, dass es eine Unterstützung gibt für die Anträge von Salome Mathys, aber diese wird sie dann später noch gleich im Einzelvotum erklären. Du musst dich schon noch anmelden. Als erstes jetzt aber Alexander Feuz, SVP.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ihr wisst, die SVP ist grundsätzlich gegen die Velostationen. Aber für uns ist auch ganz klar: Die Personen, die dort arbeiten, wollen mehr Schutz. Das ist eine heikle Situation, die haben teilweise Angst. Für mich ist einfach ganz klar, und denkt daran, wenn ihr über die Anträge abstimmt: Wenn es um Leib und Leben geht. In der Reithalle oder was auch immer wollt ihr keine Überwachung. Hier bei den Velos wollt ihr zu Recht eine Überwachung. Denkt einfach daran: Es ist nicht präjudizierend. Das ist mir auch klar. Aber den Leuten, die Angst haben, dort zu arbeiten, denen will man einen Schutz geben, zu Recht. Aber denkt daran: Auch in der Stadt haben wir gefährliche Areale, wir haben gefährliche Plätze, wir haben No-Go-Areas. Das ist beispielsweise nicht nur die Reithalle, das ist auch der Bereich Bahnhof. Dort haben die Leute Angst. Auch dort braucht man eine Überwachung und braucht eine Sicherung. Wir haben dort Delikte gegen Leib und Leben. Hier haben die Leute zu Recht auch Angst. Denkt einfach daran. Wenn ihr das hier verhindern wollt, dann habt ihr die Stadt zu einer Unsicherheitsstadt gemacht. Darum ist die SVP für Sicherheit. Die Kosten und das Zeug kann man getrennt anschauen und geteilter Meinung dazu sein. Aber hier geht es um die Sicherheit. Und ich bin der Meinung, es ist ein erster Schritt, dass wir hier das Nötige veranlassen. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Emanuel Amrein von der SP.

Emanuel Amrein (SP), Einzelvotum: Ich halte das Votum für meine Kollegin Bernadette Häfliger. Wir haben eingangs gehört, sie kann heute nicht dabei sein, was sie sicher sehr ärgert, denn viele von euch wissen, dass Bernadette sich in den letzten Jahren sehr stark für den Schutz der Grundrechte eingesetzt hat, für Grundrechte eingesetzt hat und in dem Sinne gegen Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Und um das geht es hier heute. Ich versuche entsprechend das Geschäft mit der gleichen Bestimmtheit und dem gleichen Engagement zu halten. Es wird mir nicht gelingen, aber ich versuche es zumindest. Noch vorweg. Ich bin gegen die Videoüberwachung, ich bin gegen den Vorschlag des Gemeinderates und werde dem Antrag des GB, dem Antrag 4, zustimmen und gegen die Mehrheit meiner Fraktion in dieser Angelegenheit stimmen. Nun das Votum: Die Diskussion bei Überwachungen im öffentlichen Raum erkennt immer wieder, um was es eigentlich geht. Es geht nicht um Verbrechensbekämpfung und es geht auch nicht um Strafverfolgung. Dazu gibt es effizientere Mittel. Wir sprechen heute in erster Linie über einen Grundrechtseingriff, weshalb neben dem öffentlichen Interesse auch die Verhältnismässigkeit gegeben sein muss.

Die Präsidentin bittet um Ruhe im Saal.

Das Urteil, wann diese Voraussetzungen gegeben sind, muss auf einer juristischen Einschätzung basieren, da der Rahmen für Grundrechtseingriffe in der Verfassung gesetzt ist. Hier stellt sich tatsächlich die Frage, ob es gerechtfertigt wäre, Grundrechte einzuschränken, um ein Verbrechen zu verhindern. Diese Frage würden wahrscheinlich die meisten von uns mit Ja beantworten, weil daran ein öffentliches Interesse besteht. Aber können dann eigentlich mit einer Videoüberwachung Delikte überhaupt verhindert werden? Die Behauptung, das Abschalten der Videokameras in den Velostationen würde zu mehr Delikten führen, ist anekdotisch, also umgekehrt auch, das Einschalten der Videokameras würde zu weniger Delikten führen. Im Bericht des Gemeinderates sind denn auch keine Vorher/Nachher-Zahlen ausgewiesen. Die diesbezügliche Argumentation ist äusserst widersprüchlich. Ansonsten müsste man davon ausgehen, dass Velodiebe in Bern deutlich schlauer sind als Velofahrende. Erstere scheinen sofort zu realisieren, dass die nach wie vor installierten Kameras abgeschaltet sind, währenddem Velofahrende offensichtlich davon ausgehen, ihre Velos seien mit abgeschalteten Kameras in Velostationen besser geschützt als anderswo.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass Kameraüberwachungen keine präventive Wirkung zeigen. Es kann im Gegenteil dazu führen, dass wirkungsvolle Präventionsinstrumente vernachlässigt werden. Eine Studie der Berliner U-Bahnen, also in einer mit den Velostationen sehr vergleichbaren Situation, zeigt, dass die dort durchgeführten Videoüberwachungen gar nichts gebracht haben. Es konnten weder Verbrechen noch Vergehen verhindert werden.

Eine andere Studie beschäftigt sich mit London, einer der meistüberwachten Städte der Welt. Das Fazit auch hier: Die Verbrechensrate sinkt trotz oder sogar wegen den vielen Kameras nicht. Somit kann ausgeschlossen werden, dass ein rechtlich geschütztes öffentliches Interesse an der Videoüberwachung besteht. Rein juristisch wäre damit die Frage geklärt und könnte die Diskussion hier beendet werden.

Es geht bei der Überwachung mit Aufzeichnung in der Nacht auch nicht um den Schutz der Angestellten in dieser Velostation. Tatsächlich sind diese Mitarbeitenden ja eben während besagter Überwachung gar nicht anwesend. Sie können also auch nicht geschützt werden. Wir sprechen hier und heute also über ein Gefühl und müssen uns die Frage stellen, ob uns dieses Gefühl wert ist, den Grundrechtsschutz dafür zur Disposition zu stellen. Das Argument des un guten Gefühls rechtfertigt nun aber ganz sicher keinen Grundrechtseingriff, da damit das Prinzip der Verhältnismässigkeit im juristischen Sinn nicht erfüllt ist.

Und damit diskutieren wir dann eine politische Frage und eine Frage der Haltung. Mir erscheint es nicht opportun, für ein Gefühl der Sicherheit eine Einschränkung der persönlichen Freiheit in Kauf zu nehmen, ohne damit wirklich Sicherheit zu schaffen. Die persönliche Freiheit als Möglichkeit der vernunftgeleiteten Selbstbestimmung will ich auch in einer digitalisierten Welt erhalten. Dieses Parlament fällt heute den Grundsatzentscheid, ob zukünftig der öffentliche Raum in der Stadt Bern videoüberwacht wird oder eben nicht. Ich würde es tatsächlich gar nicht nachvollziehen können, wenn ein linkes Parlament diesen Entscheid zu Ungunsten der Grundrechte, zu Ungunsten der persönlichen Freiheit fällen würde. Es ist für mich keine Option, dass wir im Zeitalter der hier unbeschränkten Überwachungsmöglichkeiten nach jahrelanger Diskussion den Grundrechtsschutz aufgeben, nur weil es sich beim ersten Entscheid, den der Stadtrat in dieser Frage zu fällen hat, um eine öffentliche Velostation und nicht um die Schützenmatte oder den Bahnhofplatz handelt.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Emanuel. Ich muss sagen, es ist extrem spannend zu sehen, wie lebendig der Stadtrat auch aussehen kann. Nichtsdestotrotz. Wirklich, ich

finde es sehr, sehr wertvoll, dass ihr Diskussionen führt. Aber ihr könnt sie mega gut einfach auch draussen führen. Wir werden noch ein bisschen länger sprechen, das heisst, ihr habt noch Zeit vor der Abstimmung. Darum geht doch gerne rasch nach draussen. Als nächstes Salome Mathys, GLP.

Salome Mathys (GLP), Einzelvotum: Ich habe entschieden, als GPK-Mitglied, nicht als GPK, Gegenanträge zu 1, 2 und 3 zu stellen, und zwar eigentlich mit der genau gleichen Formulierung, ausser dass es heisst, dass der Gemeinderat zudem beauftragt wird, der Geschäftsprüfungskommission im Rahmen des Evaluationsberichts explizit Bericht zu erstatten, also dort wird Bericht erstattet, und das bei allen drei Anträgen. Das heisst, dass es nicht im Stadtrat diskutiert wird, sondern vorgängig in der GPK.

Begründung: Die GPK ist als Aufsichtsorgan der Verwaltung tätig und zugleich Anstellungsbehörde der Datenschutzbeauftragten. Vor diesem Hintergrund erscheint es sachgerecht, den Evaluationsbericht in diesem Rahmen zu behandeln. Die GPK bietet die geeignete Plattform für einen vertieften fachlichen Austausch sowie eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen der Videoüberwachung, insbesondere auch im Hinblick auf den Schutz der Privatsphäre der Mitarbeitenden. Im Unterschied dazu ist die Diskussion im Stadtrat häufig durch medientaugliche Statements geprägt, wodurch ein offener und dialogorientierter Diskurs nur eingeschränkt möglich ist. Eine Berichterstattung in der GPK würde daher wesentlich zu einer fundierten Meinungsbildung und Entscheidungsgrundlage beitragen. Auch da sind die Fraktionen wie im Stadtrat angemessen vertreten. Und ich denke, das würde sehr viel helfen, um eine sachliche Diskussion darüber zu führen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Lukas Schnyder, SP.

Lukas Schnyder (SP), Einzelvotum: Eines vorneweg: Wenn die FDP auch vom Klima spricht, dann muss man eigentlich stutzig werden. Aber ich muss trotzdem festhalten: Kameras im öffentlichen Raum sind kritisch zu sehen. Es ist ein Abwägen zwischen Datenschutz, Privatsphäre und öffentlichem Interesse. Hier in diesem Fall dürfen wir aber das grosse Ganze nicht vergessen, nämlich: Es geht um nichts weniger als die Verkehrswende. Wir wollen, dass die Leute mit dem Velo zum Bahnhof kommen. Wir schaffen Parkplätze ab, was dazu führt, dass die Leute sich sagen: Okay, dann nehme ich das Velo und gehe dann mit dem ÖV weiter. Wir sind Velo-Hauptstadt. Und um euch zu verbildlichen, was passieren kann, möchte ich, ich habe das auch schon gemacht, einen kleinen Kommentar aus der Berner Zeitung vorlesen. Ich weiss, er ist nicht repräsentativ. Trotzdem. Er hat einige Likes gekriegt. Da spricht ein Nutzer – es geht um die Berichterstattung nicht jetzt in der Zeitung, sondern schon früher: "In meinem Fall geht es darum, ob ich wieder mit dem Velo zur Arbeit komme oder ob ich das Auto nehme. Mein Velo wurde schon zweimal gestohlen." Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau darum geht es, ob man einfach das Velo zu Hause lässt und wieder mit dem Auto kommt. Und ich glaube, das will eigentlich niemand hier. Wir möchten, dass die Leute von Zollikofen, Hinterkappelen und aus der ganzen Stadt Bern mit dem Velo zum Bahnhof kommen, bewusst auf ein Auto verzichten. Vielleicht gibt man heutzutage für ein E-Bike sogar 5'000 bis 6'000 Franken aus. Es kann sogar noch mehr sein. Ich kenne eure Budgets nicht. Ich könnte nicht zweimal so ein Velo kaufen. Dazu kann man sagen: Du es vielleicht versichert. Aber auch da hat man Selbstbehalt. Das macht man vielleicht zweimal und dann macht man es einfach nicht mehr. Stellen Sie sich mal vor, Sie müssen sagen: Sorry, die Aufzeichnung ... Das sind Kameras, aber das ist nur Deko. Damit haben wir nichts gefilmt. Das ist absurd und das möchte ich niemandem

erklären müssen. Ich erinnere auch gerne daran: Vor nicht so langer Zeit haben wir einen Kredit für die Welle 7 gesprochen. Wir haben gesagt, es braucht sichere, wettergeschützte Veloplätze im Innern. Ich glaube, da müssen wir jetzt auch Taten folgen lassen. Und zur Erinnerung: Autos werden übrigens – ich weiss, das hat nicht der Stadtrat mitbestimmt – aber Autos werden in der Stadt Bern überall mit Kameras bewacht. Und dann noch die Mitarbeiter – ihr habt es gehört: Es sind Mitarbeiter, die in einem Arbeitsintegrationsprojekt arbeiten. Das sind nicht Leute auf dem ersten Arbeitsmarkt, und die kriegen dann am nächsten Morgen alles ab, müssen erklären, dass Kameras da sind, diese aber nicht aufgezeichnet haben. Ich denke, es ist vermessen, dass wir das hier entscheiden und dass Mitarbeitende diese Konsequenzen austragen müssen. Es ist kein Präzedenzfall. Es ist ein halböffentlicher Raum und der Stadtrat behält das An- und Abschalten der Kameras fest in der Hand. In diesem Sinne bitte ich Sie, dieses Geschäft anzunehmen und die Anträge für nur Echtzeitübertragung abzulehnen – für eine Politik, die Lösungen zeigt und der Verkehrswende hilft. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank für den langsamen Abgang. *(Gelächter)* Als nächstes Nadine Aebischer, SP.

Nadine Aebischer (SP), Einzelvotum: Ich spreche heute für mich persönlich und nicht für die Fraktion. Ich verstehe das Anliegen des Gemeinderates und auch meiner Fraktion, die Sicherheit in den Velostationen zu verbessern. Insbesondere der Schutz der Mitarbeitenden ist ein wichtiges und berechtigtes Anliegen, das ich sehr ernst nehme. An dieser Stelle möchte ich dem Gemeinderat ausdrücklich dafür danken, dass bereits verschiedene Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in den Velostationen ergriffen wurden. Für mich stellt sich aber die zentrale Frage: Worum geht es bei dieser Videoüberwachung eigentlich und mit welchen Mitteln wollen wir dieses Ziel erreichen? Eine Echtzeitüberwachung ist nicht meine bevorzugte Lösung. Ich kann aber nachvollziehen, dass sie im Hinblick auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Mitarbeitenden eine gewisse Rolle spielen kann.

Wenn wir jedoch genauer hinschauen, dann geht es bei der Videoaufzeichnung, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden, nicht in erster Linie um den Schutz der Mitarbeitenden. Gerade zu diesen Zeiten sind sie gar nicht vor Ort. Es geht auch nur begrenzt um die Sicherheit der Nutzer*innen. Im Kern geht es darum, Velodiebstähle zu verhindern, also um den Schutz von Eigentum. Und genau damit habe ich Mühe: Daten von allen Menschen zu sammeln, die einen öffentlichen zugänglichen Raum nutzen, um Eigentum zu schützen. Das erscheint mir sehr fragwürdig. Wir sprechen hier nicht von Eingriffen in die körperliche Integrität, sondern von Diebstahl. Das ist ernst zu nehmen, aber es rechtfertigt aus meiner Sicht keine systematische Aufzeichnung. Wir beginnen hier Daten von allen zu sammeln, nicht zum Schutz von Menschen, sondern zum Schutz von Eigentum. Hinzu kommt, dass wir uns hier im öffentlichen Recht bewegen. Es handelt sich um einen Raum im Eigentum der Stadt, der grundsätzlich allen zugänglich ist. Entsprechend gelten höhere Anforderungen an staatliche Eingriffe. Der Staat muss besonders sorgfältig prüfen, ob eine Massnahme wirklich notwendig und verhältnismässig ist. Und wenn wir die Verhältnismässigkeit prüfen, also, ob eine Massnahme geeignet, erforderlich und zumutbar ist, dann habe ich grosse Zweifel.

Ist die Massnahme geeignet? In einem gewissen Sinne ja. Sie kann helfen, im Nachhinein Taten aufzuklären. Aber sie ist nur sehr begrenzt geeignet, um Diebstähle tatsächlich zu verhindern. Studien zeigen, dass Videoüberwachung in öffentlichen oder halböffentlichen Räumen nur sehr begrenzt Wirkung hat. Gerade bei opportunistischen

Delikten passen sich Täter*innen an, handeln schnell oder weichen auf andere Orte aus.

Ist sie erforderlich? Aus meiner Sicht nein. Es gibt mildere Mittel, die dieselben Zwecke verfolgen, etwa Zugangssysteme, mehr Präsenz oder eine bessere Gestaltung der Räume, ohne dass dabei Daten von allen Personen gesammelt werden.

Und ist sie zumutbar? Hier sehe ich das grösste Problem. Der Eingriff ist erheblich. Es werden Daten von allen gespeichert, unabhängig davon, ob sie etwas falsch gemacht haben oder nicht. Demgegenüber steht ein Nutzen, der unklar und umstritten ist. Ein vernünftiges Verhältnis zwischen Ziel und Eingriff ist für mich nicht gegeben. Deshalb ist die Massnahme aus meiner Sicht nicht verhältnismässig. Wenn der Nutzen unklar ist, rechtfertigt das keinen so weitgehenden Eingriff in die Privatsphäre aller.

Der Gemeinderat sagt selbst, dass die Sicherheit auf einem ganzen Paket von Massnahmen beruht – Personalpräsenz, Zugangssysteme, Gestaltung der Räume. Die Videoüberwachung ist nur ein Element davon. Wenn wir die Aufzeichnung streichen, stellen wir dieses Konzept nicht grundsätzlich in Frage. Wir passen lediglich einen kleinen Teil einer einzelnen Massnahme an. Ich bin überzeugt, Sicherheit, auch das Sicherheitsgefühl, entsteht nicht primär durch Überwachung. Sie entsteht durch Präsenz, durch gute Gestaltung von Räumen und durch soziale Lösungen. Gerade dort sollten wir ansetzen.

Wir müssen auch die sozialen Auswirkungen im Blick behalten. Videoaufzeichnung kann dazu führen, dass sich Menschen beobachtet oder unter Generalverdacht gestellt fühlen. Gerade in öffentlich zugänglichen Räumen besteht die Gefahr der Stigmatisierung und des Ausschlusses. Genau solche Dynamiken sollten wir nicht fördern, sondern bewusst verhindern. Und schliesslich bleibt für mich die grundsätzliche Frage: Wollen wir wirklich beginnen, Daten von allen zusammen, obwohl der Nutzen unklar ist? Das kann schnell zu einem Türöffner für weitere Überwachungsmassnahmen werden. Ich bin nicht gegen Sicherheit, aber ich bin für eine verhältnismässige und wirksame Lösung.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Tanja Miljanović, GFL.

Tanja Miljanović (GFL), Einzelvotum: Zu den Anträgen der GLP hinsichtlich der GPK: Wir begrüssen es, wenn die GPK auch involviert würde, weil es auch um die Videoüberwachung geht und nicht einfach nur um die Installation und die Nutzung des öffentlichen Raums. Aber: So wie die Anträge jetzt gestellt sind, funktioniert es nicht ganz, denn einerseits würde dann nur die GPK befragt oder vorberaten, aber nicht mehr die Sachkommission. Und das gehört schon auch noch in die PVS. Und auch der Antrag 2 funktioniert nicht ganz. Man kann den Stadtrat nicht umgehen, weil der Entscheid über eine Weiterführung allein beim Stadtrat liegt. Aber deswegen würde ich einen Kompromiss anbieten. Ich stelle jetzt einen Antrag und der lautet. Eigentlich ist es so, dass, wenn man eine zweite Kommission als vorberatende Kommission haben möchte, man das einfach bei der Traktandierung berücksichtigen kann. Aber wenn es so ein heikles Thema ist, das so viele Gemüter bewegt, können wir es auch hier festhalten. Und deswegen stelle ich den Antrag, dass die vorberatenden Kommissionen zu diesem Geschäft die PVS und die GPK sind. Das heisst, wenn dieser Evaluationsbericht kommt, wird er sowohl in der PVS wie auch in der GPK beraten. Also das ist mein Antrag.

Und dann: Die zweite Sache ist der GB-Antrag Nummer 2. – Es ist ein bisschen zu laut. Könnt ihr bitte draussen diskutieren? Es ist mega schwierig, sich zu konzentrieren und ich bin total durcheinander. Danke. – Also der zweite Antrag ist dieser GB-Antrag, der

fordert, dass, wenn dieser Evaluationsbericht kommt, der Gemeinderat auch einen Antrag zur Weiterführung oder Aufhebung der Wiederüberwachung vorlegen soll. Und das geht so nicht, denn diese Verfügung, über die wir heute bestimmen, die ist ohne Ablaufdatum. Das ist eine allgemeingültige, fristlose Verfügung. Das heisst, wenn wir das so überweisen, diesen Antrag 2, kann der Gemeinderat diesen Antrag trotzdem stellen oder auch nicht. Wenn man sicher sein möchte, dass nach drei Jahren, wenn dieser Evaluationsbericht kommt, noch einmal darüber befunden wird, ob wir weiterführen oder nicht, müsste man jetzt einen neuen Antrag stellen, der die Befristung dieser Verfügung verlangt. Und sonst kann der Gemeinderat machen, wie er will. Aber ein Evaluationsbericht wird nur zur Kenntnisnahme vorgelegt und man kann keine Anträge dazu stellen.

Also der Antrag ist: GPK und PVS. Und den anderen Antrag kann sonst die GB-JA!-Fraktion stellen, falls erwünscht. Und falls GB-JA! den Antrag zur Befristung nicht stellt, werden wir diesen trotzdem annehmen, obwohl er vom Gemeinderat umgangen werden kann. Aber das müsst ihr selbst wissen.

Präsidentin: Ich hoffe, ihr habt alle sehr gut aufgepasst bei all diesen wichtigen Voten und Spontananträgen, über die wir jetzt dann abstimmen werden. Nehmt doch gerne noch Platz, bevor wir nachher zur Abstimmung kommen. Es gibt noch einen Ordnungsantrag von Ursula Stöckli, FDP.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Wir stellen den Antrag, dass wir über die Anträge 4 und 5 zuerst abstimmen und dann erst über die Anträge 1, 2 und 3.

Präsidentin: Wir stimmen also über diesen Ordnungsantrag ab, dass wir erst über die Anträge 4 und 5 abstimmen, bevor wir dann mit den Anträgen 1, 2 und 3 fortfahren. Wir stimmen jetzt darüber ab.

Ordnungsantrag

Ursula Stöckli, FDP

Es soll zuerst über die Anträge 4 und 5 abgestimmt werden und erst dann über die Anträge 1, 2 und 3.

Abstimmung Nr. 009

2023.TVS.000034: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	45
Nein	20
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt dem Ordnungsantrag zugestimmt. Als nächstes übergebe ich jetzt dem Gemeinderat das Wort, bevor wir dann zur Abstimmung kommen.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadträt*innen, liebe Stadtpräsidentin, ich danke Ihnen für die spannende Debatte. Ich habe sie so erwartet, denn ich habe in meiner Fraktion schon zweimal diese Debatte geführt, und wie Sie gehört haben, gibt es in meiner Partei verschiedene Meinungen

zum Thema. Da ob der angeregten Diskussion möglicherweise etwas die Übersicht verloren gegangen ist, erlaube ich mir noch einmal kurz die Ausgangslage zusammenzufassen.

Anfang des Jahres 2023 hat der Gemeinderat entschieden, die Videoüberwachung in den Velostationen auszusetzen und ein ordentliches Bewilligungsverfahren gemäss städtischem Videoreglement anzugehen. Die Kameras in den Velostationen wurden zum Teil vor dem Inkrafttreten des Videoüberwachungsreglements im Jahre 2015 installiert. Ob und wo eine Kamera eingesetzt wird und ob die Bilder aufgezeichnet werden, entscheidet der Stadtrat auf Antrag des Gemeinderates. So steht es in Artikel 2 Absatz 1 des Videoüberwachungsgesetzes.

Während der Abklärungen der Verkehrsplanung bei der Datenschutzbeauftragten, der Kantonspolizei, bei juristischen Fachpersonen und dem Kompetenzzentrum für Arbeit, bei Immobilien Stadt Bern und bei städtischen IT-Fachpersonen hat uns der bereits erwähnte Brief des Velostationsteams der städtischen Arbeitsintegration erreicht. Seit der Abschaltung der Videoüberwachung hätten sich die Anzahl der Diebstähle, der Vandalenakte und der massiven Verunreinigungen vervielfacht, so heisst es. Beigelegt ist eine rudimentäre Statistik, welche diese Zunahme seit der Abschaltung belegt. Kot, Blut, Erbrochenes, Prostitution und Drogenhandel werden im Brief erwähnt. Auch eine Pistole sei gefunden worden. Man fühle sich von der Verwaltung und der Politik im Stich gelassen und fordert die Wiederaufnahme einer Rund-um-die-Uhr-Videoüberwachung. Der Gemeinderat hat diesen Hilferuf zum Anlass genommen, mit Sofortmassnahmen die Situation schon vor dem nun vorliegenden Antrag zu verbessern. So werden heute am frühen Morgen durch alle Velostationen Security- und Putzteams geschickt, so dass die Mitarbeitenden bei Arbeitsbeginn einen einigermaßen anständigen Arbeitsplatz antreffen. Nach all den Abklärungen, welche unter dem Lead meiner Direktion getätigt wurden, beantragen wir Ihnen heute, die Kameras wieder einzuschalten und die dafür erforderliche Bewilligung zu erteilen, und zwar so, dass während der Arbeitszeiten nicht aufgezeichnet wird und nach Arbeitsschluss eine verpixelte Aufzeichnung stattfindet, welche nur auf Verfügung der Strafverfolgungsbehörde oder der Polizei angeschaut werden darf. Nach drei Jahren wollen wir ein Fazit ziehen und entscheiden, wie es weitergehen soll.

Und somit komme ich zu den Anträgen. In diese Evaluation, die ich schon erwähnt habe, nach drei Jahren, nehmen wir gerne auch das Thema Schutz der Privatsphäre der Mitarbeitenden auf, erarbeiten eine ausführliche Statistik zu Anzahl und Verwendungszweck der Videoauswertung und erarbeiten im Sinne einer Empfehlung, so habe ich das verstanden, an den Stadtrat einen Antrag zum weiteren Vorgehen bei der Videoaufzeichnung. Mit anderen Worten: Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, die Anträge 1, 2 und 3 anzunehmen. Den Antrag 4 hingegen, ich bleibe dabei, lehnen wir ab. Bei einem schweren Gewaltdelikt wie zum Beispiel Mord, schwerer Körperverletzung, Vergewaltigung in der Nacht würde wohl kaum verstanden, dass die Stadt zwar Kameras am Laufen hat, aber die Bilder nicht aufgezeichnet werden. Diese Problematik besteht in abgeänderter Form gemäss Informationen des Velostationsteams schon heute. Viele Leute würden sehr ungläubig und unwirsch reagieren, wenn sie bei einem Velodiebstahl erfahren würden, dass die vorhandenen Kameras abgestellt seien. Diesem Unmut mehrmals pro Woche zu begegnen, sei nicht Aufgabe des Velostationsteams, so heisst es. Ich empfehle Ihnen deshalb auch persönlich, den Antrag 4 abzulehnen. Es ist mir am Schluss ein Anliegen, noch einmal klar festzuhalten, dass sich der Gemeinderat der heiklen Situation einer Videoüberwachung bewusst ist, die Anwendung der Videokameras in den Velostationen eng begleitet wird, und hier und heute klar betont, dass er die

Wiederinbetriebnahme der Videokameras in den Velostationen nicht zum Anlass nehmen wird, nun in vielen anderen Bereichen auch Videokameras einzusetzen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Nehmt doch gerne die Antragsliste zur Hand. Der Ordnungsantrag ist durchgekommen. Das heisst, wir fangen an mit dem Antrag Nummer 4, Änderung der Allgemeinverfügung, Ziffer 2. Wir werden hier eine Gegenüberstellung machen, und zwar den Antrag Gemeinderat dem Antrag GB-JA! gegenüberstellen. Wer dem Antrag des Gemeinderats zustimmen möchte, drückt Grün, wer dem Antrag GB-JA! zustimmen möchte, drückt Rot.

Antrag 4

GB/JA

Änderung der Allgemeinverfügung, Ziffer 2:

Die Überwachungskameras erfassen verschiedene Bereiche der Velostationen und werden zwecks Prävention und Ahndung von schweren Straftaten täglich betrieben. Ausserhalb **und während** der bedienten Öffnungszeiten erfolgt eine Echtzeitvideoüberwachung **inklusive ohne** Aufzeichnung **und Speicherung. Bei laufender Aufzeichnung ist ein Privacyfilter eingestellt. Während der bedienten Öffnungszeiten erfolgt eine Echtzeitüberwachung ohne Aufzeichnung.**

Abstimmung Nr. 010

2023.TVS.000034: Antrag GR vs. Antrag 4

Antrag GR obsiegt

Ja	42
Nein	25
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderats obsiegt. Nun stimmen wir über den obsiegenden Antrag des Gemeinderats ab. Ihr könnt jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 011

2023.TVS.000034: Antrag GR

Annahme

Ja	44
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats zugestimmt. Als nächstes kommen wir zum Antrag 5 SP-JUSO, über den wir abstimmen. Ihr könnt jetzt darüber abstimmen.

Antrag 5

SP/JUSO

Ergänzung der Allgemeinverfügung:

Die Videodaten werden lokal auf der Festplatte des Standalone Computers maximal 7 Tage gespeichert und danach automatisch und definitiv gelöscht.

Abstimmung Nr. 012

2023.TVS.000034: Antrag 5

Ablehnung

Ja	18
Nein	48
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag der SP-JUSO abgelehnt. Nun gehen wir wieder zum Beginn der Antragsliste, und zwar 1, 2 und 3. Wir fangen bei 1 an. Ihr habt es gehört; Hier gibt es neue ad hoc-Anträge – der eine Antrag von Salome, dass das Geschäft erst noch in der GPK behandelt wird, der zweite Antrag von Tanja, dass das Geschäft in der PVS und in der GPK behandelt wird. Wir werden erst diese zwei Anträge gegeneinander ausmehren, bevor wir dann diesen obsiegenden Antrag dem Antrag der PVS gegenüberstellen und nachher gegenüber GB-JA! und SP-JUSO ausmehren werden. Gut, also wir fangen damit an, indem wir den Antrag Salome Mathys, das Geschäft in die GPK zu bringen, dem Antrag Tanja, PVS und GPK, gegenüberstellen. Ihr könnt für Salome Mathys gerne Grün drücken, für Tanja gerne Rot.

Antrag 1a

Salome Mathys

Ergänzung des Gemeinderatsantrags:

Der Gemeinderat wird zudem beauftragt, ~~dem Stadtrat~~ der Geschäftsprüfungskommission im Rahmen des Evaluationsberichtes explizit auch zum Schutz der Privatsphäre der Mitarbeiter*innen Bericht zu erstatten.

Antrag 1b

Tanja Miljanović

Ergänzung des Gemeinderatsantrags:

Der Gemeinderat wird zudem beauftragt, ~~dem Stadtrat~~ der GPK und der PVS im Rahmen des Evaluationsberichtes explizit auch zum Schutz der Privatsphäre der Mitarbeiter*innen Bericht zu erstatten.

Abstimmung Nr. 013

2023.TVS.000034: Antrag 1a vs. Antrag 1b

Antrag 1a obsiegt

Ja	36
Nein	26
Enthalten	4

Präsidentin: Der Antrag Salome Mathys, das Geschäft nochmals in die GPK zu bringen, obsiegt. Jetzt werden wir den Antrag Salome Mathys dem PVS-Antrag gegenüberstellen. Wer dem Antrag der PVS zustimmen möchte, stimmt gerne Grün, wer dem Antrag Salome Mathys zustimmen möchte, gerne Rot.

Antrag 1

PVS

Ergänzung des Gemeinderatsantrags:

Der Gemeinderat wird zudem beauftragt, dem Stadtrat im Rahmen des Evaluationsberichtes explizit auch zum Schutz der Privatsphäre der Mitarbeiter*innen Bericht zu erstatten.

Abstimmung Nr. 014

2023.TVS.000034: Antrag 1 vs. Antrag 1a

Antrag 1 obsiegt

Ja	41
Nein	25
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag der PVS zugestimmt. Jetzt machen wir das gleiche Spiel nochmals bei Antrag 2. Wer dem Antrag Salome Mathys zustimmen möchte, stimmt gerne Grün, wer dem Antrag Tanja zustimmen möchte, stimmt gerne Rot.

Antrag 2a

Salome Mathys

Ergänzung des Gemeinderatsantrags:

Der Gemeinderat wird beauftragt, ~~dem Stadtrat~~ der Geschäftsprüfungskommission im Rahmen des Evaluationsberichts nach Artikel 3 des städtischen Videoreglements einen Antrag zur Weiterführung oder Aufhebung der Videoüberwachung und Videoaufzeichnung in den Velostationen zu unterbreiten.

Über die Weiterführung oder Entfernung der Videoüberwachungsgeräte entscheidet der Stadtrat.

Antrag 2b

Tanja Miljanović

Ergänzung des Gemeinderatsantrags:

Der Gemeinderat wird beauftragt, ~~dem Stadtrat~~ der GPK und der PVS im Rahmen des Evaluationsberichts nach Artikel 3 des städtischen Videoreglements einen Antrag zur Weiterführung oder Aufhebung der Videoüberwachung und Videoaufzeichnung in den Velostationen zu unterbreiten.

Über die Weiterführung oder Entfernung der Videoüberwachungsgeräte entscheidet der Stadtrat.

Abstimmung Nr. 015

2023.TVS.000034: Antrag 2a vs. Antrag 2b

Antrag 2b obsiegt

Ja	28
Nein	34
Enthalten	5

Präsidentin: Der Antrag Tanja für das Bringen des Geschäfts in die PVS und GPK obsiegt. Wir werden nun den obsiegenden Antrag Tanja dem Antrag GB-JA! gegenüberstellen. Wer nun dem Antrag GB-JA! zustimmen möchte, drückt gerne Grün, wer dem Antrag Tanja zustimmen möchte, drückt gerne Rot.

Antrag 2

GB/JA!

Ergänzung des Gemeinderatsantrags:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat im Rahmen des Evaluationsberichts nach Artikel 3 des städtischen Videoreglements einen Antrag zur Weiterführung oder Aufhebung der Videoüberwachung und Videoaufzeichnung in den Velostationen zu unterbreiten.

Über die Weiterführung oder Entfernung der Videoüberwachungsgeräte entscheidet der Stadtrat.

Abstimmung Nr. 016

2023.TVS.000034: Antrag 2 vs. Antrag 2b

Antrag 2 obsiegt

Ja	43
Nein	22
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag 2 GB-JA! obsiegt. Wir stimmen jetzt über den obsiegenden Antrag GB-JA! ab.

Abstimmung Nr. 017

2023.TVS.000034: Antrag 2

Annahme

Ja	50
Nein	17
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag GB-JA! zugestimmt. Wir kommen nun zum letzten Antrag und mehrten hier nochmals die Anträge Salome Mathys und Tanja Miljanović gegeneinander aus. Wer dem Antrag Salome zustimmen möchte, gerne Grün, wer dem Antrag Tanja zustimmen möchte, gerne Rot.

Antrag 3a

Salome Mathys

Ergänzung des Gemeinderatsantrags:

Der Gemeinderat legt dem Stadtrat der Geschäftsprüfungskommission im Rahmen des Evaluationsberichts nach drei Jahren Angaben zu Anzahl und Verwendungszweck der Auswertung der Bild-Aufzeichnungen vor und zeigt auf, ob sie an Polizei oder andere Strafverfolgungsbehörden weitergegeben wurden.

Antrag 3b

Tanja Miljanović

Ergänzung des Gemeinderatsantrags:

Der Gemeinderat legt dem Stadtrat der GPK und der PVS im Rahmen des Evaluationsberichts nach drei Jahren Angaben zu Anzahl und Verwendungszweck der Auswertung der Bild-Aufzeichnungen vor und zeigt auf, ob sie an Polizei oder andere Strafverfolgungsbehörden weitergegeben wurden.

Abstimmung Nr. 018

2023.TVS.000034: Antrag 3a vs. Antrag 3b

Antrag 3b obsiegt

Ja	22
Nein	42
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag von Tanja Miljanović zugestimmt. Wir werden nun den Antrag SP-JUSO dem obsiegenden Antrag Tanja Miljanović gegenüberstellen. Wer dem SP-JUSO-Antrag zustimmen möchte, drückt gerne Grün, wer dem Antrag Tanja Miljanović zustimmen möchte, drückt gerne Rot.

Antrag 3

SP/JUSO

Ergänzung des Gemeinderatsantrags:

Der Gemeinderat legt dem Stadtrat im Rahmen des Evaluationsberichts nach drei Jahren Angaben zu Anzahl und Verwendungszweck der Auswertung der Bild-Aufzeichnungen vor und zeigt auf, ob sie an Polizei oder andere Strafverfolgungsbehörden weitergegeben wurden.

Abstimmung Nr. 019

2023.TVS.000034: Antrag 3 vs. Antrag 3b

Antrag 3 obsiegt

Ja	52
Nein	12
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag 3 SP-JUSO obsiegt. Wir stimmen jetzt noch über den obsiegenden Antrag SP-JUSO ab. Wer dem Antrag SP-JUSO zustimmen möchte, drückt gerne jetzt Grün.

Abstimmung Nr. 020

2023.TVS.000034: Antrag 3

Annahme

Ja	35
Nein	31
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag SP-JUSO zugestimmt.

Das war die Antragsliste. Wir kommen nun zu der Schlussabstimmung. Wollt ihr die Allgemeinverfügung zur Videoüberwachung in der so bereinigten Form beschliessen und dem Antrag des Gemeinderats in der so bereinigten Form zustimmen, dann könnt ihr jetzt mit Grün Ja stimmen, mit Rot Nein stimmen oder euch enthalten.

Abstimmung Nr. 021

2023.TVS.000034

Annahme

Ja	44
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag des Gemeinderats und die Allgemeinverfügung angenommen. Wir kommen jetzt theoretisch zu Traktandum 11. Nun ist es aber so, dass die Kommissionssprecherin Irina Straubhaar leider gesundheitsbedingt heute nicht anwesend ist, weshalb wir dieses Traktandum verschieben müssen. Das heisst, wir springen direkt zum Traktandum 12.

Das Traktandum 11 wird auf eine spätere Sitzung verschoben.

2006.SR.000152

12 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP (Thomas Götting, SP/Ueli Stückelberger, GFL): Koexistenz auf der Achse Thunstrasse-Ostring

Präsidentin: Die Abschreibung wurde in der Kommission bestritten. Aus diesem Grund ist sie im Stadtrat traktandiert. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS ist es nicht Dominik Fitze. Wer übernimmt für ihn? – Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Kommission: Ich spreche für Dominik Fitze. Die Koexistenz auf der Achse Thunstrasse–Ostring: Die Motion, die hier abgeschrieben werden soll, ist bereits 2006 eingereicht worden. Seither sind einige der geforderten Punkte umgesetzt worden, zuletzt mit dem kürzlich gesprochenen Kredit für Sofortmassnahmen auf der Thunstrasse. Weiter gibt es neu die interfraktionelle Motion "Koexistent auf der Thunstrasse verwirklichen" mit relativ ähnlichen Forderungen. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission mit klarer Mehrheit die Abschreibung gutgeheissen.

Präsidentin: Herzlichen Dank für das kurze Kommissionsvotum. Gibt es hier Diskussionsbedarf? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Der Gemeinderat will sich auch nicht dazu äussern. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats auf die Abschreibung der Motion zustimmen, dann könnt ihr jetzt mit Grün Ja stimmen.

Abstimmung Nr. 022

2006.SR.000152

Annahme Abschreibung

Ja	45
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag auf Abschreibung einstimmig zugestimmt.

2002.SR.000046

13 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA!/GPB (Ueli Stückelberger, GFL/Blaise Kropf, JA!): Mehr Wohnqualität: Zusätzliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Stadtteil 4 (Kirchenfeld/Schosshalde)

Präsidentin: Wir kommen bereits zum Traktandum 13, interfraktionelle Motion "Mehr Wohnqualität: Zusätzliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Stadtteil 4". Die Abschreibung wurde in der Kommission ebenfalls bestritten und aus diesem Grund ist sie heute Abend im Stadtrat. Ich erteile der Kommission das Wort. für die PVS diesmal auch Lukas Schnyder? Also jemand muss noch für die PVS sprechen. Kannst du dich noch rasch anmelden? Vielen Dank. Für die PVS, Laura Brechbühler.

Laura Brechbühler (SP) für die Kommission: Entschuldigung. Ich halte dieses Votum in Vertretung von Dominik Fitze und dachte, ich halte eine Fraktionserklärung, aber es ist gleichzeitig die Erklärung der PVS. Es tut mir leid für die Verwirrung. Also auch diese Motion ist bereits älter, wie jene, die wir schon beim Traktandum 12 besprochen haben. Sie wurde 2002 eingereicht und fordert weitgehende Verkehrsberuhigungen im Stadtteil 4. Gleichlautende Motionen wurden auch für weitere Stadtteile eingereicht. Seither wurden viele Projekte im Kirchenfeld und der Schosshalde in Angriff genommen und vollendet oder sind in Planung und in Umsetzung. So gilt seit Sommer 2025 Tempo 30 auf der Brunnadern- und Elfenstrasse, und auf der Thunstrasse werden Sofortmassnahmen umgesetzt und auch der Superblock Murifeld ist im Einsatz. Viele weitere wichtige Projekte finden sich im Vortrag des Gemeinderats, den ihr nachlesen könnt. Auch wenn die Arbeiten der Verkehrsberuhigung noch nicht abgeschlossen sind und das noch länger dauern wird, hat die Kommission die Abschreibung grossmehrheitlich positiv diskutiert und unterstützt sie. Die politischen Forderungen nach Verkehrsberuhigung bleiben ja bestehen. Es gibt auch weitere Motionen, die dies fordern.

Präsidentin: Herzlichen Dank für das effiziente Votum. Gibt es hier Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein, das heisst, wir kommen auch hier bereits zur Abstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats zur Abschreibung der Motion zustimmen, dann könnt ihr jetzt mit Grün Ja stimmen.

Abstimmung Nr. 023

2006.SR.000152

Annahme Abschreibung

Ja	44
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Auch diese Motion habt ihr einstimmig abgeschrieben.

2025.PRD.0042

14 Digitalstrategie der Stadt Bern; Genehmigung

Präsidentin: Jetzt kommen wir zum Traktandum 14, Digitalstrategie der Stadt Bern. Hier geht es um eine Genehmigung. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Kommission: Mit der vorliegenden Digitalstrategie liegt eine neue strategische Grundlage für die digitale Entwicklung der Stadt Bern vor. Dass diese Strategie aktualisiert wurde, ist sehr zu begrüßen. Die Digitalisierung verändert Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft laufend, ebenso die Erwartungen der Bevölkerung an staatliche Dienstleistungen. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt diesen Wandel aktiv gestaltet und sich dabei an klaren strategischen Leitlinien orientiert.

Die Strategie stellt mit der Vision "Einfach für alle" die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft ins Zentrum. Digitale Dienstleistungen sollen zugänglich, verständlich und barrierefrei sein. Damit wird ein wichtiger Grundsatz des Service public aufgenommen. Digitalisierung soll nicht ein Selbstzweck sein, sondern einen konkreten Nutzen für die Bevölkerung bringen. Positiv ist auch, dass Digitalisierung nicht nur als technologische Entwicklung verstanden wird.

Die Strategie betont zu Recht, dass digitale Transformation immer auch organisatorische und kulturelle Veränderungen innerhalb der Verwaltung erfordert. Der Fokus auf eine lernende Organisation sowie auf den Aufbau digitaler Kompetenzen bei den Mitarbeitenden ist deshalb zentral. Die fünf strategischen Stossrichtungen decken die wichtigsten Handlungsfelder grundsätzlich gut ab: Der aktive Umgang mit dem digitalen Wandel, eine inklusive digitale Gesellschaft, der Aufbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur für den Service public, digitale Nachhaltigkeit sowie der Aufbau von digitalen Kompetenzen. Diese Struktur schafft Orientierung und kann helfen, Digitalprojekte besser zu koordinieren und Synergien zu nutzen. Wichtig ist dabei auch der Fokus auf Zusammenarbeit und Interoperabilität. Im föderalen System der Schweiz macht es wenig Sinn, wenn jede Verwaltung eigene Lösungen entwickelt. Digitale Angebote müssen anschlussfähig sein gegenüber anderen Gemeinden, gegenüber dem Kanton und gegenüber dem Bund. Positiv zu würdigen ist zudem der Fokus auf Inklusion und Teilhabe. Digitale Dienstleistungen sollen möglichst allen Menschen zugänglich sein, unabhängig von Sprache, Fähigkeiten und sozialen Voraussetzungen. Gerade weil Digitalisierung auch die Gefahr einer digitalen Spaltung mit sich bringen kann, ist dieser Ansatz wichtig.

Neben diesen Stärken gibt es auch aus Sicht der Kommission Punkte, bei denen die Strategie noch zu wenig verhält. Dies betrifft vor allem den Umgang mit künstlicher Intelligenz. KI wird zwar erwähnt, insgesamt bleibt dieser Bereich jedoch wenig ambitioniert. Angesichts der rasanten technologischen Entwicklung hätte man sich hier eine ambitioniertere strategische Einordnung gewünscht. Auch bleibt unklar, wie sich die Digitalstrategie zur KI-Strategie verhält, die dem Stadtrat noch vorgelegt werden wird. Insgesamt lässt sich festhalten: Die Digitalstrategie bildet eine solide Grundlage, um die digitale Transformation der Stadtverwaltung strategisch weiterzuentwickeln. Gleichzeitig wird es wichtig sein, die Strategie laufend zu schärfen und zu aktualisieren. Die Kommission hat die Strategie ausführlich beraten, insbesondere auch das Zusammenspiel zwischen Digital- und KI-Strategie.

Zu den eingereichten Anträgen kann ich mich nicht äussern, da diese der Kommission nicht zur Diskussion vorlagen. Die Kommission hat die Strategie mehrheitlich zustimmend und einer Minderheit ohne Wertung zur Kenntnis genommen.

Und wenn ich darf, Frau Stadtratspräsidentin, würde ich noch die Fraktionserklärung anhängen – Frau Vizestadtratspräsidentin, sehe ich gerade. Wir würden ein geteiltes Votum machen.

Wenn ich die Digitalstrategie in zwei Wörtern beschreiben müsste, dann wäre es "wenig mutig". Wir müssen ehrlich sein: Diese Strategie ist nicht der grosse Wurf. Sie ist wenig ambitioniert. Eine digitale Zukunftsvision ist für uns nicht spürbar. Da wäre deutlich mehr drin gelegen. In sich ist die Strategie stimmig und nachvollziehbar, auch wenn sie sich teilweise wie ein SP-Parteibüchlein liest. Das macht sie mehrheitsfähig, aber ob die Ausrichtung die richtige ist, darüber lässt sich durchaus streiten. Wir stören uns insbesondere daran, dass die KI in der Strategie nahezu komplett ausgeklammert wird. Wir begrüssen es zwar, dass eine separate Fachstrategie erarbeitet wird. Künstliche Intelligenz und insbesondere Generative AI muss aber auch in der übergeordneten Digitalstrategie angesprochen werden. Sie ist ein zentraler Bestandteil der digitalen Transformation und muss auch auf dieser Ebene sichtbar sein. Inhaltlich sind wir mit den übrigen Eckpunkten der Strategie einverstanden. Die Strategie ist eine solide Basis, auf der aufgebaut werden kann, auch wenn der Mut für eine klare digitale Zukunftsvision fehlt. Wir wünschen uns, dass dem bei der nächsten Überarbeitung besser Rechnung getragen wird.

Deshalb haben wir eine Stimmfreigabe für die Kenntnisnahme beschlossen. Gerne möchte ich nur noch ein paar Worte zu den Anträgen verlieren. Wir werden die Anträge grossmehrheitlich ablehnen. Beim Antrag zur KI haben wir ebenfalls Stimmfreigabe beschlossen. Wir haben die Anliegen von AL-PdA-TIF durchaus sympathisch gefunden. Für uns stimmt aber die Flughöhe der eingereichten Anträge nicht. Drei Punkte möchte ich dabei besonders festhalten. Wir begrüssen ausdrücklich, dass Fachstrategien erarbeitet werden, statt alles in eine einzige Strategie zu packen. Uns ist wichtig, dass die Strategie flexibel bleibt und laufend aktualisiert wird. Gerade in diesem schnelllebigen Bereich braucht es keine Laufzeit, sondern regelmässige Updates. Die Strategie soll leben und nicht in einer Schublade verschwinden. Sowohl die digitale Souveränität als auch die Zusammenarbeit sind aus unserer Sicht bereits zentrale Bestandteile der vorliegenden Strategie und damit ausreichend berücksichtigt. Uns erschliesst sich nicht, warum es zusätzliche Anträge dazu braucht. Und nun gebe ich das Wort an Debora weiter.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Ich werde die Haltung der EVP erläutern. Als EVP anerkennen wir die Wichtigkeit einer umfassenden Digitalstrategie, welche der Stadt in sämtlichen Digitalisierungsvorhaben Orientierung und Ausrichtung bietet. Wir sind aber ganz grundsätzlich von dieser Strategie enttäuscht. Anstatt mutige Pflöcke einzuschlagen, erscheint uns der Inhalt ziemlich vorhersehbar. Wir hätten uns von dieser Strategie gewünscht, dass sie mutig Ziele setzt und Klarheit schafft, wie sich die Stadt Bern in Sachen Digitalisierung wirklich positionieren möchte. Alles scheint irgendwie gleich wichtig und deshalb wirkt irgendwie auch nichts wirklich wichtig.

Wir möchten vier wesentliche Punkte herausstreichen, die unserer Meinung nach in dieser Strategie fehlen oder ungenügend Gewicht erhalten, und unsere Haltung zu den Anträgen erläutern. Erstens fehlt uns eine konkrete Laufzeit in dieser Strategie. Ohne

zeitlichen Rahmen sind verbindliche Ziele und Massnahmenpläne unmöglich. Und dass die Stadt das besser kann, hat sie ja bei der Energie- und Klimastrategie gezeigt. Nicht nur enthält diese eine konkrete Zielsetzung, bis wann die Stadt Bern klimaneutral ist, sie enthält auch ganz konkrete und messbare Massnahmen. Dieser Digitalstrategie liegt zwar das Umsetzungskonzept zugrunde, aber auch dieses Konzept ist für uns zu wenig konkret und entzieht sich auch der Kompetenz des Stadtrats. Ohne Laufzeit und konkrete Ziele können wir unsere Aufsichtsfunktion nicht wahrnehmen. Wir werden die Planungserklärungen 4 und 3 deshalb annehmen.

Und wenn wir von konkreten Zielsetzungen sprechen – wir hätten da schon auch eine Idee.

Und das bringt mich zum zweiten Punkt, der uns in dieser Strategie fehlt – digitale Souveränität. Das Thema wird in dieser Strategie nicht klar benannt. Es wird vielleicht ein wenig umschrieben, aber es bleibt unklar, wie sich die Stadt nun diesbezüglich positionieren will. Und genau da wäre die Möglichkeit für eine mutige Zielsetzung gewesen. Unserer Meinung nach kann die Stadt dieses Thema nicht auf die lange Bank schieben. Und wir finden, es braucht ein klares Ziel, bis wann die Stadt digital souverän sein will. Entsprechend werden wir natürlich auch die Planungserklärung 5 zu der Abhängigkeit annehmen.

Drittens, obwohl eine KI-Strategie in Arbeit ist, sollte KI zwingend Teil der vorliegenden Digitalstrategie sein. Digitalisierung und KI sind nicht heute untrennbar. Aufgrund der raschen Entwicklung muss die Stadt proaktiv ethische Leitplanken für die Nutzung von KI setzen, die unabhängig von technologischen Sprüngen Bestand haben. Da hätte die Digitalstrategie eine gute Plattform geboten, mutige Ziele zu setzen. Wir denken, eine umfassende und schlagkräftige Gesamtstrategie wäre wirksamer gewesen, als die Aufmerksamkeit auf verschiedene Papiere zu zersplitten. Wir nehmen deshalb auch die Planungserklärung 2 an.

Und zuletzt bekommt unserer Meinung nach digitale Inklusion in dieser Strategie leider zu wenig Gewicht. Es fehlen uns Verweise auf bereits existierende und für Schweizer Behörden verbindliche Richtlinien wie die Web Content Accessibility Guidelines. Wir können nicht nachvollziehen, wieso etablierte Begriffe wie digitale Inklusion fehlen oder Begriffe wie digitale Nachhaltigkeit teilweise anders definiert werden, als sie sich in der Fachwelt etabliert haben, welche beispielsweise zehn Voraussetzungen der digitalen Nachhaltigkeit definiert hat.

Auch die Anträge 1 und 7 von AL-PdA-TIF finden wir sehr wichtig und werden sie annehmen. Einzig den Antrag 6 werden wir ablehnen. Wir stimmen zwar darin überein, dass Risiken in der Strategie zu wenig benannt werden, finden es aber problematisch, die Entwicklung der Digitalisierung in gewissen Gebieten zu unterbinden. Die Anträge der Mitte: Dort nehmen wir Antrag 10 an.

Als EVP nehmen wir diese Strategie doch trotz all der Vorbehalte einfach mal ohne Wertung zur Kenntnis.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Michelle Steinermann für die Mitte-Fraktion.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Die Stadt Bern will mit der Digitalstrategie den digitalen Wandel aktiv gestalten. Das Motto "Einfach für alle" zeigt auf, dass die Digitalisierung der ganzen Bevölkerung, der Wirtschaft und den Mitarbeitenden nüt-

zen soll. Damit macht die Stadt klar, dass die Digitalisierung kein Selbstzweck ist, sondern dem Service public dienen muss. Allerdings hat die Strategie einige Lücken, auf die in den Anträgen hingewiesen wird.

Zu den Anträgen von AL-PdA-TIF: Künstliche Intelligenz und Cloud-Strategie sind zwei grosse Bereiche, von denen wir jetzt schon wissen, dass sie uns in Zukunft noch stärker beschäftigen werden. Darum muss ersichtlich sein, wohin der Weg geht. Und wir werden diesen Anträgen zustimmen. Damit es kein rollierendes Konzept wird, sondern wir in einigen Jahren wieder über die Strategie befinden können im Stadtrat, braucht es eine Laufzeit. Auch diesem Antrag werden wir zustimmen. Sinnvoll ist es auch zu erfahren, worauf verzichtet werden soll und wie die Zusammenarbeit mit den anderen Institutionen aussieht. Auch diese Anträge werden wir annehmen.

Uneinig sind wir uns hierin, ob die Rolle des Stadtrats in dieser Strategie definiert werden muss: grundsätzlich nicht, aber aus Erfahrung sind klare Rollen und Verantwortlichkeiten in der IT kein Schaden. Dort werden wir nicht einheitlich abstimmen. Ebenso haben wir bezüglich der Abhängigkeit von Anbietern unterschiedliche Haltungen.

Jetzt noch zu unseren Anträgen: In Antrag 8 geht es darum, dass die Chancen der Digitalisierung zu wenig betont werden. Selbstverständlich sollen der Kulturwandel und die digitale Befähigung Teil der Strategie sein. Aber Einsparungen, Effizienzgewinne und auch der Nutzen sollen ausgewiesene Ziele dieser Digitalisierung sein. Zum Antrag 9: Dort steht, man soll wenn möglich auf bestehende Lösungen zurückgreifen. Und das schliesst Open Source-Lösungen nicht aus und bedeutet nicht einfach Microsoft. Also es ist extra offen formuliert. Und beim Antrag 10 geht es darum, dass wir im Rahmen der Umsetzung transparente Updates haben. Die drei Anträge sind aus unserer Sicht vernünftig formuliert und unterstützbar. Ich habe von einigen Seiten, wo ich vorher herumgegangen bin, gehört: Wir haben es nicht mehr anschauen können, darum werden wir eher nein sagen. Dazu möchte ich gerne sagen. Diese Anträge waren online, irgendwie am Dienstagmittag oder so, und sind keine Tischaufgabe. Eine Argumentation "Wir haben es nicht mehr anschauen können, darum sagen wir eher nein" finde ich ein bisschen schade. Wir nehmen die digitale Strategie neutral bis ablehnend zur Kenntnis.

Präsidentin: Besten Dank. Als nächstes Raffael Joggi, AL-PdA-TIF-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die Digitalstrategie: Ihr habt unsere Planungserklärungen dazu schon gesehen. Es wurde auch schon darauf eingegangen. Vielen Dank für das wohlwollende Rezipieren dieser. Ich möchte nochmal einen Schritt zurück machen. Was ist das Problem an dieser Digitalstrategie? Was erwarten wir von einer Digitalstrategie? Eine Digitalstrategie muss die Gefahren zeigen, die Herausforderungen. Wie wird umgegangen mit Risiken, wie wird umgegangen mit Daten, heiklen Daten, wie wird vor allem umgegangen mit knappen Ressourcen, knappem Know-how, knappem Geld?

Wir wissen alle: Digitalprojekte sind neben Eis und Wasser, Schulhausanlagen, was weiss ich, eines der teuersten Unterfangen, die sich die Stadt Bern zumutet. Es geht regelmässig schief. Das liegt nicht an der Stadt Bern selbst. Es haben ganz viele Gemeinwesen, aber auch Firmen Probleme mit grossen IT-Projekten, nur haben die mehr Kapazität. Es ist nicht ein Politikum, wenn hier mal zwei, drei Millionen fehlen. Man schiesst das wieder ein. Hier ist es ein Politikum.

Was will also diese Digitalstrategie? Sie will Mut machen. Sie will versuchen, die positiven Aspekte der Digitalisierung herauszustreichen. Das ist gut so. Es ist auch gut, dass sie vorgelegt wird. Schlecht ist, dass sie zu positiv formuliert ist und die wesentli-

chen Probleme nicht benennt. Was sind wesentliche Probleme? Zum Beispiel Datenschutz versus Cloud-Lösung, Flexibilität. Das sind Probleme, die gehen nicht von heute auf morgen weg. Und das ist auch nicht etwas, was in der Flughöhe nicht passend wäre. Es sagt ja hier niemand, dass es nicht ein detailliertes, dezidiertes Strategiepapier irgendwo geben kann, wo das im Detail erörtert wird. Aber was eine Mantelstrategie haben muss, ist, dass alle Fäden dort zusammenlaufen; soll also heissen: weiterer Problempunkt – KI. Wie geht man mit dieser Entwicklung um, wie geht die öffentliche Gesellschaft, wie geht die Verwaltung damit um? Was will eigentlich die Gesellschaft von uns? Was will die Bevölkerung überhaupt für Dienstleistungen? Wo können wir überhaupt mit unseren Mitteln vorangehen?

Auch hier kann man das in eine KI-Strategie auslagern. Aber was man um Himmels Willen nicht kann, ist, mit einer Strategie aufzukreuzen, in der man sagt wie bei einer unvollständigen Schularbeit: Ich reiche das wichtigste Kapitel noch nach. Selbst wenn das noch ausgearbeitet wird, muss es konsistent aufgearbeitet in diesen wenigen Seiten vorhanden sein. Und da ist KI, da ist Cloud, da ist Abhängigkeit von internationalen Konzernen einfach das Thema. Man kann ja die Zeitung nicht öffnen, ohne darüber zu lesen. Und jeder in der Stadt Bern weiss, dass digitale Projekte für uns ein hohes Risikounterfangen sind. Und dann nützt es nichts, einfach nur schöne Worte aneinander zu reihen. Wir müssen konkret sehen – auch wir im Stadtrat: Was sind unsere Handlungsoptionen? Wie können wir unsere Überwachungsfunktion, die wir im Stadtrat haben, wahrnehmen? Die Digitalstrategie und auch das Umsetzungskonzept liefern hierzu keine Antworten. Also das Mindeste, was passieren muss, ist sicherzustellen, dass das Ding wieder in den Stadtrat kommt. Nicht nur, damit wir hier Controlling machen können, sondern einfach nur darum, dass man Strategien letztlich an der Wirklichkeit messen muss. Sie müssen an der Wirklichkeit scheitern können. Und wenn wir das hier rollend umsetzen, heisst das nichts anderes, als dass das Ding noch früher als nötig unter den Tisch gekehrt wird, denn kleine Anpassungen sind Makulatur. Tatsächlich müssen wir schauen, ob wir die Projektion für die nächsten drei, meinerwegen fünf Jahre tatsächlich erfüllen. Das ist das erste.

Das andere ist alles schon gesagt worden. Ich muss nicht nochmal erklären, warum digitale Souveränität wichtig ist. Aber was ich trotzdem nochmal erklären muss, ist, dass es hier nicht um schöne neue Features geht. Ich kann vielleicht meinen Müll abknipsen und weiss dann, wo ich ihn entsorgen kann. Das ist nett, aber tut nichts zur Sache. Was wir alle wissen, ist, dass es Dutzende von Leuten gibt, die eigentlich ihren Job aufgegeben haben, weil sie mit der Einführung einer Software, die wir für sie bereitgestellt haben, nicht klargekommen sind. Was wir hier zu stemmen haben, ist das Problem, dass diese Projekte doppelt so teuer werden, als sie geplant wurden, und immer noch nicht fertig sind. Das ist etwas, was die Strategie halt zumindest im Ansatz in dieser Flughöhe benennen muss. Und deshalb ist auch dieser Antrag nicht zu unterschätzen – auch wenn er vielleicht ein bisschen seltsam daher kommt –, dass es eben auch interessant sein kann, was man bewusst gerade nicht digitalisiert. Es ist immer einfach zu sagen, man sitze auf der richtigen Seite der Geschichte, wenn man digitalisiert. Aber tatsächlich wäre es interessant zu sagen: Beispielsweise E-Voting, meine persönliche Meinung, werden wir jetzt mal nicht digitalisieren. Warum? Opportunitätskosten zu hoch. Das könnte jemand in so ein Papier auch mal reinschreiben. Jedenfalls wir wünschen uns so etwas. Wir wissen nicht, was der Gemeinderat vorhat mit dieser Strategie und möchten ihm hier ganz klar die Chance geben, tatsächlich seine Arbeit noch einmal zu machen. Für uns ist sie ungenügend. Es ist unvollständig und wir wür-

den euch empfehlen, unsere Planungserklärung anzunehmen bei gleichzeitiger ablehnender Kenntnisnahme dieses Berichts. Vielen Dank und ihr wisst ja, der Kapitalismus muss überwunden werden.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes für die GB/JA!-Fraktion, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Ich glaube, ich kann mich ein bisschen einreihen in das, was schon mehrfach gesagt wurde. Ich glaube, ich war noch selten so einzig mit sehr vielen Leuten in diesem Rat. Das ist doch schön. Aber ich möchte auch noch auf ein paar andere Aspekte eingehen, die bis jetzt noch nicht genannt wurden. Wir begrüßen es, dass die Stadt eine Digitalstrategie hat. Das ist enorm wichtig, weil die unaufhaltsam voranschreitende Digitalisierung um uns herum so schnell geht. Da brauchen wir einen Kompass, der angibt, in welche Richtung die Stadt geht. Das Motto "Einfach für alle" ist in diesem Zusammenhang schon mal vielversprechend. Denn es gibt viele Menschen, die der rasanten Entwicklung im digitalen Bereich nicht folgen können und so mehr und mehr im Alltag abgehängt werden. Wenn Tickets plötzlich nur noch auf der App gekauft werden können anstatt am Billettautomaten, wenn ich überall nur noch mit Karte zahlen kann oder wenn man Formulare nur noch online ausfüllen kann, dann verlieren wir leider einen Teil der Gesellschaft, der plötzlich nicht mehr am öffentlichen Leben teilhaben kann. Das bedeutet nicht, dass Digitalisierung schlecht ist. Sie ist für viele Menschen ein Segen und macht das Leben einfacher.

Aber es ist leider nicht für alle so. "Einfach für alle" ist also ein enorm wichtiges Motto. Und auch, dass sich die Stadt in der Strategie auf die Fahne schreibt, eine Vorbildfunktion für die inklusive Gesellschaft zu sein, begrüßen wir sehr. Allerdings haben wir unsere Zweifel, dass dieses Ziel mit dieser Strategie auch wirklich umgesetzt werden kann. Es wird betont, dass die Strategie nicht zu Mehrkosten, sondern zu einem gezielteren Mitteleinsatz führen wird. Weiter soll die Stadt sicherstellen, dass genügend Ressourcen für die Unterstützung von Menschen zur Verfügung stehen, die mit der Digitalisierung Mühe haben. Diese Mittel werden aber nirgends eingestellt, sondern sollen daher kommen, dass mit der Digitalisierung Mittel eingespart werden können. Es tut mir leid. Aber entweder ist das blauäugig oder einfach Augenwischerei. Nach all den grossen Digitalisierungsprojekten der letzten Jahre sollten wir wirklich alle inklusive der Verfassenden dieser Strategie begriffen haben, dass Digitalisierungsprojekte komplex und in der Regel sehr kostenintensiv sind und man in der Regel auch nichts spart mit ihnen. Und aus meinem Arbeitsalltag weiss ich auch, dass auch Arbeitszeit nicht gespart werden kann. Die anstehenden Arbeiten ändern sich vielleicht. Aber sie werden nicht weniger. Anstatt dass man Daten von Hand erfasst, muss man jetzt einfach die Software warten, die das übernimmt. Und bitte versteht mich nicht falsch, ich sage nicht, dass Digitalisierung schlecht ist. Aber wir dürfen uns nichts vormachen. Mit Digitalisierung kann man keine Mittel sparen.

Wenn die Ziele dieser Strategie zur inklusiven Gesellschaft also Wirklichkeit werden sollen, muss man auch zusätzliche Mittel dafür einstellen, denn sonst verlieren wir die Schwächsten der Gesellschaft auf dem Weg in die Zukunft. Was uns ebenfalls an der Strategie stört, ist, dass viele enorm grosse Themen, das haben wir vorhin schon gehört, die wir jetzt schon seit über zehn Jahren, seit ich in diesem Stadtrat bin, besprechen, nicht in dieser Strategie vorkommen. Hier zu nennen ist zum Beispiel eben diese Abhängigkeit von grossen Tech-Anbietern und die immer kleiner werdende digitale Souveränität. In der Strategie steht nichts dazu, was man dagegen tun möchte. Einzig unter Risiken der digitalen Entwicklung wird die Abhängigkeit von Tech-Anbietern erwähnt. Wie man aber damit umgehen will, bleibt nach der Lektüre dieser Strategie ein

Rätsel. Darum nehmen wir sicher die Planungserklärung 5 an. Ebenfalls unerwähnt bleibt, und das haben wir auch schon mehrmals gehört, ist, weshalb sich die Stadt zum Beispiel entschieden hat, mit Office 365 zu arbeiten und alles jetzt in dieser Cloud zu machen. Lediglich bei den Kosten wird irgendwo in einem Nebensatz von Microsoft-Enterprise-Lösungen gesprochen. Wir haben das bereits mehrfach hier erwähnt: Wir stehen dieser Strassenrichtung enorm kritisch gegenüber, denn sie ist nicht nur sehr teuer und führt zu Abhängigkeiten, sondern wirft auch datenschutztechnisch sehr grosse Fragen auf. Aber unabhängig von der Haltung von GB/JA! finden wir, und das hat Raffael vorhin auch sehr schön gesagt, dass man zumindest über diese Cloud-Strategie sprechen sollte. Denn sie ist das Fundament der Digitalisierung. Und wenn das nicht einfliesst, dann ist diese Strategie nicht so, wie wir sie gerne hätten.

Auch finden wir es natürlich vorbildlich, dass die Digitalstrategie die ökologische Nachhaltigkeit thematisiert. Aber wenn man sich das jetzt genauer anschaut, dann bleibt dieses Versprechen eine Worthülse. In der Umsetzung heisst es. Ich zitiere: "Durch die Digitalisierung, Harmonisierung und gemeinsamen Nutzung von Daten, Prozessen und Infrastruktur steigert Bern die Ressourceneffizienz. Sie fördert technologische und organisatorische Innovation, welche die ökologische und soziale Nachhaltigkeit unterstützen." Da hätte ich unter Ökologie doch etwas mehr erwartet. Was ist zum Beispiel mit Ressourcenschonung, Kreislaufwirtschaft, nachhaltiger Beschaffung, die Konsequenz, den ökologischen Fussabdruck einer Lösung zu berücksichtigen, etc.? All dies müsste in der Digitalstrategie explizit irgendwo erwähnt werden, aber auch das sucht man leider vergebens.

Die Digitalisierung ist einer der zentralen Teile unserer heutigen Gesellschaft. Darum ist es wichtig, sich immer wieder die Frage zu stellen, wo wir eigentlich hinwollen. Starre Abläufe in diesem volatilen Umfeld sind sicher nicht optimal. Und wir verstehen darum, dass die Stadt gesagt hat, sie habe einen dynamischen Ansatz. Aber wie das auch meine Vorredner*innen schon gesagt hat, scheint es uns extrem wichtig, dass man einmal einen Zwischenstopp macht und sich das Gesamtbild anschaut und diese Strategie überarbeitet. Darum braucht sie auch eine Laufzeit, wie das die Planungserklärung 3 verlangt.

Die Anträge der Mitte lehnen wir ab. Wie ich bereits gesagt habe, gehen wir nicht davon aus, dass man mit Digitalisierung Kosten sparen und irgendwie effizienter werden kann. Das heisst nicht, dass man sie nicht machen soll, aber trotzdem finden wir diese Anträge nicht ganz zielführend und werden sie ablehnen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Strategie einige wichtige Punkte aufnimmt, sie aber bei genauerem Hinschauen oft nur sehr unbefriedigend ausführt. Wir werden darum alle Planungserklärungen von AL-PdA-TIF annehmen, denn sie werden hoffentlich dazu beitragen, die Strategie etwas zu schärfen. Wenn diese Planungserklärungen nicht angenommen werden, dann werden wir die Digitalstrategie ablehnend zur Kenntnis nehmen und sonst neutral.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Jacqueline Brügger für die SP-JUSO-Fraktion.

Jacqueline Brügger (SP) für die Fraktion: Die Fraktion SP-JUSO nimmt die vorliegende Digitalstrategie neutral zur Kenntnis. Die Frage ist längst nicht mehr, ob Digitalisierung wichtig ist, sondern wie wir sie politisch so gestalten, dass sie der Stadt und der Bevölkerung tatsächlich dient. Digitalisierung ist ein zentraler Bereich, in dem die öffentliche Hand Verantwortung übernehmen muss. Und genau darum reicht uns diese Strategie in der vorliegenden Form nicht gänzlich. Unser Eindruck ist, dass sie insgesamt auf einer sehr hohen Flughöhe bleibt. Das ist für eine fachliche Strategie vielleicht

noch nachvollziehbar. Als politisches Instrument ist das aus unserer Sicht aber zu wenig. Vieles bleibt vage. Vieles bleibt auf der Ebene von Leitbegriffen und wohlklingenden Formulierungen. Die relevanten Buzzworte sind da – Barrierefreiheit, Teilhabe, Data Excellence, digitales Primat, KI und Nachhaltigkeit. Aber die entscheidenden politischen Fragen werden aus unserer Sicht nicht ausreichend beantwortet. Zum Beispiel: Was ist eigentlich die Aufgabe der Stadt im digitalen Raum? Was heisst Service public unter digitalen Bedingungen konkret? Und wo will die Stadt selbst gestalten, statt einfach Entwicklungen zu folgen? Für uns ist klar: Die Stadt ist nicht einfach eine Dienstleisterin gegenüber der Bevölkerung. Sie hat auch im digitalen Bereich einen politischen Auftrag. Sie muss Leitlinien setzen, Verantwortung übernehmen und dort hinschauen, wo neue Abhängigkeiten entstehen.

Gerade deshalb stört uns, dass das Thema digitale Souveränität zwar erwähnt wird, aber letztlich sehr oberflächlich bleibt. Es bleibt im Wesentlichen bei einem Kompetenzziel, wonach die Bevölkerung im Umgang mit den eigenen Daten gestärkt werden soll. Das ist richtig, aber es ist zu wenig. Digitale Souveränität ist nicht nur eine Frage der individuellen Datenkompetenz. Entscheidende Fragen sind doch auch, wie die Stadt mit Abhängigkeiten zu grossen Anbieter*innen umgeht, wie sie ihre eigene Handlungsfähigkeit sichert und welche strategischen Antworten sie auf diese Entwicklung gibt. Hier wurde auf Fachstrategien aufmerksam gemacht. Es wird auf diverse nachgelagerte Strategien und Konzepte verwiesen. Aber es bleibt unklar, ob diese Fachstrategien diese Fragen dann auch auf der richtigen Flughöhe beantworten. Genau hier wünschen wir uns mehr Transparenz und vor allem mehr Verbindlichkeit. Aus unserer Sicht wäre es insbesondere wichtig, die richtigen Fragen und Antworten zu Anbieter*innen, Beschaffung, KI und Abhängigkeiten zu erarbeiten. Denn wenn die Strategie selbst festhält, dass Abhängigkeiten von Technologieanbieter*innen ein Risiko sind, dann muss die Stadt darauf achten, auch eine klarere strategische Antwort zu geben.

Unser Fazit ist deshalb. Die Richtung stimmt. Aber an den entscheidenden Stellen macht es sich die Stadt aus unserer Sicht noch zu leicht. Darum nehmen wir die Strategie neutral zur Kenntnis – mit klaren Vorbehalten und diversen Aber.

Noch kurz zu den Planungserklärungen. Einige der Planungserklärungen der AL gehen aus unserer Sicht zu weit, weil sie mit Blick auf die Strategie auf der falschen Ebene sind. Anderen können wir zustimmen und werden die Anträge 3, 6 und 7 annehmen. Gleichzeitig danken wir der AL ausdrücklich für die geleistete Arbeit und das wichtige Aufwerfen von Fragen. Diese Planungserklärungen greifen Punkte auf, die aus unserer Sicht tatsächlich offengeblieben sind und in irgendeiner Form geklärt werden müssen. Ausserdem möchten wir klar betonen, dass wir uns dafür engagieren werden, diese digitalen Themen gemeinsam mit den Akteur*innen der Stadt und des Rats weiter voranzubringen. Konkret heisst es für uns, wir bestehen darauf, dass diese offenen Fragen an der richtigen Stelle vertieft diskutiert werden. Und wir erwarten, dass der Stadtrat dabei frühzeitig miteinbezogen wird. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. In der Zwischenzeit ist ein Ordnungsantrag eingegangen. Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP): Ich stelle den Antrag, dass wir das Traktandum noch fertig beraten. Alex hat gesagt, er habe nicht allzu lange.

Präsidentin: Vielen Dank. Ihr habt es gehört. Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab. Wer das Geschäft fertig beraten will, stimmt jetzt mit Grün Ja.

Ordnungsantrag

Janosch Weyermann, SVP

Das Traktandum soll zu Ende beraten werden.

Abstimmung Nr. 024

2025.PRD.0042: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	42
Nein	13
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt dem Ordnungsantrag zugestimmt. Wir sind immer noch bei den Fraktionsvoten. Als nächstes Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Es ist absolut in meinem Sinn, dass wir jetzt das Geschäft fertig beraten. Ich möchte auch gleich einsteigen und vielen Vorrednern danken. Ich bin überrascht. Was Jacqueline Brügger und Katharina Gallizzi gesagt haben, kann ich in grossen Teilen unterstützen. Ich habe immer gesagt, Digitalisierung sei etwas Wichtiges, aber man müsse aufpassen, dass man alle Leute mitnimmt. Und es darf einfach nicht sein, dass man Leute ausgrenzt – unglücklich sind beispielsweise die BLS-Automaten oder auch gewisse Sachen. Ihr wisst, ich bin nur mässig ein Digital Native. Ich musste jetzt schon mit dem neuen iPad kämpfen, um gewisse Sachen zu machen, und danke in diesem Zusammenhang auch allen hier Anwesenden, die mich unterstützt haben und über meine Schwächen, die dort bestehen, hinweg gesehen haben.

Vielleicht etwas, was ich gerade sagen möchte: Die Anträge von AL-PdA-TIF und auch von der Mitte sind bei uns auf grosses Interesse gestossen. Wir werden grossmehrheitlich sie unterstützen. Wir haben auch Leute, die die Digitalstrategie eher positiv zur Kenntnis nehmen. Ich bin einer, der sie sehr kritisch anschaut, denn die Punkte, die die Antragsteller aufgeführt haben, sind meines Erachtens wichtig. Ich denke, dass man nach all diesen Erfahrungen mit Citysoftnet, Base4Kids oder – auf kantonaler Stufe – NeVo/Rialto sehr aufpassen, dass man nicht strategische Fehler macht und dann viel zu viel will. Es geht darum, dass es eben ein Hilfsmittel ist und nicht ausgrenzt.

Letztes Mal, als ich in der Mongolei war – früher gab es einen Stempel für die Visa-Verlängerung, jetzt muss man es mit einer Mail machen. Aber von einem europäischen Mailkonto aus kommt ihr nicht in den mongolischen Computer bei der Zollverwaltung und bei der Polizei hinein, um die Visa-Sachen zu verlängern; das nur, damit ihr seht: Manchmal kann man sich auch unnötig Schwierigkeiten machen.

Ich gehe jetzt ganz kurz die Anträge durch. Ihr wisst: Ich bin eher ein Anhänger teilweise von Microsoft. Aber ich sehe durchaus auch die Gefahren. Und der Antrag 1 scheint mir durchaus berechtigt zu sein. Wenn man schon so einen Bericht hat, sollte man das hineinnehmen. Ich und die Mehrheit der Fraktion werden dort zustimmen. Für mich ist auch klar: Zu künstlicher Intelligenz kann man verschiedener Meinung sein. Aber wir sollten sie aufnehmen, wir sollten dazu Antworten haben. Das ist der Antrag 2. Ebenfalls sind wir der Meinung, wir sollten auch eine Laufzeit haben. Das ist auch richtig. Danke für den Antrag. Den werden wir auch grossmehrheitlich unterstützen. Und zur Rolle des Stadtrats: Für mich ist klar – Gewaltentrennung. Aber ich muss jetzt sagen, ich habe jegliches Vertrauen in den Gemeinderat verloren nach Citysoftnet und Base4Kids. Darum ist es für mich klar, dass ich dem Antrag zustimmen werde, damit

wir hier aktiver sind, auch bei Kita und solchen Sachen. Hier, so meine Meinung, sind wir manchmal zu stark Beobachter gewesen und zu wenig Akteur. Darum kann ich dem zustimmen. Auch der Antrag 5 wird bei uns unterstützt. Es gibt auch Enthaltungen und Leute, die ihn ablehnen. Wenn ihr die Zeitung gelesen habt: Auch auf Seite Bund hat man das Problem erkannt. Es ist natürlich klar: Es ist immer ein bisschen wie Teufel und Beelzebub. Auch mit Open Source, wozu ich sehr skeptisch stehe, hat man manchmal trotzdem auch amerikanische oder Microsoft-Produkte, die da auch drin sind. Aber mir ist klar: Man muss im Zusammenhang mit den Abhängigkeiten immer einen Plan B haben. Das gilt in allem. Darum gibt es auch Leute, die hier zustimmen. Auch für mich ist es wichtig – Antrag 6 – aufzeigen, wo man bewusst auf die Digitalisierung verzichten will. Ich bin der Meinung, das muss man an gewissen Orten. Ich habe jetzt Beispiele genannt, wo es kontraproduktiv ist, zum Beispiel, wenn man nachher viel, viel länger braucht. Und für mich ist Antrag 7 eine Selbstverständlichkeit. Ich gehe davon aus, dass man das auch so macht. Aber man muss ihn trotzdem stellen. Und darum werden wir die Planungserklärung auch grossmehrheitlich unterstützen.

Ich komme zum Antrag der Mitte. Es ist auch ganz klar: Bei den Nutzen- und Effizienzgewinnen muss man die Kosten und Risiken anschauen. Die Fehler haben wir ja gesehen bei Base4Kids, bei NeVo/Rialto und bei Citysoftnet. Für mich ist klar: Wir stimmen dort zu. Ich danke dem Verfasser, der ihn gestellt hat. Wenn die SVP ihn gestellt hätte, wäre er wahrscheinlich chancenlos gewesen. Darum haben wir uns hier ein bisschen zurückgehalten.

Auch ist es für mich auch richtig, dass man auf vorhandene bereits implementierte Lösungen zurückgreift. Ich bin der Meinung: Wir müssen nicht das Rad immer neu erfinden. Das ist für mich ebenfalls gerechtfertigt. Und auch Antrag 10, dass man eine transparente Übersicht über priorisierte Vorhaben hat, damit man rechtzeitig eingreifen kann, finden wir gut. Ich habe auch schon vorhin gesagt: Wir hatten Fehler. Ich habe immer gesagt: Die Stadt Bern kann IT nicht. Darum werden wir diesem Antrag auch zustimmen. Aber es gibt bei uns sehr viele kritische Stimmen. Ich habe gesagt, ich rede kurz und ich habe kurz geredet. Und zu dieser Digitalstrategie haben wir unsere Vorbehalte.

Präsidentin: Vielen Dank. Oliver Berger steht schon startklar für die FDP-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wenn das vorher kurz war, dann bin ich ultrakurz. Die Digitalstrategie der Stadt Bern ist auf den ersten Blick sehr umfangreich und umfassend. Wenn man genauer hinschaut, dann merkt man aber, dass sie über weite Strecken sehr vage ist. Es sind recht viele nichtssagende Worthülsen oder Allgemeinplätze drin oder ein bisschen salopp gesagt: Der Berg hat eine Maus geboren. Es fehlen formal wichtige Aspekte wie eben Rollen, Prioritäten oder auch Laufzeiten oder Zeitachsen. Materiell fehlen Themen wie der Umgang mit KI. Eine gute Strategie geht zudem nicht nur davon aus, was man macht, sondern sagt eben auch, was man nicht macht. Die Anträge nehmen wir samt und besonders an. Da haben wir nichts daran auszusetzen. Hingegen haben wir etwas am Geschäft an und für sich auszusetzen. Das nehmen wir negativ zur Kenntnis. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Das waren die Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Mitglieder des Stadtrats, die Digitalisierung ist längst kein Zukunftsthema mehr. Sie prägt unseren Alltag, unsere Wirtschaft und auch die Erwartungen der Bevölkerung an den Service public. Als Gemeinderat der Stadt Bern haben wir deshalb eine neue Digitalstrategie erarbeitet, die genau hier ansetzt. Im Zentrum steht ein einfacher, aber entscheidender Leitsatz: "Einfach für alle".

Unsere digitalen Angebote sollen für die Menschen in unserer Stadt verständlich, zugänglich und verlässlich sein, unabhängig von Alter, Bildung oder technischer Erfahrung. Digitalisierung ist eine politische Gestaltungsaufgabe, kein IT-Projekt. Sie verändert Staat, Verwaltung und das Verhältnis zur Bevölkerung grundlegend. Entsprechend braucht es politische Steuerung und klare Leitplanken.

Ja, was bedeutet das konkret? Erstens: Wir stellen die Bedürfnisse der Bevölkerung konsequent ins Zentrum. Digitale Dienstleistungen sollen den Alltag erleichtern, sei es bei der Anmeldung, bei Bewilligungen oder im Kontakt mit der Verwaltung. Unser Ziel ist es, dass die Menschen ihre Anliegen möglichst einfach, effizient und, wo sinnvoll, vollständig digital erledigen können.

Zweitens: Wir setzen uns für digitale Teilhabe ein. Digitalisierung soll niemanden ausschliessen. Deshalb investieren wir nicht nur in Technologien, sondern auch in Kompetenzen, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch in der Bevölkerung.

Drittens: Wir brauchen eine moderne, zuverlässige digitale Infrastruktur. Systeme sollen miteinander sprechen können. Daten sollen selbstverständlich unter Einhaltung von Datenschutz und Sicherheit sinnvoll genutzt werden. Das sogenannte Once-Only-Prinzip ist dabei zentral. Daten sollen nur einmal erfasst werden müssen.

Viertens: Wir denken Digitalisierung nachhaltig. Das bedeutet: Lösungen müssen langfristig, tragfähig, ressourcenschonend und anpassungsfähig sein. Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung.

Und fünftens: Wir stärken die digitale Kultur. Eine erfolgreiche Digitalisierung braucht nicht nur Technik, sondern auch Offenheit, Lernbereitschaft und Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und eben auch mit externen Partnerinnen und Partnern.

Ja, liebe Stadträt*innen, diese Strategie ist bewusst kein starres Programm mit einer fixen Projektliste. Sie ist ein dynamischer Rahmen, der uns erlaubt, flexibel auf technologische Entwicklungen und gesellschaftliche Bedürfnisse zu reagieren. Wir steuern die Umsetzung über ein kontinuierlich weiterentwickeltes Digitalportfolio. Dabei ist uns eines ganz besonders wichtig, nämlich Vertrauen. Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass ihre Daten sicher sind, dass digitale Prozesse transparent gestaltet werden und dass der Nutzen im Vordergrund steht. Datenschutz, Transparenz und digitale Souveränität sind entscheidend, damit digitale Angebote überhaupt akzeptiert werden. Und ja, der Gemeinderat misst der digitalen Souveränität grosse Bedeutung bei. Unsere Strategie ist bewusst, aber realistisch. Abhängigkeiten werden nicht grundsätzlich vermieden, sondern politisch gesteuert, offengelegt und durch klare Governance, Architektur- und Sicherheitsmassnahmen begrenzt. Entscheidend ist dabei die enge Zusammenarbeit natürlich auch mit Bund und Kanton. Denn klar ist: Die Stadt kann diese Herausforderungen nicht im Alleingang bewältigen. Und Scheitern ist einfach keine Option.

Ich komme zum Schluss. Mit dieser Digitalstrategie schaffen wir die Grundlage für eine Verwaltung, die einfacher, effizienter und näher bei den Menschen ist. Wir stärken den Service public und sichern gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Der Gemeinderat bittet euch deshalb, diese strategische Ausrichtung dann auch mitzutragen.

Jetzt komme ich noch zu den Planungserklärungen. Die Planungserklärungen 1 bis 5 weist der Gemeinderat zurück. Der Gemeinderat hält bewusst an der etablierten Aufgabenteilung fest. Die Digitalstrategie definiert die strategische Ausrichtung, während die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung in den Fachstrategien sowie in der Governance geregelt sind. Eine Vermischung dieser Ebenen wird aus Gründen der Klarheit und Steuerungsfähigkeit nicht favorisiert. Den Forderungen 6 bis 10 kann der Gemeinderat zustimmen. Sie sind inhaltlich nachvollziehbar. Die vorliegende Digitalstrategie gewährleistet, dass die angesprochenen Anliegen systematisch koordiniert und transparent berücksichtigt werden. Der Gemeinderat teilt insbesondere das Anliegen einer transparenten Information des Stadtrates. Neben der jährlichen Berichterstattung über das Digitalportfolio gegenüber der GPK werden dem Stadtrat weitere zentrale Grundlagen, darunter eben auch die KI-Strategie sowie die Datenstrategie zur Kenntnis und Behandlung vorgelegt. Darüber hinaus beabsichtigt der Gemeinderat bedeutende Umsetzungsprojekte, insbesondere eben auch das Bernportal, dem Stadtrat zeitnah zur Beratung zu unterbreiten. Wir werden also noch mehrmals über diese Digitalisierung sprechen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen nun zur Abstimmung. Nehmt gerne die Antragsliste zur Hand. Wer dem Antrag 1 AL-PdA-TIF zustimmen möchte, drückt Grün, wer ablehnen möchte, drückt Rot.

Antrag 1

AL/PdA/TIF

Die Strategie "Sourcing und Cloud Computing Strategie" ist in die Digitalstrategie aufzunehmen.

Abstimmung Nr. 025

2025.PRD.0042: Antrag 1

Annahme

Ja	39
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag 1 von AL-PdA-TIF zugestimmt. Wir kommen nun zum Antrag 2, ihr könnt jetzt darüber abstimmen.

Antrag 2

AL/PdA/TIF

Das Thema Künstliche Intelligenz ist in die Digitalstrategie aufzunehmen.

Abstimmung Nr. 026

2025.PRD.0042: Antrag 2

Annahme

Ja	37
Nein	18
Enthalten	11

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag 2 zugestimmt. Wir kommen nun zum Antrag 3.

Antrag 3

AL/PdA/TIF

Die Digitalstrategie soll eine Laufzeit haben.

Abstimmung Nr. 027

2025.PRD.0042: Antrag 3

Annahme

Ja	57
Nein	8
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag 3 zugestimmt. Antrag 4.

Antrag 4

AL/PdA/TIF

Die Rolle des Stadtrats soll in der Digitalstrategie ausgeführt werden.

Abstimmung Nr. 028

2025.PRD.0042: Antrag 4

Annahme

Ja	35
Nein	26
Enthalten	5

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag 4 zugestimmt. Wir kommen jetzt zum Antrag 5.

Antrag 5

AL/PdA/TIF

Die Digitalstrategie soll aufzeigen, wie die Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern gesenkt werden können.

Abstimmung Nr. 029

2025.PRD.0042: Antrag 5

Annahme

Ja	35
Nein	28
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag 5 zugestimmt. Wir kommen jetzt zum Antrag 6.

Antrag 6

AL/PdA/TIF

Die Digitalstrategie soll auch aufzeigen, in welchen Bereichen (bewusst) auf Digitalisierung verzichtet wird.

Abstimmung Nr. 030

2025.PRD.0042: Antrag 6

Annahme

Ja	54
Nein	11
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag 6 zugestimmt. Wir kommen jetzt zum Antrag 7.

Antrag 7

AL/PdA/TIF

Die Digitalstrategie sollte darauf eingehen, wie die strategische Zusammenarbeit mit anderen Gemeinwesen und Institution vonstattengehen wird.

Abstimmung Nr. 031

2025.PRD.0042: Antrag 7

Annahme

Ja	58
Nein	8
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag 7 zugestimmt. Wir kommen zum Antrag 8, dem Antrag der Mitte.

Antrag 8

Mitte

Die Umsetzung von Vorhaben, die zu wiederkehrenden Mehrkosten führen, ist so zu priorisieren, dass diesen mittel- bis langfristig ein klar ausgewiesener Nutzen in Form von Effizienzgewinnen, vermiedenen Kosten oder zusätzlichen Erträgen gegenübersteht.

Abstimmung Nr. 032

2025.PRD.0042: Antrag 8

Ablehnung

Ja	26
Nein	38
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag 8 abgelehnt. Wir kommen nun zum Antrag 9 der Mitte.

Antrag 9

Mitte

Bei neuen Projekten oder Anwendungen sollen, wenn möglich, auf vorhandene, bereits implementierte Lösungen zurückgegriffen werden.

Abstimmung Nr. 033

2025.PRD.0042: Antrag 9

Ablehnung

Ja	28
Nein	34
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt den Antrag 9 abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 10.

Antrag 10

Mitte

Der Gemeinderat stellt dem Stadtrat im Rahmen der Umsetzung der Digitalstrategie regelmässig eine transparente Übersicht über priorisierte Vorhaben, deren Kostenfolgen, erwarteten Nutzen sowie wesentliche Risiken zur Verfügung.

Abstimmung Nr. 034

2025.PRD.0042: Antrag 10

Ablehnung

Ja	20
Nein	44
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag 10 abgelehnt. Wir kommen jetzt zur Kenntnisnahme des Berichts. Ihr könnt den Bericht des Gemeinderats mit Wertung zur Kenntnis nehmen. Wer den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen will, drückt Grün, ablehnend Rot, ohne Wertung Weiss.

Abstimmung Nr. 035

2025.PRD.0042: Kenntnisnahme Bericht

ohne Wertung

Ja	3
Nein	17
Enthalten	45

Präsidentin: Ihr nehmt den Bericht grossmehrheitlich ohne Wertung zur Kenntnis. Gebt mir noch einen kurzen Moment, bevor ihr weghüpft. Herzlichen Dank für die heutige Stadtratssitzung, die doch aus dieser Perspektive sehr spannend anzuschauen war. Wenn das heute nicht eine interfraktionelle Zusammenarbeit war über alle Fraktionen hinweg, dann weiss ich auch nicht.

Also ein guter Grund, euch daran zu erinnern. Kommt noch rasch im Volver vorbei. Die erste Runde geht auf mich. Das gilt natürlich auch für die Medienschaffenden, für die Gemeinderätin und für das Ratsbüro. Und vergesst bitte nicht, die miniatürgrosse Karte von Tom noch zu unterschreiben auf dem Weg nach draussen. Das war es von mir, und noch einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Folgende Geschäfte wurden nicht behandelt. Sie werden auf eine spätere Sitzung verschoben.

Traktandum 11: Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Benno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/Matthias Stürmer, EVP) - übernommen durch Maurice Lindgren (GLP): Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen

2018.SR.000049

Traktandum 15: Motion Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Datenschutz in der digitalen Transformation

2019.SR.000257

Traktandum 16: Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP) - übernommen durch Valentina Achermann (SP): Öffnung der Gartenanlage des Erlacherhofes

2018.SR.000116

Traktandum 17: Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL): Zur Verwirklichung von E-Government und bürgerlicher Verwaltung in Bern

2005.SR.000168

Traktandum 18: Interfraktionelle Motion SP, AL/GPD-DA/PdA+, GB/JA!, GLP (Martin Krebs, SP/Christa Ammann, AL/Seraina Patzen, JA!/Melanie Mettler, GLP/Matthias Stürmer, EVP) - übernommen durch Nora Krummen (SP): Standplätze für Fahrende – Keine Räumung im Buech!

2016.SR.000125

Traktandum 19: Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): PEQ: die Energie-Strategie für die zukünftigen Areale in Bern

2019.SR.000041

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/8444826121.php>

2026.SR.0138 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Einhausung der A6 im Berner Osten prüfen – für Stadtreparatur und neue Entwicklungsperspektiven

2026.SR.0139 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Raum für Meinungsfreiheit statt Gewalt: Schäden bei Demonstrationen verhindern

2026.SR.0145 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Von den Steinböcken ins Eichholz – ein neuer Steg über die Aare

2026.SR.0146 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Ausgeloste Bevölkerungsräte – Ein Update für die Demokratie

2026.SR.0141 | Motion | Eingereicht

Motion: Pflanzliche Menüs in Berner Kitas und Schulen

2026.SR.0142 | Motion | Eingereicht

Motion: Ein Klimateller pro Woche für alle

2026.SR.0143 | Motion | Eingereicht

Motion: Städtische Solaranlagen – Energie optimal vor Ort nutzen

2026.SR.0144 | Motion | Eingereicht

Motion: Keine Feuerpferde in Bern – Verbot von Feuer- und Pyrotechnik-Shows mit Tieren

2026.SR.0147 | Motion | Eingereicht

Interfraktionelle Motion (GB/JA!, SP/JUSO): Velo gegen Isolation

2026.SR.0148 | Motion | Eingereicht

Interfraktionelle Motion (GB/JA!, SP/JUSO): Kostenloser öffentlicher Verkehr gegen Isolation

2026.SR.0137 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Spielfelder für Schach und Mühle auf dem Bärenplatz: Optimierung und Würdigung der Berner Mühle-Tradition

2026.SR.0140 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Fortschritt und Planung beim Ausbau von Abfalltrennsystemen im öffentlichen Raum

2026.SR.0149 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation Alexander Feuz, Thomas Glauser und Bernhard Hess alle SVP: Anstadt Demo vom 11.4./12.4.2026 Kritische Fragen!

Schluss der Sitzung: 22.49 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.09.2026

X 

Signiert von: JELENA FILIPOVIC
Jelena Filipovic

für das Protokoll

07.09.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Marianne Hartmann